

5. In Europa ins Gespräch gekommen. CDU, CSU und Conservative Party auf der Suche nach einer gemeinsamen politischen Sprache

Die Geschichte der europäischen Integration seit 1945 ist eine Geschichte fortwährender transnationaler Kommunikation.¹ In den diversen Institutionen und Gremien der Europäischen Gemeinschaften (EG), im Europarat oder der Westeuropäischen Union (WEU) trafen Politikerinnen und Politiker aus den Mitgliedsländern regelmäßig aufeinander, suchten sich zu verständigen und gemeinsame Lösungen zu finden. Recht schnell hatten sich Kontakte zwischen Parteien als wertvolle Ergänzung zu den diplomatischen Kanälen etabliert, über die Vertrauen geschaffen, politische Initiativen vorbereitet und strittige Fragen in einem informellen Setting geklärt werden konnten.² So kamen auch Conservative Party und CDU/CSU miteinander ins Gespräch. Aus dem Gespräch entwickelte sich in den 1960er und 1970er Jahren eine intensive Kooperation, die weitgehend der Vergessenheit anheim gefallen ist und die hier erstmals in ihren Grundzügen dargestellt werden soll. Sie zu beleuchten verspricht nicht allein frische Einsichten in das Verhältnis der britischen Konservativen zur europäischen Integration, sondern öffnet auch eine Perspektive auf die transnationale Geschichte des Konservatismus in Europa.

Ein konstruktives Gespräch zwischen Conservative Party und CDU/CSU konnte nur gelingen, wenn eine gemeinsame Sprache gesprochen wurde. Dies hieß sicherlich nicht, dass CDU-Politiker in Europa auf Englisch kommunizierten bzw. Politiker der Conservative Party auf Deutsch sprachen, auch wenn Margaret Thatcher Helmut Kohl in den 1970er Jahren versicherte, ihr bisschen Schul-Deutsch wieder aufmöbeln zu wollen;³ nein, dies hieß, dass beide Seiten zu zustimmungsfähigen, geteilten Begriffen fanden, die in beiden Sprachen zum grundlegenden Vokabular der Parteien gehörten bzw. sich in dieses einpassten. Die Geschichte der Kooperation von CDU/CSU und Conservative Party ist Teil einer Geschichte des Sprechens in Europa. Sie lässt sich als beständige Suche nach einer gemeinsamen politischen Sprache, als stetes Ringen um Begriffe und ihre Bedeutung erzählen. Diese Suche, die am Beispiel zweier zentraler Begriffe – *konservativ* und *Freiheit* – aufgeschlüsselt werden wird, konnte erfolgreich sein. Sie konnte aber auch im politischen Nichts enden.

¹ Für einen kommunikationstheoretischen Ansatz zur Geschichte Europas vgl. BAUERKÄMPER, Wege zur europäischen Geschichte.

² Zur Bedeutung informeller Politikarenen für die EG vgl. MIDDLEMAS, Orchestrating Europe; zu den Funktionen europäischer Parteien aus politikwissenschaftlicher Sicht vgl. MITTAG und STEUWER, Politische Parteien in der EU, S. 99–123; außerdem LUTHER und MÜLLER-ROMMEL, Political Parties in the New Europe.

³ CAC, THCR 2/6/1/21, Margaret Thatcher an Helmut Kohl, 9. 7. 1976.

5.1. Eine Geschichte des Sich-Erkennens. Die Parteienkooperation von CDU, CSU und Conservative Party von den 1950ern bis in die 1980er Jahre

Von Beginn an spielte die Zusammenarbeit von Parteien eine wichtige Rolle im Prozess europäischer Integration. Als besonders effektiv erwies sich in den 1950er Jahren die Kooperation christdemokratischer Parteien im Europa der Sechs, die sich in den *Nouvelles Équipes Internationales* (NEI) organisiert hatten. Dabei handelte es sich um einen 1947 gegründeten Verbund christlicher Parteien, Exilgruppen und Einzelpersonen, die sich die Verbreitung christdemokratischen Denkens in Europa und der Welt auf die Fahnen geschrieben hatten. In den frühen Jahren der europäischen Integration stellten die NEI, zusammen mit den Genfer Konferenzen ein schlagkräftiges Forum christdemokratischer Politik dar. CDU und CSU gehörten zu ihren tragenden Säulen.⁴ Die Conservative Party hingegen war nach der strategischen Entscheidung der britischen Regierung, sich zwar im Europarat zu engagieren, nicht aber die konkreten Schritte hin zu einer ökonomischen und politischen Integration mitzutragen, die in die 1957 unterzeichneten Römischen Verträge mündeten, auf Distanz zu den NEI geblieben.⁵ Obgleich die Conservative Party kein offizielles Mitglied war, verzichtete sie nicht auf die Kontakt- und Informationsmöglichkeiten, die die Organisation bot. Über die britische Sektion in den NEI, die Beobachterstatus besaß, waren Politiker der Partei bei den jährlichen Kongressen präsent.

Erschwert wurde das Verhältnis der britischen Konservativen zu den NEI durch die Inkompatibilität der kontinentaleuropäischen und der nordeuropäischen Parteiensysteme. Während in den Ländern der NEI-Parteien christliche Anliegen und Interessen zumeist von einer Partei vertreten wurden, war das im britischen wie auch im skandinavischen Parteiensystem nicht der Fall, wo alle großen Parteien sich als christlich verstanden und auch die Kirchen sich nicht eindeutig an der Seite einer Partei positionierten. Hinzu kam die in den 1950er Jahren akzentuiert katholische Ausrichtung der NEI, die in der vornehmlich protestantisch geprägten Conservative Party auf Vorbehalte stieß.⁶ Dementsprechend verstand sich die britische Sektion in den NEI als von der Partei unabhängig, aber doch mit ihr

⁴ Vgl. KAISER, Deutschland exkulpieren und Europa aufbauen; GEHLER und KAISER, Transnationalism and Early European Integration; GEHLER, Begegnungsort des Kalten Krieges; MATL, Europäische Christdemokraten auf dem Weg zur transnationalen Zusammenarbeit; BECKER, Die Nouvelles Equipes Internationales und der Föderalismus.

⁵ Zur komplexen Haltung Großbritanniens gegenüber der europäischen Integration vgl. GOWLAND et al., Britain and European Integration; GOWLAND und TURNER, Reluctant Europeans; LUDLOW, Dealing with Britain; KAISER, Using Europe, Abusing the Europeans; YOUNG, Britain and European Unity, 1945–1992, S. 57–85; LUDLOW, Constancy and Flirtation; ELLISON, Threatening Europe; ders., Accepting the Inevitable; zu den innerparteilichen Auseinandersetzungen um den Schwenk hin zur EG vgl. KANDIAH, British Domestic Politics, S. 75–81.

⁶ Zur katholischen Prägung der NEI vgl. GEHLER und KAISER, Transnationalism and Early European Integration; zum politischen Katholizismus in Großbritannien vgl. BUCHANAN, Great Britain.

verbunden. Ihre Mitglieder konstituierten sich als European Dining Club, der vornehmlich kirchlich gebundene Persönlichkeiten versammelte und kaum über Einfluss verfügte. In den mittleren 1950er Jahren zerfaserte die Organisation, so dass sich die Conservative Party mit Bitten um eine Übernahme der Vertretung konfrontiert sah, auf die sie aber auf Grund der Disfunktionalität der NEI sehr verhalten reagierte.⁷

Auch die britischen Konservativen waren also bereits seit den ersten Jahren in die christdemokratischen Parteiennetze, die sich in Europa entfalteten, eingebunden. Als die britische Regierung unter Macmillan schließlich eine Kehrtwende in ihrer Europapolitik vollzog, bildeten diese Kontakte die Basis, auf der die Conservative Party aufbauen konnte, um für eine britische Rolle in dem integrierten Europa zu werben und handfeste Unterstützung einzufordern. Der CDU wurde dabei eine Schlüsselrolle zugeschrieben;⁸ die CSU kam dagegen erst in den 1970er Jahren ins europäische parteipolitische Spiel.

Die Beziehungen von CDU, CSU und Conservative Party zwischen den 1950er und 1980er Jahren entwickelten sich in drei Phasen, die nun jeweils näher beleuchtet werden: einer ersten Phase von der Mitte der 1950er bis zur Mitte der 1960er Jahre, die von außenpolitischem Kalkül und persönlichen Beziehungen geprägt war, einer zweiten Phase koordinierter europapolitischer Aktivität, die von Mitte der 1960er bis Anfang der 1970er Jahre reichte, und schließlich einer dritten Phase intensiver Zusammenarbeit im Zeichen des Anti-Sozialismus.

Auf internationalem Parkett hatte die junge Bundesrepublik zu Beginn der 1950er Jahre erst Fuß zu fassen; sie musste um Vertrauen werben. Dabei halfen europäische bzw. internationale Organisationen, in die die Bundesrepublik eingebunden war, und gleichermaßen halfen zivilgesellschaftliche Institutionen und Netzwerke, die oft an Kontakte aus der Zwischenkriegszeit anknüpfen konnten.⁹ In diesem Rahmen begegneten sich seit Anfang der 1950er Jahre auch Politiker von CDU und Conservative Party und wurden aufeinander aufmerksam. Auf britischer Seite wurde den Parteibeziehungen im Rahmen von Churchills Europapolitik seit den späten 1940er Jahren gezielte Aufmerksamkeit zuteil, die 1949 schließlich zur Einrichtung des Conservative Overseas Bureau (COB) führte,

⁷ Vgl. CPA, COB 12, Ordner: Nouvelles Equipes Internationales, 1954–1956; NEI, British Section, an Mr Milne, 26. 5. 1954; NEI, British Section, V. Welton, an Peter Smithers, 13. 10. 1954; Mr. Milne an Mrs Brooke, 15. 2. 1956; R.D. Milne an R.C. Brooman-White, 23. 2. 1956; R.D. Milne an Tracy Philipps, 23. 2. 1956; im Rückblick zusammenfassend: CCO 20/15/11, International Inter-Party Relations with special reference to Europe, 31. 10. 1970; ACDP, 07-001-12095, Peter Smithers an Konrad Kraske, 7. 1. 1958; Peter Smithers an Konrad Kraske, 18. 3. 1959; Peter Smithers an Konrad Kraske, 2. 6. 1959, darin: Peter Smithers an Patrick McLaughlin, 4. 6. 1959. Zur „christlich-demokratischen“ Bewegung in Großbritannien vgl., wenn auch mit Vorbehalten, KEATING, *The British Experience*.

⁸ Vgl. für die ersten Beitrittsverhandlungen SCHAAD, *Bullying Bonn*; für die zweiten PHILIPPE, „The Germans Hold the Key“. Zu den deutsch-britischen Beziehungen im Überblick DEIGHTON, *British-West German Relations, 1945–1972*.

⁹ Zur Bedeutung von Netzwerken in der Geschichte der europäischen Integration vgl. KAISER et al., *Transnational Networks in Regional Integration*.

einer für die Parteibeziehungen zuständigen Abteilung in Conservative Central Office.¹⁰ Als dessen Leiter wurde mit Peter Smithers 1956 ein Experte für die Außenpolitik eingesetzt, der außerdem in diversen europäischen Gremien aktiv war und fließend Deutsch sprach. Von 1964 bis 1969 diente er dem Europarat als Generalsekretär.¹¹ Kurt Georg Kiesinger, Außenbeauftragter der CDU und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, regte bei Smithers 1955 die Aufnahme bilateraler Beziehungen an und stieß bei ihm auf offene Ohren. Die beiden hatten sich im Europarat kennengelernt.¹² Damit bekräftigte Kiesinger eine Initiative Heinrich von Brentanos, der bei einer Begegnung mit Smithers in Straßburg sowie bei der Königswinter-Konferenz 1954 bereits eine solche Idee ins Spiel gebracht hatte.¹³ Die Königswinter-Konferenzen, die von der Deutsch-Britischen Gesellschaft jährlich veranstaltet wurden und sich – ähnlich wie die Wilton Park Conferences¹⁴ – zu einem wichtigen Kommunikationsforum deutsch-britischer Eliten entwickelten,¹⁵ dienten auch als Forum zur Kontaktaufnahme von CDU und Conservative Party.

Die persönlichen Kontakte führten schließlich zu einer inoffiziellen Einladung der Briten durch Otto Fürst von Bismarck auf Schloss Friedrichsruh, der im Oktober 1955 fünf Vertreter der Conservative Party folgten. Bismarck war Bundestagsabgeordneter der CDU, gehörte als ehemaliger Diplomat in nationalsozialistischen Diensten zu den Außenpolitik-Experten der Partei. Von 1924 bis 1928 vertrat er die DNVP im Reichstag, trat im Mai 1933 der NSDAP bei und pflegte als deutscher Botschaftsrat in London (1928–1936) und Mitglied der 1935 gegründeten Anglo-German Fellowship Kontakte mit pro-nazistischen Kreisen in Großbritannien.¹⁶ Nach der Friedrichsruher Begegnung scheint er das Interesse an der Parteienkooperation verloren zu haben. Zur fünfköpfigen CDU-Delegation gehörten neben Kiesinger und Europarats-Mitglied Paul Leverkuehn (auch er im Zweiten Weltkrieg für das Auswärtige Amt tätig und zwar als Chef der Abwehr in

¹⁰ Zur Parteiorganisation vgl. RAMSDEN, *The Age*, S. 94–137; ders., *The Winds of Change*, S. 68–82.

¹¹ Vgl. DAVENPORT-HINES, Smithers, Sir Peter Henry Berry Otway; Smithers war ein passionierter Gärtner, dementsprechend ist seine Autobiographie verfasst: SMITHERS, *Adventures of a Gardener*, 1995.

¹² Zu Kiefingers außenpolitischer Profilierung in den 1950er Jahren vgl. GASSERT, Kurt Georg Kiesinger 1904–1988, S. 289–298.

¹³ Vgl. CPA, COB 12, Ursula Branston, Meeting with members of the Christian Democratic Union of the German Federal Republic, Friedrichsruh, 10.–13. 10. 1955, 28. 10. 1955; Conservative Overseas Bureau [Peter Smithers] an A.D. Dodds-Parker, 19. 3. 1956. Zu Heinrich von Brentanos Engagement für ein geeintes Europa vgl. KROLL, *Epochenbewusstsein*.

¹⁴ Vgl. MAYNE, *In Victory*.

¹⁵ Vgl. UHLIG, *Die Deutsch-Englische Gesellschaft*; HAASE, *Pragmatic Peacemakers*.

¹⁶ Zu Otto Fürst von Bismarck liegt keine biographische Darstellung vor; für die wichtigsten Daten vgl. Otto von Bismarck, in: HÜRTER und KEIPERT; SCHUMACHER, M. d. R., 1933–1945, S. 114; für Hinweise auf seine Karriere im NS-Regime vgl. KNIGGE, *Das Dilemma eines Diplomaten*; MALINOWSKI, *Vom König zum Führer*, S. 500; HAUSER, *England und das Dritte Reich*, Bd. 2, S. 22–41; CONZE et al., *Das Amt und die Vergangenheit*, S. 67, 360, 666; für die Kritik am Buch vgl. HÜRTER, *Das Auswärtige Amt, die NS-Diktatur und der Holocaust*; zur Anglo-German Fellowship vgl. die Hinweise in KERSHAW, *Hitlers Freunde in England*, S. 78 et al.

Istanbul¹⁷) bemerkenswerter Weise auch zwei Frauen: Aenne Brauksiepe und Luise Rehling, beide Bundestagsabgeordnete und Mitglieder des CDU-Bundesvorstandes, anglophil und sprachgewandt, Rehling CDU-Delegierte im Europarat, Brauksiepe seit 1958 Vorsitzende der Frauen-Union und damit mit der europäischen Ebene vertraut.¹⁸ Denn die 1953 gegründete Europäische Frauen-Union, die von Beginn an inklusiv (d.h. nicht auf die C-Parteien beschränkt) angelegt war, fungierte als ein wichtiges Forum der Begegnung zwischen Christdemokratinnen und Konservativen.¹⁹ Die CDU entsandte mithin anglophile Außenpolitik-Experten und versierte Europapolitiker. Die britische Delegation war nach ganz ähnlichen Kriterien zusammengestellt worden. Peter Smithers wurde begleitet von den MPs. Gilbert Longden, Richard Sharples und John Eden, die ihr Interesse an der Europapolitik einte, sowie von Ursula Branston, zuständig für außenpolitische Fragen im Conservative Research Department. Die Gespräche in Friedrichsruh, die von der CDU in erster Linie zur Selbstdarstellung genutzt wurden, wurden auf beiden Seiten als wertvoll angesehen.²⁰

Was CDU und Conservative Party neben pragmatischen europapolitischen Interessen einte, war der Antikommunismus, the „need for non-Communist solidarity“, wie von Bismarck in seiner Willkommensrede auf Friedrichsruh hervorhob.²¹ Von Beginn an standen die Parteibeziehungen in einem antisozialistischen Kontext. Der Gegenbesuch in London im Jahr darauf, der von britischer Seite minutiös vorbereitet worden war und Gespräche mit den außenpolitischen Spitzengremien in Partei und Parlament vorgesehen hatte, zerschlug sich allerdings auf Grund einer kurzfristigen Absage der CDU-Delegation, weil eine Grundsatzdebatte des Bundestages zur Außenpolitik genau auf die Tage des geplanten Großbritannien-Besuchs terminiert worden war.²² Dabei waren die Parteibeziehungen durch eine ganze Reihe von Besuchen deutscher Landes- und Bundestagsabgeordneter, die als Gäste des Foreign Office in London weilten, in Conservative Central Office bestärkt worden.²³ Die CDU organisierte im Gegenzug ähnliche Informationsbesu-

¹⁷ Vgl. JÄHNICKE, Lawyer, Politician, Intelligence Officer.

¹⁸ Zu Aenne Brauksiepe vgl. BECKMANN, Brauksiepe, Aenne; KAFF, Aenne Brauksiepe; zu Luise Rehling vgl. HOSPES, Rehling, Luise.

¹⁹ Vgl. z. B. CPA, COB 29/2, [R.D. Milne?] an C.L. Booth, 23. 11. 1959. Es existiert leider keine historische Arbeit zur Europäischen Frauen-Union. Für die 1970er Jahre vgl. den Hinweis bei JOHANSSON, *The Alliance of European Christian Democracy and Conservatism*, S. 137.

²⁰ Vgl. CPA, COB 12, Ursula Branston, Meeting with members of the Christian Democratic Union of the German Federal Republic, Friedrichsruh, 10.–13. 10. 1955.

²¹ ACDP, 07-001-12095, Konrad Kraske an R.D. Milne, 3. 6. 1957.

²² Vgl. CPA, COB 12, Conservative Overseas Bureau an Mrs. Henry Brook, 14. 6. 1957; ACDP, 07-001-12095, R.D. Milne an Konrad Kraske, 19. 6. 1956. Für die Debatte vgl. DBT, 2. WP, 156. Sitzung, 29. 6. 1956.

²³ Vgl. z. B. CPA, COB 12, Programme of arrangements made by Central Office of Information on behalf of Foreign Office for Members of the German Federal Parliament, 20. 2.–6. 3. 1956; Programme of arrangements made by Foreign Office on behalf of Members of Parliament and Officials from Land North-Rhine/Westphalia, 10.–22. 9. 1956; Programme of arrangements made by Central Office of Information on behalf of Foreign Office for Members of the German Federal Parliament, 25. 4.–10. 5. 1956.

che, wobei diese in ihrer Zahl sehr begrenzt blieben.²⁴ Auch Junge Union (JU) und der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) knüpften Kontakte zu den Young Conservatives.²⁵ Überhaupt gehörte die European Union of Christian-Democratic and Conservative Students (neben der Europäischen Frauen-Union sowie der Conservative and Christian Democratic Youth Community of Europe) zu den Impulsgebern eines Brückenschlages zwischen kontinentalen Christdemokraten und nordeuropäischen Konservativen.²⁶ Die Betreuung politischer Gruppen der jeweils anderen Partei bildete fortan eine wichtige Komponente in den Beziehungen zwischen CDU und Conservative Party. Für die Zusammenarbeit von Conservative Overseas Bureau und Bundesgeschäftsstelle der CDU war wichtig, dass sich deren jeweilige Geschäftsführer – R.D. Milne und Konrad Kraske – beim NEI-Kongress 1957 in Arezzo kennengelernt hatten.²⁷ Darüber hinaus beauftragte die CDU mit Otto Lenz, von 1951 bis 1953 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, Vorsitzender des Außenpolitischen Arbeitskreises der CDU-Fraktion und Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarats, ein außenpolitisches Schwergewicht mit der Kontaktpflege zur Conservative Party.²⁸

Peter Smithers Besuch auf dem CDU-Parteitag 1958 und der Gegenbesuch von Raban von Adelmann auf der Conservative Party Conference im gleichen Jahr setzten die Beziehungen auf ein offizielles Gleis. Von Adelmann war nach dem plötzlichen Tod von Lenz im Mai 1957 als neuer Kontaktmann der CDU eingesetzt worden; wiederum hatte man sich für einen Außenpolitiker mit diplomatischer Erfahrung während des NS-Regimes entschieden.²⁹ Peter Smithers beschwor in Kiel die antisozialistischen Bande zwischen CDU und Conservative Party, die gemeint seien im „gemeinsamen Glauben an den Wert einer freien Gesellschaft, in der der Staat der Diener, nicht aber der Meister seiner Bürger ist“, und deren „gegenseitiges Vertrauen“, gegründet auf „ähnliche[n] Ziele[n] und [...] ähnliche[n] Anschauungen über das Leben“, sich zu „einer festen Freundschaft entwickeln“ werde.³⁰ Eindruck machte Smithers außerdem durch die druckfrische Broschüre

²⁴ Vgl. ebd., R.D. Milne an Konrad Kraske, 30. 5. 1957.

²⁵ Vgl. z. B. ebd., Junge Union Deutschland, H. Schwarz, an Young Conservative and Unionist Association, 29. 3. 1956; RCDS, Johannes Müller, an R.D. Milne, 12. 4. 1956; Junge Union Deutschland, H. Schwarz, an R.D. Milne, 25. 4. 1956; R.D. Milne an Mr. Karberry, 28. 11. 1956.

²⁶ Vgl. z. B. ebd., CCO 3/7/19, European Union of Christian-Democratic and Conservative Students, Memorandum on the Organisation; die ECCS drang in der ersten Hälfte der 1970er Jahre auf die Schaffung einer schlagkräftigen Partei der Mitte in Europa vgl. ebd. Tom Spencer, The Concept of a European Democratic Party – A Proposal for ECCS Action, 26. 5. 1972; aus der Sicht eines Beteiligten vgl. Peter Radunski, in: Mitgestalter Europas, 2013, S. 107–108.

²⁷ Vgl. ACDP, 07-001-12095, Konrad Kraske an R.D. Milne, 3. 6. 1957.

²⁸ Zu Otto Lenz vgl. BUCHSTAB, Engagierter Demokrat und begabter Kommunikator; GOTTO, Lenz, Otto. Für seinen Besuch in London als Gast der Regierung, währenddessen er die Kontakte zur Partei aufnahm, vgl. CPA, COB 12, Conservative Overseas Bureau, Visit of Herr Dr. Otto Lenz (M.d.B.) and Frau Lenz, 24.–30. 3. 1957.

²⁹ Vgl. CPA, COB 29/2, [R.D. Milne] an C.L. Booth, 23. 11. 1959. Zu Raban Adelmann von Adelmannsfelden vgl. Raban Adelmann von Adelmannsfelden.

³⁰ Bundesparteitag der CDU 1958, S. 38–40; CPA, COB 64/2, Peter Smithers, 19. 9. 1958.

Onward in Freedom, die er auf dem Parteitag unter den Spitzenpolitikern der CDU verteilte. Wie wir bereits gesehen haben, griff Eugen Gerstenmaier in seiner stark umstrittenen Rede zum liberalen Erbe der Union diesen Slogan enthusiastisch auf und beschwor damit auch die neue deutsch-britische Allianz.³¹

Welch kulturelle Gräben auf dem Weg zu einer solchen Freundschaft zu überwinden waren, zeigte nichts besser als Smithers Konferenzbericht, der im Übrigen zu den Gerüchten um seine Agentenvergangenheit passt. Während des Zweiten Weltkriegs war er von Ian Fleming als MI5 bzw. MI6-Agent angeheuert worden und, so wurde geraunt, diente diesem wohl als eines von mehreren Vorbildern für die literarische Figur von James Bond.³² Während die Parteitage der Conservative Party von einer in der politischen Kultur Großbritanniens tief verankerten Debattenkultur geprägt waren, spiegelten die christdemokratischen Parteitage den hierarchischen Führungsstil, der in der Partei der 1950er Jahre herrschte. Nach einem dreitägigen Fluss von Reden war Smithers dann auch nach Abwechslung zumute.

I had, frankly, had far too much of very serious minded searchers after political truth, and to correct my perspective, I then began the evening in the lower beer-halls by the Kiel waterfront and ended it at 3 a.m. in a very superior night club. I was at first startled to find that the German in earnest pursuit of beer and the opposite sex went about his business just like the earnest seekers after truth in the Conference hall. The Conference had none of the boisterous vigour or sharply critical vigilance of our party gatherings. The waterfront cafes had none of the spirit and rowdiness of our young teddy folk. A curious feeling of inertia, almost torpor, seemed to hang over both. From this I conclude that in the C.D.U. Conference organization Germans have what their nature requires and likes. The impetus, the ideas, the criticism, all come from above, and are quietly accepted and enjoyed so long as they please. If they were not acceptable, one has the impression not that the Conference would protest violently as ours would, not that the Café would be broken up by flying furniture and beer mugs, but that the inmates would drift off quietly somewhere else.

To further correct my view I rose punctually if painfully next morning to join the Protestant leaders of the C.D.U. [...] at Lutheran service. The impression made upon me was quite different from anything in the Conference, or in the lighter side of the local German community the night before. The church bombed out and restored, the communal singing of the old German hymns, stirred those present in a way which politics, beer and sex clearly did not. It was easy to understand how Hitler had played upon the emotions of the German people. At the same time it was clear to see that the founders of the C.D.U. in the post war period were both sincere and also right when they declared that the Christian faith was the only nucleus [sic] around which a new Germany could rally. From this I conclude that the C.D.U. is well adapted to hold the loyalty of the German people and, if any political party can do so, to canalize their great industry and many virtues in wise and profitable directions. Its Christian side provides that emotional satisfaction without which the German cannot put forth his strength; its political side provides a comfortable and sensible attitude to material things, well suited to the realities of modern Germany.³³

Solche Reflexionen, die einmal mehr von der Bedeutung des britischen Diskurses um den „national character“ zeugen,³⁴ finden sich in Raban von Adelmanns Be-

³¹ Siehe S. 180–181.

³² Vgl. Sir Peter Smithers; Sir Peter Smithers, Model for 007, Dies at 92; Sir Peter Smithers, in: *THE GUARDIAN*, 15. 6. 2006.

³³ CPA, COB 64/2, Peter Smithers, C.D.U. Annual Conference, Kiel, 28.–21. 9. 1958.

³⁴ Vgl. MANDLER, *The English National Character*.

richt über die Conservative Party Conference 1960 nicht.³⁵ Aber auch für die deutschen Emissäre in Sachen Parteidiplomatie öffnete sich in Großbritannien eine in weiten Teilen unbekannte Welt.

Die britische Seite tat fortan alles, um die Kontakte zu intensivieren. Das britische Kalkül Ende der 1950er Jahre war dabei recht offensichtlich: Die Umorientierung britischer Außenpolitik auf Europa hin, das schließliche Bemühen um die Aufnahme in die Europäischen Gemeinschaften, das auf entschiedenen französischen Widerstand stieß, schrieb dem deutsch-britischen Verhältnis eine Schlüsselstellung zu. Es überrascht daher kaum, dass das Foreign Office die Partei zu engen Kontakten geradezu drängte – nachdem es zuvor Smithers Pläne regelmäßigen Austausches zwischen Conservative Party und CDU unterbunden hatte.³⁶ Dazu kam, dass Konrad Adenauer, der die bundesdeutsche Politik genauso dominierte wie die CDU, bekanntermaßen Frankreich näher stand als Großbritannien. Macmillans entspannungspolitische Initiativen verfolgte er mit großer Skepsis und unverhohlener Kritik. Der Konflikt eskalierte im Jahr 1959, als Macmillan glaubte, in der zweiten Berlin-Krise mittels eines diplomatischen Alleingangs mit der UdSSR eine Lösung erreichen zu können und Adenauer die sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik massiv gefährdet sah.³⁷ Über die Partei sollte, so das Kalkül in Foreign Office und Conservative Central Office, für die britische Haltung geworben werden, abseits aller persönlichen Animositäten zwischen den beiden Regierungschefs und abseits der verfestigten Fronten in Foreign Office und Auswärtigem Amt.

Dementsprechend gereizt reagierte Adenauer, als die Parteibeziehungen tatsächlich außenpolitischen Charakter anzunehmen begannen. Im November 1959 schob Adenauer dem energisch einen Riegel vor, als er Bundesgeschäftsführer Konrad Kraske zwang, wenige Stunden vor dem Abflug nach London dessen von langer Hand geplanten Besuch bei der Conservative Party angeblich auf Grund einer wichtigen, unvorhersehbaren Bundesvorstandssitzung abzusagen. Tatsächlich aber wollte sich Adenauer kurz vor seinem Staatsbesuch bei Premierminister Harold Macmillan, der die vergifteten Beziehungen bereinigen sollte, nicht vorher unnötige Fesseln anlegen lassen. Er wollte Herr über das Verfahren bleiben.³⁸

³⁵ Vgl. CPA, COB 64/2, Raban von Adelsmann an R.D. Milne, anliegend: CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Arbeitskreis für auswärtige, gesamtdeutsche und Verteidigungsfragen, Der Vorsitzende, Ernst Majonica, an die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 26. 10. 1960, darin: Die Parteikonferenzen in England.

³⁶ Vgl. ebd. 29/2, Charles Boot an R.D. Milne, 18. 11. 1959; CCO 20/15/2, Peter Smithers an Iain Macleod, 29. 4. 1963; Peter Smithers an John Hare, 1. 11. 1963.

³⁷ Vgl. PÜTZ, „Aber ein Europa...“, S. 295–346; LEUPOLD, „Weder anglophil noch anglophob“, S. 266–276; SCHWABE, Adenauer und England, S. 360–363; LEE, An Uneasy Partnership, S. 100–119 und 177–277; zum Verhältnis zwischen Adenauer und Macmillan vgl. LEE, Pragmatism versus Principle?.

³⁸ Vgl. ACDP, 07-001-12095, Konrad Kraske an Heinrich Böx, 10. 11. 1959. Zu Adenauers London-Visite vgl. PÜTZ, „Aber ein Europa...“, S. 337–343; außerdem Adenauers Bericht vor der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag; SCHIFFERS, Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag 1957–1961, S. 506–509.

Denn der Kraske-Besuch war von den britischen Gastgebern in der Tat auf höchster Ebene angesiedelt und außenpolitisch ausgerichtet worden. Neben Premierminister Macmillan sollte der CDU-Generalsekretär u. a. Martin Redmayne, R.A. Butler und Toby Low treffen und sich mit konservativen Mitgliedern des Parliamentary Foreign Affairs Committee austauschen.³⁹ Es war nicht die erste Absage, die sich die Briten im Laufe der vorangegangenen zwei Jahre von der CDU eingehandelt hatten, aber wohl die hochrangigste. Dementsprechend pikiert reagierte man in London.⁴⁰ Kraske war die ganze Angelegenheit höchst peinlich und die Deutsche Botschaft sah sich genötigt, sich offiziell zu entschuldigen.⁴¹

Dieses parteidiplomatische Fiasko führte auf der Seite der CDU zu einer konzertierten Aktion der Atlantiker in der Parteiführung, die entschlossen waren, die Parteikontakte auf ein neues Fundament zu stellen.⁴² Im Februar 1960 nutzten der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Heinrich Krone, und Kurt Birrenbach, Bundestagsabgeordneter, einflussreicher Industrieller und außenpolitischer, anglophiler Netzwerker der CDU, ihre offizielle Reise nach London auch dazu, neues Öl ins stockende Getriebe der Parteikontakte zu gießen.⁴³ Vor der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag berichtete Krone anschließend über den beiderseitigen Wunsch nach einem „enge[n] Kontakt [...], um auch in konkreten Fragen eine gewisse Abstimmung zu ermöglichen“.⁴⁴ Im Juli folgte eine Gruppe von CDU-Parlamentariern, darunter wiederum Birrenbach sowie Kai-Uwe von Hassel, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein und stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU, der zu einer Schlüsselfigur der Parteienkooperation werden sollte.⁴⁵ Von Hassels Engagement gab den Parteibeziehungen

³⁹ Vgl. CPA, COB 29/6, Visit of Secretary-General of German CDU and Frau Kraske, November 1959, Full Timetable.

⁴⁰ Vgl. ebd. 29/2, [R.D. Milne] an C.L. Booth, 23. 11. 1959.

⁴¹ Vgl. ebd. 29/6, Konrad Kraske an R.D. Milne, 10. 11. 1959; ACDP, 07-001-12095, Konrad Kraske an Heinrich Böx, 10. 11. 1959; CPA, COB 31/6, Fritz Caspari an R.D. Milne, 30. 11. 1959.

⁴² Zur Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse vgl. GEIGER, Atlantiker gegen Gaullisten.

⁴³ Vgl. CPA, COB 64/2, Foreign Office, Programme of Arrangements made for the visit of Dr. Heinrich Krone, Chairman of West German Christian Democrat (CDU) Parliamentary Party, 21.–26. 1960; Kurt Birrenbach an Evelyn Emmet, 3. 3. 1960; KRONE, Tagebücher, Bd. 1, S. 406–407; SCHIFFERS, Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag 1957–1961, S. 564–565. Zu Kurt Birrenbach vgl. HINRICHSSEN, Der Ratgeber, bes. S. 29–67; GEIGER, Atlantiker gegen Gaullisten, S. 47–48; zu dessen Engagement für die deutsch-britischen Beziehungen vgl. PÜTZ, „Aber ein Europa...“, S. 303–308, 326–330, 342–343, 347–348, 363; außerdem die Erinnerungen des deutschen Botschafters Hans von Herwarth: HERWARTH, Von Adenauer zu Brandt, S. 238; für Birrenbachs Sicht auf die deutsch-britischen Beziehungen am Ende der 1950er Jahre vgl. BIRRENBACH, Der dritte Partner, 1959.

⁴⁴ SCHIFFERS, Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag 1957–1961, S. 568.

⁴⁵ Vgl. CPA, COB 64/2, Conservative Overseas Bureau, Visit of German CDU Members of the Bundestag, Full Programme, 30. 6. 1960; zur Beurteilung des Besuchs aus britischer Sicht vgl. Bodleian Library Oxford, Special Collections, Emmet papers, Ms.Eng.hist.c. 1056, [Evelyn Emmet], 6. 7. 1960, o.T. [Bericht über den Besuch der CDU-Delegation in London]. Zu Kai-Uwe von Hassel vgl. SPEICH, Kai-Uwe von Hassel; KOOP, Kai-Uwe von Hassel; GRAU, Hassel, Kai-Uwe von.

Gewicht.⁴⁶ Eigentlich war vereinbart worden, dass Kraske als Teil der Gruppe nach London kommen sollte, doch sagte er, wieder einmal, während der Planungen ab, darauf bedacht, sich nicht auf eine Seite in den innerparteilichen Auseinandersetzungen um den außenpolitischen Kurs ziehen zu lassen.⁴⁷

Der im März von Birrenbach und Krone erstellte Plan zur Einrichtung eines „Steuerungskomités“, das sich um die Kontakte zur Conservative Party kümmern sollte, verschwand aber wohl in einer Schublade.⁴⁸ Zu einer organisatorischen Verankerung der Parteibeziehungen in der Bundesgeschäftsstelle, so wie sie in der Conservative Party mit dem Conservative Overseas Bureau bereits seit den späten 1940er Jahren praktiziert wurde, kam es also nicht. Es tritt deutlich vor Augen, dass in dieser ersten, frühen Phase die Parteibeziehungen vom Engagement einzelner Persönlichkeiten abhingen, denen die deutsch-britische Freundschaft ein persönliches Anliegen war. Trotz des Professionalisierungsvorsprungs traf dies auf London genauso zu wie auf Bonn. Nach dem Wechsel von Peter Smithers ins Foreign Office übernahm Evelyn Emmet, seit 1964 Baroness Emmet of Amberley, die Leitung des Overseas Bureau. Unermüdlich arbeitete die profilierte Frauenpolitikerin, die auch in der Europäischen Frauenunion aktiv war und als Diplomantentochter fließend Deutsch, Italienisch und Französisch sprach, um ihre Partei in den europäischen Parteiennetzwerken zu verankern.⁴⁹ Emmet war omnipräsent, sie verpasste zwischen 1960 und 1971 kaum einen CDU-Bundesparteitag, konnte über die Jahre vertrauensvolle Beziehungen zu den führenden Politikern aufbauen und war gern gesehener Gast, dem man zu Gesprächen zur Verfügung stand. In ausführlichen Berichten spielte Emmet die vielfältigen Informationen, die sie bei solchen Gelegenheiten sammelte, in die Parteiführung ein. Ihr Frauen-Sein machte sie zu einer Stärke: Sie bespielte das soziale Parkett der Parteibeziehungen grandios, mit einem scharfen Blick für die Bedeutung von Sitzordnungen bei Abendessen oder Zeitbudgets von Spitzenpolitikern auf Konferenzen.⁵⁰ Obwohl Heinrich Krone an dem Hannoveraner Bundesparteitag 1964 wegen einer Krankheit nicht teilnehmen konnte, vergaß er nicht, Evelyn Emmet einen Strauß Rosen zu schicken.⁵¹ Emmet wusste, dass Parteitage und transnationale Gremien wichtige Orte waren, an denen informelle Politik gemacht wurde.

Kai-Uwe von Hassel und den Hamburger CDU-Vorsitzenden Erik Blumenfeld zählte sie zu ihren Freunden, die in ihrem Herrenhaus Amberley Castle gastierten,

⁴⁶ Vgl. von Hassels Bericht über seine Gespräche im Bundesvorstand: BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1957–1961, 6. 7. 1960, S. 714–715.

⁴⁷ Vgl. ACDP, 07-001-12095, Konrad Kraske an Evelyn Emmet, 25. 5. 1960.

⁴⁸ Vgl. ebd., Kurt Birrenbach an Konrad Kraske, 22. 3. 1960, anliegend: Memorandum: Zusammenarbeit zwischen der Konservativen Partei in Großbritannien und der CDU/CSU-Partei der Bundesrepublik; Konrad Kraske an Kurt Birrenbach, 25. 5. 1960.

⁴⁹ Vgl. MAGUIRE, Emmet, Evelyn Violet Elizabeth.

⁵⁰ Vgl. die Unterlagen in Bodleian Library Oxford, Special Collections, Emmet papers, Ms.Eng. hist.c. 5725–5726, 5731–5734, 1056–1058.

⁵¹ Vgl. CPA, COB 88/2, [Evelyn Emmet], o.T.: Bericht über den 12. Bundesparteitag der CDU in Hannover, o. D.

wenn sie die Partei nach Großbritannien geschickt hatte.⁵² Auf deutscher Seite gehörten diese beiden norddeutschen Politiker zu den Säulen, auf denen die Parteibeziehungen ruhten. Der Protestant Hassel, 1913 geboren in Deutsch-Ost-Afrika und 1919 ausgewiesen, verstand sich zeit seines Lebens als Brückenbauer zwischen britischen Konservativen und Christdemokraten.⁵³ Der Protestant Erik Blumenfeld verkörperte das Ideal des hanseatischen Bürgers, weltgewandt, sprachmächtig und anglophil. Von den Nationalsozialisten als „Mischling“ verfolgt, hatte er Auschwitz überlebt und repräsentierte den liberalen Flügel der Union. Seine Anglophilie brachte ihm den Spitznamen Sir Erik ein.⁵⁴ Hassel und Blumenfeld standen geradezu idealtypisch für die beiden Seiten der Wahrnehmung des britischen Konservatismus in der CDU: Hassel bewunderte seine patriarchalische und der Tradition verhaftete Seite, Blumenfeld dagegen die Verschmelzung von Traditionsbewusstsein, Fortschrittlichkeit und Liberalität. Die Parteibeziehungen – und das war neu – verfolgten sie nicht mehr nur aus außenpolitischen, sondern auch aus programmatischen Motiven. Darüber hinaus erkannten sie die Möglichkeiten eines Austauschs über organisatorische Fragen etwa hinsichtlich der Wahlkampforganisation, der Struktur des Parteiapparats oder der Medialisierung von Politik.⁵⁵

Auf die deutsche Initiative zur Formalisierung der Parteienkooperation folgten jedenfalls Jahre intensivierten Austauschs. Im Juli 1963 reiste eine hochrangige CDU-Delegation (bestehend aus Josef Hermann Dufhues, Heinrich von Brentano, Kurt Birrenbach, Erik Blumenfeld und Konrad Kraske) nach London, wo mit dem Party Chairman Iain Macleod und Michael Fraser, dem Leiter des Conservative Research Department, der Analyse- und Strategieabteilung der Partei, regelmäßige Treffen und gegenseitige Informationspolitik vereinbart wurden. Die Parteibeziehungen sollten sich nicht auf die Spitzen der Partei konzentrieren, sondern durch die Kooperation der Parteiorganisationen vertieft und auf eine feste institutionelle Basis gestellt werden.⁵⁶ Nicht von ungefähr erfolgte die Initiative zu diesem Treffen seitens Erik Blumenfelds im Frühjahr 1963, sprich kurz nach dem abermaligen Veto de Gaulles hinsichtlich des Beitritts Großbritanniens zur EG.⁵⁷ Die Briten gingen nur zu gerne darauf ein, da sie den Schlüssel zu ihren europäischen Zielen weiterhin in Deutschland sahen – „the only important thing

⁵² Vgl. z. B. ebd. 64/2, Conservative Overseas Bureau, Visit of German CDU Members of the Bundestag, 30. 6. 1960.

⁵³ Vgl. KOOP, Kai-Uwe von Hassel; SPEICH, Kai-Uwe von Hassel; GRAU, Hassel, Kai-Uwe von.

⁵⁴ Vgl. BAJOHR, Hanseat und Grenzgänger, bes. S. 124–131.

⁵⁵ Vgl. z. B. BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1957–1961, S. 714–715 und 734.

⁵⁶ Vgl. CPA, COB 65/10, Joint Meeting of CDU and Conservative principals, 19.–20. 7. 1963, Minutes. Vgl. den kurzen Eintrag dazu im Protokoll der Sitzung des Fraktionsvorstands der CDU/CSU vom 29. 7. 1963: FRANZ, Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 1961–1963, S. 723.

⁵⁷ Vgl. CPA, CCO 20/15/2, Iain Macleod an Evelyn Emmet, 11. 5. 1963; Evelyn Emmet an Iain Macleod, 13. 5. 1963; Evelyn Emmet an Iain Macleod, 29. 5. 1963; Iain Macleod an Evelyn Emmet, 29. 5. 1963.

to do is to have links with the German C.D.U. Party“, war sich Iain Macleod sicher.⁵⁸

Dabei wurde deutlich, dass sich die Perspektive auf die Parteibeziehungen geändert hatte. Während bislang außen- und europapolitisches Kalkül dominiert hatte, rückten nun auch programmatische Gesichtspunkte ins Blickfeld. So gab Iain Macleod zu bedenken, dass „Great Britain and Germany were in a similar political position, both parties having been in power for a long time and facing elections soon, Great Britain in 1964 and Germany in 1965. Both parties stood for free enterprise, the rights of the individual, rising social standards, and a robust attitude in matters of defence and foreign affairs.“ Dem stimmte Dufhues zu.⁵⁹ Dabei waren die involvierten Politiker durchaus realistisch: Der Austausch zielt nicht auf „identity of views on a specific subject, but maximum understanding of each other's approach to issues of mutual concern“. ⁶⁰ Nicht zufällig setzte dieses gegenseitige Sich-Erkennen über alle Nomenklatura hinweg zu einem Zeitpunkt ein, als in beiden Parteien über programmatische Neuorientierungen nachgedacht wurde. Wie wir gesehen haben, waren diese sowohl in Großbritannien als auch in der Bundesrepublik seit Mitte der 1960er Jahre herausgefordert, in einer sich rasch wandelnden Gesellschaft ihre Position neu zu bestimmen, mehr noch: Sie mussten sich über ihr Selbstverständnis klar werden. Der Blick nach außen, das Bemühen, eine Partei, die in einem anderen politischen Kontext operierte, kennenzulernen, war von dieser tastenden Suche nach Zukunftspotenzialen induziert.

Der Austausch von Schriften diente dem genauso wie die Besuche einzelner Politiker bzw. führender Mitarbeiter der Geschäftsstellen. Nach der Niederlage bei der Parlamentswahl 1966 wandte sich beispielsweise Gordon Pears für das Conservative Research Department an Kraske mit der Bitte um eine Übersendung einer Bibliographie zum christlich-demokratischen Denken, mit dem sich die mit der programmatischen Erneuerung Beschäftigten auseinanderzusetzen aufgegeben hatten. Denn im Laufe ihrer Arbeit seien sie erstaunt gewesen, meinte Pears, „how often our own ideas coincide with what we know of Christian Democrat thinking“. Außerdem stünden christdemokratische Konzepte in Politikfeldern bereit, die von den Konservativen bislang vernachlässigt worden seien: „we feel that we have much to learn from you in the field of relations between the individual, the corporation and the state in a modern society and, in particular, regarding social services“. ⁶¹ Das *Berliner Programm* ging der Conservative Party bereits im Entwurf zu, die großes Interesse am Diskussionsprozess innerhalb der CDU zeigte. ⁶² Auch in Bonn

⁵⁸ Ebd., Iain Macleod an Lord Aldington, 9. 5. 1963; ebenso z. B. Peter Smithers an John Hare, 1. 11. 1963.

⁵⁹ Ebd., Chairman's notes: Meeting with Christian-Democrat principals, o. D. [Juli 1963].

⁶⁰ Ebd., Joint Meeting of CDU and Conservative principles, 19.–20. 7. 1963].

⁶¹ ACDP, 07-001-11226, Gordon Pears an Konrad Kraske, 4. 10. 1966.

⁶² Vgl. ebd., R.D. Milne an Konrad Kraske, 21. 1. 1968; Evelyn Emmet an Konrad Kraske, 21. 1. 1968.

wurde die programmatische Reform der Conservative Party aufmerksam verfolgt.⁶³

Während die Parteiapparate ein waches programmatisches Interesse pflegten, blieben im Rahmen der Begegnungen zwischen Spitzenpolitikern beider Parteien europa- und außenpolitische Themen bestimmend: Im November 1963 unterhielten sich die führenden Agrarpolitiker der Parteien,⁶⁴ im Februar 1965 standen verteidigungspolitische Diskussionen im Zentrum der Gespräche,⁶⁵ nachdem im Dezember 1964 am Rande eines offiziellen Besuchs von Außenminister Gerhard Schröder in London die Partei ein Treffen mit Schattenaußenminister Richard Austen Butler und Schattenverteidigungsminister Peter Thorneycroft organisiert hatte.⁶⁶ Diese hatten ihre Ämter zwei Monate zuvor nach dem Wahlsieg Labours verloren. Die Beziehungen zwischen den Parteien sicherten also bestehende internationale Kontakte in der Oppositionszeit ab.

In der Tat gehörte dies zu den wichtigsten Funktionen der Parteibeziehungen. Zum einen garantierten sie gerade Parteien in der Opposition einen außenpolitischen Informationsfluss und die Möglichkeit zur Pflege von Netzwerken jenseits regierungsamtlicher Kanäle. Darüber hinaus öffneten sie Oppositionspolitikern die Türen zum internationalen Parkett, was für ihre staatsmännische Profilierung entscheidend war. Und nicht selten wurden die internationalen Kontakte zur Unterstützung in Wahlkämpfen aktiviert.⁶⁷ Zum anderen schuf die fern von aller Öffentlichkeit situierte Parteienkooperation informelle Räume, in denen sich Politiker begegnen, kennenlernen und austauschen konnten. Zum Verständnis der jeweils anderen Position, die dann in internationalen oder supranationalen Verhandlungen wieder begegnete, trug dies bei. Zudem konnten Positionen abgestimmt und Informationen ausgetauscht werden. Besonders im Hinblick auf die Integration der Conservative Party in die NEI bzw. deren 1965 gegründete Nachfolgeorganisation, die Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD), erwies sich dieser Aspekt als bedeutend, wie unten näher ausgeführt werden wird.

⁶³ Vgl. ebd., Die Britische Konservative Partei, Politische Grundsätze für die Zwischenzeit. Verbessere Dein Leben [Übersetzung von „Make Life Better“, 1968]; Dr. Vogel an Conservative Overseas Bureau, 22. 4. 1969; darin auch: REGINALD MAUDLING, The Ever-Changing Challenge, London 1969.

⁶⁴ Vgl. CPA, COB 64/1, Kurzgefasster Bericht über das Treffen einiger Mitglieder der Konservativen Partei Englands mit Vertretern der CDU in Eichholz, 29. 11. 1963; Minutes of the meeting between the British Conservative Party and the German CDU at Eichholz, Bonn, 29. 11. 1963; CCO 20/15/2, Evelyn Emmet, 18. 12. 1963. Zur europäischen Agrarpolitik und zur Bedeutung der Agrarfrage in den Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zur EG vgl. PATEL, Europäisierung wider Willen, S. 227–251; ders., Europeanization à Contre-Coeur.

⁶⁵ Vgl. CPA, COB 87/4, Joint Meeting of CDU and Conservative Representatives, London, 12.–13. 2. 1965; Summary of Discussion on Defence, 13. 2. 1965.

⁶⁶ Vgl. ebd., R.D. Milne an Erik Blumenfeld, 4. 12. 1964; 88/2, [Evelyn Emmet] an Josef-Hermann Dufhues, 14. 12. 1964.

⁶⁷ Dies bestätigen die in die Parteienkooperation involvierten Politiker, vgl. z. B. Konrad Kraske, in: Gehler et al., Mitgestalter, 2013, S. 46; Peter Radunski, in: Mitgestalter Europas, 2013, S. 115. Zu den Bedingungen außenpolitischen Handelns in der Bundesrepublik vgl. im Überblick HAFTENDORN, Kontinuität und Wandel.

Einen solchen geschützten Raum stellte die Parteienkooperation sowohl für Begegnungen auf höchster politischer Ebene bereit als auch für solche auf den mittleren und unteren Ebenen der Politik. Unzählige Politiker und Gruppen der CDU wurden bei ihren London-Besuchen von Conservative Central Office seit den frühen 1960er Jahren betreut. Sie begegneten dort britischen Politikern, ihnen wurden der Parteiapparat erklärt und Positionspapiere vorgestellt. Das Interesse war in seinem Ausmaß hingegen nicht gegenseitig, was vor allem auch mit der großzügigen Bezuschussung solcher Reisen durch die Bundesregierung zusammenhing, so dass die CDU zwar weniger Gruppen zu betreuen hatte, in ihrer Gastfreundschaft gegenüber britischen Politikern aber der Conservative Party in nichts nachstand. Dass die unmittelbare Erfahrung eines persönlichen Sich-Kennenlernens in Europa einen wichtigen Beitrag zur europäischen Sozialisierung leistete, erweist John Davis' Studie zur Federation of Conservative Students in den späten 1960er Jahren und deren Kontakten zum RCDS und Studentenorganisationen der skandinavischen Konservativen. Er identifiziert eine Generation europabegeisterter, in den Institutionen der EG engagierter britischer Konservativer, die in den parteigeschichtlichen Narrativen des Thatcherismus bewusst keine Erwähnung finden.⁶⁸

Ihre Ausstrahlung bis hinein in die Parteibasis unterschied die Parteienkooperation von anderen internationalen Zirkeln und Gesprächsforen, die ebenso dem informellen Austausch dienten.⁶⁹ In ihnen traf sich die außenpolitisch engagierte Elite. Auf die Bedeutung konservativer Netzwerke im Kalten Krieg hat Johannes Großmann kürzlich nachdrücklich aufmerksam gemacht. Eine wichtige Rolle in der Integration der britischen Konservativen in die kontinentalen, christdemokratisch geprägten Netzwerke, die im Centre Européen de Documentation et d'Information (CEDI) ihr Zentrum hatten, spielte seit den späten 1950er Jahren das Institut d'Études Politiques Vaduz, das in enger personeller wie ideologischer Verbindung zum CEDI stand. Modelliert als angelsächsischer Club mit streng begrenztem Mitgliederkreis bot es Raum zur Diskussion außenpolitischer Fragen. Die Briten bildeten mit u. a. Geoffrey Rippon, Francis Bennett, William Deedes und Peter Smithers eine tragende Säule des Vaduzer Instituts. Neben anderen vertrat Konrad Kraske die CDU.⁷⁰ Die verschiedenen Netzwerke in Europa waren ineinander verwoben. Sie unterschieden sich in ihrer jeweiligen Funktion, die ihnen im Rahmen der sich bildenden „Internationale der Konservativen“ zugemessen wurde.⁷¹ Während CEDI, das Vaduzer Institut und dann später Le Cercle teils klandestine Foren für die Eliten der internationalen Politik boten, diente die Kooperation von CDU und Conservative Party den genuinen Bedürfnissen

⁶⁸ Vgl. DAVIS, A Silent Minority?; am Beispiel der christdemokratischen Parteiennetzwerke: KAISER, Christian Democracy and the Origins, S. 320–321; allgemein KAISER und MEYER, Societal Actors in European Integration.

⁶⁹ Zur zunehmenden Bedeutung von nicht-regierungsamtlichen Akteuren in den internationalen Beziehungen vgl. IRIYE, Global Community; BERMAN und JOHNSON, Unofficial Diplomats.

⁷⁰ Vgl. GROSSMANN, Die Internationale der Konservativen, S. 389–406.

⁷¹ Vgl. ebd.

der Parteien. Deshalb wurde sie auch zunehmend von deren professionellem Organisationsapparaten getragen.

Dabei spiegelte sich die ambivalente Haltung der Konservativen gegenüber dem europäischen Projekt auch in der Parteienkooperation.⁷² Während diese einerseits auch auf britischer Seite von dem Gedanken europäischen Zusammenwachsens getragen wurde, drang sie in der Conservative Party keineswegs so weit in die Partei vor wie das in der CDU der Fall war. Dass die Zahl der deutschen Besuchergruppen jene der britischen bei Weitem überstieg, wurde bereits erwähnt. Vor allem aber erfasste sie eine größere Breite der Partei, wohingegen die Parteienkooperation in der Conservative Party – mit wenigen Ausnahmen – die europaenthusiastische Parteielite berührte. Hinzu kam, dass die britischen Konservativen ihr europäisches Engagement um einiges pragmatischer, d. h. interessenpolitischer sahen als dies die CDU tat, der der europäische Einigungsgedanke ein Herzensanliegen war. Der Aufrechterhaltung nationaler Souveränität wurde in der Conservative Party eine ungleich höhere Bedeutung beigemessen als in der CDU, in der die Verlagerung nationaler Rechte auf die supranationale Ebene von einem breiten Konsens getragen wurde.⁷³ Auch in den 1960er und frühen 1970er Jahren, in der die ‚Europeanists‘ in der Conservative Party großen Einfluss hatten und die Integrationspolitik sich großer Zustimmung erfreute, verfügten die Gegner eines EG-Beitritts über eine nicht zu vernachlässigende Stimme.⁷⁴ Besonders an der Parteibasis konnten anti-europäische Stimmungen mobilisiert werden.⁷⁵ In einem weit höheren Maße als in der CDU war die europäische Vision in der Conservative Party ein Elitenprojekt.

Nicht zuletzt dienten die Parteibeziehungen dem Austausch über Fragen der Wahlkampfaktik, Öffentlichkeitsarbeit oder Politikanalyse. Sie hatten also eine parteiorganisatorische Funktion. Die Parteiapparate engagierten sich gerade auch deshalb in der Kontaktpflege. Mit der zunehmenden Institutionalisierung der Parteibeziehungen verstärkten sich die Kontakte zwischen einzelnen Abteilungen der Parteiorganisationen. So bestand etwa in Bonn großes Interesse am Conservative Research Department, zu dessen näherem Studium mehrmals CDU-Vertreter nach London flogen,⁷⁶ oder an der Organisation und am Ablauf der Partei-

⁷² Vgl. CROWSON, *The Conservative Party and European Integration*; KAISER, *Using Europe, Abusing the Europeans*; zur britischen Ambiguität gegenüber dem europäischen Integrationsprojekt allgemein vgl. GOWLAND et al., *Britain and European Integration*, S. 205–244.

⁷³ Zur europapolitischen Haltung der CDU vgl. KÜSTERS, *Deutsche Europapolitik Christlicher Demokraten*.

⁷⁴ Vgl. CROWSON, *The Conservative Party and European Integration*, S. 105–126, 152–187; LYNCH, *The Conservatives and the Wilson Application*.

⁷⁵ Vgl. CROWSON, *The Conservative Party and European Integration*, S. 165–172.

⁷⁶ Vgl. z. B. ACDP, 07-001-12095, Konrad Kraske an Evelyn Emmet, 6. 8. 1962; Konrad Kraske an Evelyn Emmet, 25. 9. 1962; 07-001-10119, Einige Beobachtungen im englischen Wahlkampf, 31. 3. 1966, darin: Einige Eindrücke vom Conservative Research Department, S. 13; 07-001-10138, Vermerk für Herrn Dr. Kraske: Conservative Research Centre, 12. 7. 1966; 07-001-11226, Johann Christoph Besch an R.D. Milne, 14. 6. 1966.

tage.⁷⁷ Die Briten informierten sich beispielsweise 1967 über die Methoden der computergestützten Politikanalyse, über Meinungsforschung und Wahlstatistik in Bonn.⁷⁸ Nach der Gründung von WIKAS nahm Gerhard Elschner Kontakt mit dem CRD auf und machte sich zu einem Informationsbesuch nach London auf, auch um mögliche Kooperationen auszuloten.⁷⁹ Darüber hinaus tauschten sich die Parteien über ihre Erfahrungen in der Organisation von Wahlkämpfen aus.⁸⁰ Nicht zuletzt realisierte Konrad Kraske im Februar 1970 doch noch seinen seit elf Jahren geplanten Besuch in London, um zu studieren, wie Oppositionsarbeit betrieben wird, in welcher der CDU im Bund jede Erfahrung abging.⁸¹ Die Kooperation der Apparate wurde zu einem zunehmend wichtigeren Aspekt der Parteienzusammenarbeit. Sie ging Hand in Hand mit einem Professionalisierungsschub der Parteien, der in beiden Ländern zeitgleich erfolgte. Die Zusammenarbeit der Parteiparagrafen gab den Parteienbeziehungen eine institutionelle Stütze und sorgte für Kontinuität. Als der parteikooperative Schwung der mittleren 1960er Jahre nachgelassen hatte und die direkten Kontakte – abgesehen von den regelmäßigen Treffen auf Parteitagen und der intensiven Zusammenarbeit im Rahmen der EUCD – abgenommen hatten, ergriff das Conservative Overseas Bureau die Initiative, um diese zu reaktivieren.⁸² Dieses institutionelle Rückgrat wurde vor allem dann wichtig, als die erste Generation der Brückenbauer Anfang der 1970er Jahre die parteipolitische Bühne verließ.

Mitte der 1960er Jahre waren die Beziehungen zwischen CDU und Conservative Party gefestigt. Dies ermöglichte erst das gemeinsame Agieren in den komplexen Netzen europäischer Parteienkontakte, das die zweite Phase in den Beziehungen beider Parteien prägte, die im Jahr 1965 mit der Gründung der EUCD

⁷⁷ Vgl. ebd., 07-001-11226, Konrad Kraske an James Douglas, 10. 6. 1967; CPA, COB 110/5, M.E. Ritterbach an The Conservatives and Unionists Party, Central Office, 6. 2. 1968.

⁷⁸ Vgl. ACDP, 07-001-11226, James Douglas an Konrad Kraske, 14. 3. 1967; James Douglas an Konrad Kraske, 24. 4. 1967; zum Hintergrund vgl. KRÜKE, Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland.

⁷⁹ Vgl. CPA, COB 110/5, R.D. Milne an Michael Fraser, 16. 10. 1968. Die für Mai 1969 geplante Arbeitstagung in Deutschland wurde von der deutschen Seite dann aber angeblich auf Grund unvorhergesehener Entwicklungen im Wahlkampf zur Bundestagswahl abgesagt, vgl. ebd., Dorothea Schneider an R.D. Milne, 28. 3. 1969.

⁸⁰ Vgl. z. B. ebd. 64/2, M. Loeser an R.D. Milne, 9. 3. 1960; Robert E. Lembke an John Grist, BBC Television Studios, 21. 3. 1960, Mr. Milne zur Kenntnis; Konrad Kraske an R.D. Milne, 10. 8. 1961; ACDP, 07-001-12095, Konrad Kraske an R.D. Milne, 24. 9. 1959; Konrad Kraske an R.D. Milne, 5. 8. 1964; Konrad Kraske an R.D. Milne, 16. 9. 1964; 07-001-10119, Einige Beobachtungen zum englischen Wahlkampf, 31. 3. 1966. Zur bundesrepublikanischen Praxis der Wahlkampfbeobachtung im Ausland vgl. MERTEL, Propaganda nach Hitler, S. 63–85.

⁸¹ Vgl. CPA, COB 110/5, Conservative Overseas Bureau, Special Visit from the German CDU, February 1970, 27. 1. 1970; ACDP, 07-001-11226, Konrad Kraske, Bericht über einen Besuch bei der Konservativen Partei Großbritanniens, März 1970; zur Vorbereitung des Besuchs vgl. u. a. Bruno Heck an Evelyn Emmet, 4. 12. 1969.

⁸² Vgl. CPA, COB 110/5, R.D. Milne an Johann Christoph Besch, 10. 11. 1969; ACDP, 07-001-11226, Kai-Uwe von Hassel an Bruno Heck, 26. 11. 1969. Das Ergebnis war ein Treffen in Eichholz im Dezember 1970, vgl. CPA, CCO 20/32/4, Bruno Heck an Peter Thomas, 10. 11. 1970; ACDP, 07-001-11226, Vorläufiges Programm des Treffens zwischen Mitgliedern der Konservativen Partei Englands und Mitgliedern der CDU/CSU, 4.–6. 12. 1970.

einsetzte. Von Beginn an stand die Verbindung der beiden Parteien in einem europapolitischen Zusammenhang: Er war ihr Ausgangspunkt und blieb ihr Nukleus. Bereits 1959 hatte Smithers den recht jungen Kontakt nach Bonn genutzt, um die Position der Conservative Party hinsichtlich ihrer Mitarbeit in den *Nouvelles Équipes Internationales* zu verdeutlichen und um Unterstützung für die britische Position zu werben.

Die NEI hatten im Laufe der 1950er Jahre immer stärker an Bedeutung verloren. Den Bedürfnissen von Parteipolitik in den sich immer stärker institutionalisierenden Europäischen Gemeinschaften war die Organisation nicht gewachsen. Hinzu kamen erste Irritationen über das Selbstverständnis einer internationalen Bewegung, die unter dem gemeinsamen Banner der christlichen Demokratie segelte. Die programmatischen Gräben zwischen den in den NEI vertretenen Parteien und Bewegungen brachen nicht von ungefähr nach einer Rede Ludwig Erhards auf dem NEI-Kongress in Scheveningen im Mai 1958 auf, in der er das Konzept der sozialen Marktwirtschaft und ihre ordoliberalen Fundamente vorgestellt hatte und auf energischen Widerspruch gestoßen war. Besonders die niederländischen Vertreter vertraten dirigistische Lösungen.⁸³ Bruno Heck, zu dieser Zeit noch Bundesgeschäftsführer der CDU, stimmten die Auseinandersetzungen „nachdenklich“. „Es gehört zum Wesen einer christlichen Politik, dass sie sich den traditionellen und ökonomischen Verhältnissen in den verschiedenen Ländern anpasst. Trotzdem habe ich es schon immer – und auch dieser Tage – besonders intensiv empfunden, dass weder bei uns noch, soweit ich es übersehe, anderswo eine klare Theorie der christlichen Politik existiert.“ Deshalb schlug er die Einrichtung einer Kommission in den NEI vor, der die Aufgabe gestellt werden sollte, „eine gemeinsame Theorie christlicher Politik“ zu erarbeiten.⁸⁴ Statt dessen beschäftigte sich der NEI-Kongress in Freiburg im folgenden Jahr mit dem christdemokratischen Selbstverständnis – ohne eine wirkliche Auseinandersetzung mit den eklatanten Differenzen in der sozial- und wirtschaftspolitischen Programmatik zu leisten und ohne die von wichtigen Europapolitikern geforderte Organisationsreform einzuläuten.⁸⁵ Schließlich führte das Bedürfnis nach programmatischer Klärung zur Gründung des *Centre International Démocrate-Chrétien d'Études et de Documentation* in Rom 1960, das unter der Leitung des Niederländers Karl-Josef Hahn als Plattform für die internationale christdemokratische Bewegung dienen sollte.⁸⁶

⁸³ Vgl. ERHARD, Eine Wirtschaftspolitik im Dienste der Person und des Wohlergehens aller, NEI-Kongress, Scheveningen, 8.–9. 5. 1958; VAN KESSEL, „Ruggen recht, heren!“, S. 21–23.

⁸⁴ HECK, Vorschlag zur Parteienkooperation, 12. 6. 1958, in: GEHLER und KAISER, Transnationale Parteienkooperation, S. 529.

⁸⁵ Vgl. MEYERS, Einheit in der Freiheit, Eingangsvortrag, NEI-Kongress, Freiburg/D, 29. 5. 1959, Dokument 175; HAHN, Bericht über die Lage der christlich-demokratischen Parteien, NEI-Kongress, Freiburg/D, 28.–30. 5. 1959; Aussprache, NEI-Kongress, 1959; zu Organisation und Reformdiskussion der NEI vgl. GEHLER und KAISER, Transnationale Parteienkooperation, S. 44–53.

⁸⁶ Vgl. KAISER, Christian Democracy and the Origins, S. 312; zum Ausgreifen v. a. nach Lateinamerika vgl. DECHERT, The Christian Democratic „International“.

Von einer Reform der NEI hatten die britischen Konservativen ihr weiteres Engagement abhängig gemacht, nachdem sie vor die Frage gestellt worden waren, die britische Equipe zu übernehmen. Gegenüber Konrad Kraske hatte Smithers Anfang des Jahres 1959 den Wunsch der Conservative Party bekräftigt, in den christdemokratischen Parteiennetzwerken offiziell anerkannt mitzuwirken. „Although it is true that there is no denominational basis for politics in this country, nevertheless the principles of Christianity and Democracy are fundamental to Conservative politics“, unterstrich er.⁸⁷ In Bonn stieß er mit dieser Argumentation auf offene Ohren, im Steuerungskomitee der NEI in Brüssel dagegen traf er auf Ablehnung, die er recht realistisch auf mangelnde Kenntnis der Strukturen und Realitäten britischer Politik zurückführte. Als die Organisationsreform scheiterte, für die sich die CDU stark gemacht hatte, entschloss sich die Conservative Party zu einem Rückzug aus den NEI.⁸⁸ Die Hoffnung auf eine solche Reform hatte Kraske ohnehin bereits fahren gelassen, nachdem der u. a. von CDU und Conservative Party gemeinsam getragene Reorganisationsvorschlag bereits im Februar 1959 im Lenkungsausschuss der NEI abgelehnt worden war.⁸⁹ Die CDU setzte auf alternative und effektivere Instrumente einer Verständigung zwischen christdemokratischen und konservativen Parteien in Europa. Die bilaterale Kooperation zwischen Conservative Party und CDU war Teil dieses Instrumentenkastens. Diese möge „noch enger“ werden und „im Laufe der Zeit das ersetz[en], was sich im Rahmen der NEI offenbar vorläufig nicht erreichen“ lasse, schrieb Kraske im Mai 1959 Peter Smithers.⁹⁰ Welche Fallstricke mit dieser Strategie aber auch verbunden waren, sollte sich, wie wir gesehen haben, im Spätherbst 1959 zeigen, als der Bundesgeschäftsführer von seinem Parteivorsitzenden unsanft an die Grenzen seines politischen Handlungsraums erinnert wurde.

Die Diskussion um die Reform der NEI sollte nicht zur Ruhe kommen. Sie wurde auch genährt von dem Drängen der christdemokratischen Fraktion in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, die sich 1959 ebenfalls eingeschaltet hatte und auf eine gut koordinierte Organisation hoffte.⁹¹ Über eine Integration der nordeuropäischen Konservativen in die Fraktion wurde zu diesem Zeitpunkt noch nicht diskutiert. Das sollte sich nach de Gaulles erstem Veto im Januar 1963 ändern. Nachdem die Gespräche zwischen der Fraktion der Unabhängigen und der Christdemokraten über eine Fusion bereits weit fortgeschritten waren, kam auch Bewegung in die festgefahrene Situation in den NEI. Die CDU agierte als Anwältin der britischen Konservativen und sondierte die Lage.⁹² Ihr Interesse an

⁸⁷ ACDP, 07-001-12095, Peter Smithers an Konrad Kraske, 7. 1. 1959.

⁸⁸ Ebd., Peter Smithers an Konrad Kraske, 2. 6. 1959, in Anlage: Peter Smithers an Patrick McLaughlin, 4. 6. 1959.

⁸⁹ Vgl. Lenkungsausschuss, Paris, 13. 2. 1959, Dokument 173.

⁹⁰ ACDP, 07-001-12095, Konrad Kraske an Peter Smithers, 16. 6. 1959.

⁹¹ Vgl. KAISER, Europeanization of Christian Democracy?, S. 18.

⁹² Vgl. ACDP, 07-001-12095, Konrad Kraske an Martin Rosenberg, 10. 12. 1963; Johann Christoph Besch an R.D. Milne, 13. 12. 1963; R.D. Milne an Konrad Kraske, 19. 12. 1963; CPA, COB88/2, R.D. Milne an Evelyn Emmet, 16. 12. 1963.

einer Einbindung der britischen Konservativen in die bestehenden Parteiennetzwerke war machtpolitisch wie ideologisch fundiert. Zum einen wurde immer wieder auf den Organisationsgrad und die Schlagkraft der sozialdemokratischen bzw. sozialistischen wie der liberalen Parteienkooperation in Europa hingewiesen. Dagegen zerfaserte das Mitte-Rechts-Lager, und dies zumal als sich keine realistische Strategie für die mit Sicherheit erwartete Erweiterung der Gemeinschaften durchsetzen ließ. Machtpolitisch konnte das aus Sicht von CDU und CSU nur in eine Sackgasse führen. Denn die avisierte Erweiterung um die nordeuropäischen Staaten würde hauptsächlich die Sozialdemokraten stärken, so die Sorge.

Zum anderen bereitete der Linkstrend in mehreren christdemokratischen Parteien den Unionsparteien Bauchschmerzen. Gerade die Nordeuropäer, die in der Wirtschaftspolitik ebenfalls liberale Konzepte vertraten, mochten in dieser Situation als Gegengewicht wirken.⁹³ Es war nicht zufällig, dass die Intensivierung der Kooperation zwischen Conservative Party und CDU parallel ging mit der massiven Verschlechterung der Beziehungen von CDU und Democrazia Cristiana, deren Linkskurs dem italophilen Adenauer schwere Sorgen bereitete.⁹⁴ Dass sich die Konturen des Christdemokratischen mit dem Säkularisierungsschub seit den späten 1950er Jahren ohnehin verflüssigten, die Parteien in den NEI deutliche Wahlverluste erlitten – bis hin zum Absinken in die Bedeutungslosigkeit wie im Falle der französischen *Movement Républicain Populaire* (MRP) – und überall in Europa eine reformierte Linke rasant an Zuspruch gewann, bildete gewissermaßen den großen Rahmen, in dem sich die Konflikte und Neuorientierungen innerhalb der NEI abspielten.⁹⁵

Die Reform der NEI, die 1965 als EUCD wiedererstand, zeitigte allerdings nicht das gewünschte Resultat. Zwar konnten nun tatsächlich nur noch Parteien die Mitgliedschaft erwerben, wurde die Organisation mit den Institutionen der EG enger verwoben, die inhaltliche Arbeit von den Kongressen auf Arbeitskreise verlagert und war die Aufnahme nicht-christdemokratischer Parteien satzungsmäßig verbürgt,⁹⁶ doch blockierte der neue EUCD-Präsident, der Italiener Mariano Rumor, die Aufnahme von Briten und Skandinaviern auf jede erdenkliche Weise – und dies, als in den europäischen Parlamenten eine Verständigung zwischen den Fraktionen auf den Weg gebracht worden war.⁹⁷ Nach Artikel 7 der EUCD-Satzung konnte für solche Parteien, deren Länder keine Tradition christlich-demokratischer Parteibildung aufwiesen, auf Antrag eine „Sondervertretung“ eingerichtet werden, mit der ein Sitz mit beratender Stimme im Vorstand verbunden war. Besonders die Democrazia Italiana hatte sich über Jahre gegen die Integra-

⁹³ Zum Linkstrend in den EUCD-Parteien in den 1960er Jahren vgl. KAISER, A Transnational Policy Community in Retreat?, S. 130–131.

⁹⁴ Vgl. MASALA, Die CDU und die Democrazia Cristiana Italiana, 1949–1969.

⁹⁵ Vgl. KAISER, Christian Democracy and the Origins, S. 305–309.

⁹⁶ Zur EUCD vgl. MEYER, Die christlich-demokratische Fraktion, S. 36–44; KAISER, Christian Democracy and the Origins, S. 314; PAPINI, The Christian Democrat International, S. 85–100.

⁹⁷ Vgl. CPA, IDU 30/1, Peter Kirk an Alec Douglas-Home, 6. 7. 1967. Für die EUCD-Präsidentschaft Mariano Rumors vgl. MALGERI, The Italian Presence in the Christian Democrat International, S. 193–200.

tion der nordeuropäischen Konservativen gesperrt, und diese Obstruktionspolitik sollte sie auch nach Verabschiedung der neuen Satzung fortsetzen. Dass mit Mariano Rumor nun ein Italiener an der Spitze der EUCD stand, spielte ihr dementsprechende Möglichkeiten zu. Obwohl von allen beteiligten Parteien ein Satzungsentwurf verabschiedet worden war, der die Entsendung zweier Sondervertreter in den Vorstand festgelegt hatte, war in der gedruckten Satzung nur mehr von einem Vertreter die Rede, was in Bonn für empörte Sprachlosigkeit sorgte.⁹⁸

Damit nicht genug. Den Aufnahmeantrag, den die Conservative Party gleich im Juli 1965 gestellt hatte,⁹⁹ ignorierte Rumor über Jahre. Dasselbe galt für den der Konservativen Partei Norwegens. Die CDU intervenierte mit Nachdruck und brachte Rumor zumindest dazu, sich im April 1966 zu erklären. Die „britische Konservative Partei ist keine christlich-demokratische Partei. Die skandinavischen konservativen Parteien sind es auch nicht“, begründete er seine intransigente Haltung. Die Aufgabe der EUCD sei es nicht, die christlich-demokratische Idee zu verwässern, sondern zu befördern, weshalb es darum gehen müsse, christlich-demokratische Parteien begründen zu helfen, wo es solche auf Grund anderer Tradition noch nicht gebe. Nicht Assimilation der Konservativen, sondern Konkurrenz im eigenen Land, das hielt Rumor für den einzig gangbaren Weg.¹⁰⁰ Die CDU blieb bei ihrer Position, Rumor aber auch. Selbst Edward Heath, der den italienischen Ministerpräsidenten Aldo Moro eingeschaltet hatte, ließ er im Juli 1966 zunächst abblitzen.¹⁰¹ Doch kam er auf Grund des Drucks nicht mehr umhin, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Wie von Rumor vorgeschlagen, wurde den Briten und Skandinaviern eine lose Assoziation mittels einer Equipe nach dem Modell der NEI angeboten.¹⁰² Dieser Vorschlag war für die Briten unannehmbar, weil er, wie Milne betonte, „einen Rückfall um Jahre bedeuten“ würde.¹⁰³ Die Briten fühlten sich isoliert und abgewiesen. „It is humiliating to realise that in this milieu we are of no account; but it must be faced as a fact,“ hatte Evelyn Emmet bereits die EUCD-Gründungsversammlung kommentiert, von der sie „extremely depressed“ nach Hause gereist war.¹⁰⁴

Da die bislang verfolgte Strategie offensichtlich gescheitert war, schlug man einen alternativen Weg ein.¹⁰⁵ Beim Parteitag der Konservativen in Blackpool vereinbarten die Vertreter von skandinavischen, maltesischen und britischen Kon-

⁹⁸ Vgl. ACDP, NL Bruno Heck, I 001 101/2, Johann Christoph Besch an Bruno Heck, 25. 3. 1966.

⁹⁹ CPA, IDU 30/1, Edward du Cann an Mariano Rumor, 14. 7. 1965; Kopie in: ACDP, 07-001-12095.

¹⁰⁰ ACDP, NL Bruno Heck, I 001 101/2, Mariano Rumor an Bruno Heck, 2. 4. 1966.

¹⁰¹ Ebd., 07-001-11226, Edward Heath an Mariano Rumor, 4. 7. 1966, in Anlage: Edward Heath an Aldo Moro, o.D.; NL Bruno Heck, I 001 101/2, Mariano Rumor an Edward Heath, 13. 7. 1966.

¹⁰² Ebd., 07-001-11226, Johann Christoph Besch an R.D. Milne, 30. 8. 1966.

¹⁰³ Ebd., Johann Christoph Besch, Vermerk für Bruno Heck, 12. 9. 1966, darin: Übersetzung von: R.D. Milne an Bruno Heck, 5. 9. 1966.

¹⁰⁴ Bodleian Library, Emmet Papers, MS. Eng. hist. c. 1058, fols 15–28, Report by Lady Emmet, Annual Conference of the European Union of Christian-Democrats, Taormina, 9.–12. 12. 1965.

¹⁰⁵ Vgl. ACDP, 07-001-11226, [Edward Heath] an Mariano Rumor, 26. 10. 1966.

servativen sowie von Österreichischer Volkspartei (ÖVP) und CDU jährliche Arbeitssitzungen in einem lockeren, nicht-institutionalisierten Rahmen.¹⁰⁶ Man nutzte also das bestehende Forum, das sich seit den späten 1950er Jahren abseits der Augen der Öffentlichkeit als Bestandteil der Parteitage entwickelt hatte, und institutionalisierte es. Die beteiligten Parteien initiierten keine der EUCD entgegengesetzte Organisation, vielmehr baute man auf die bilateralen Parteistrukturen und nutzte die bestehenden Räume europäischer Vernetzung. Mehr noch: Sie warben um die Teilnahme der EUCD-Parteien. Das Ziel war die Pflege persönlicher Kontakte und die Möglichkeit eines „regelmäßige[n] Gespräch[s]“, mithin die Etablierung eines verstetigten Kommunikationsforums.¹⁰⁷ Nicht zuletzt sollten die schließlich Inter-Party Conference genannten Treffen der Integration jener europäischen Mitte-Rechts-Parteien dienen, deren Aufnahme in die christdemokratischen Netzwerke ebenfalls blockiert war – und dies betraf in erster Linie die französischen Gaullisten.¹⁰⁸

Nach einem unter der Ägide der CDU in Karlsruhe 1967 erstmals organisierten Treffen, das Mariano Rumor selbstredend zu konterkarieren trachtete,¹⁰⁹ fand die Inter-Party Conference schließlich bis 1975 fast jährlich an wechselnden Orten statt. Letztlich blieb Rumor nichts anderes übrig, als diese Lösung zu akzeptieren.¹¹⁰ Die deutsch-britische Allianz wurde dadurch gefestigt. „Es drängt mich, Ihnen zu sagen, dass wir nicht nur gern bereit sind, sondern es für unsere Pflicht halten, alles zu tun, dieses Europa mit Großbritannien zu schaffen“,¹¹¹ schrieb Bruno Heck nach der allseits als erfolgreich gelobten Karlsruher Inter-Party Conference 1967 an den ehemaligen Premierminister Alec Douglas-Home, der dort zur internationalen Politik gesprochen und dem Treffen Glanz verliehen hatte.¹¹² Die Hoffnung Evelyn Emmets, dass CDU und Conservative Party mit der Etablierung der Inter-Party Conferences „a new era of Cooperation“ beginnen würden,¹¹³ war in der Tat nicht unbegründet.

¹⁰⁶ Vgl. CPA, CCO 20/15/3, Minutes of a special meeting, Blackpool, 14. 10. 1966.

¹⁰⁷ Ebd., Konrad Kraske an R.D. Milne, 8. 3. 1967.

¹⁰⁸ Vgl. ebd., Report: First European Conservative/Christian-Democrat Conference, Karlsruhe, 27.–28. 8. 1967; 20/15/11, International Inter-Party Relations with special reference to Europe, 31. 10. 1970. Bei der Inter-Party Conference 1969 in Brighton war erstmals ein Vertreter der UDR anwesend, vgl. ACDP, 07-001-11226, Minutes of an interim meeting, Brighton, 10. 10. 1969.

¹⁰⁹ Vgl. CPA, CCO 20/15/3, R.D. Milne an Alec Douglas-Home, 24. 4. 1967.

¹¹⁰ Vgl. ebd., IDU 30/1, Edward Heath an The Chairman of the Conservative Party [Anthony Barber], 12. 5. 1967.

¹¹¹ ACDP, 07-001-11226, Bruno Heck an Alec Douglas-Home, 23. 5. 1967; vgl. außerdem NL Bruno Heck, I 022 101/2, Bruno Heck an Edward du Cann, 23. 5. 1967: „[...] und sie haben vielleicht in Karlsruhe erfahren, dass es unser aller Bedürfnis und Bestreben ist, nicht nur Brücken zwischen Deutschland und Großbritannien und den nordischen Staaten zu schlagen, sondern dass wir auch von dem Wunsch beseelt sind, dass diese Brücken regelmäßig und oft begangen werden, damit wir zu ähnlichen Gesprächen zusammenkommen.“

¹¹² Zu Douglas-Homes' Tätigkeit und Rolle zwischen seiner Abwahl als Premierminister 1964 und seiner Ernennung zum Außenminister 1970 vgl. THORPE, Alec Douglas-Home, S. 378–403.

¹¹³ ACDP 07-001-11226, Evelyn Emmet an Konrad Kraske, 3. 11. 1966.

Diskutiert wurden auf den Inter-Party Conferences nicht nur außen- und europapolitische Fragen, die Vertreter der Parteien sprachen offen über innenpolitische Probleme, taktische Fragen, Wahlkampfmethodik und verglichen ihre jeweilige Situation miteinander.¹¹⁴ Sie verband vor allem die Sorge vor einem weiteren Erstarken der Linken, die ihnen ohnehin bereits die Macht aus den Händen gerissen zu haben schien und die sich anschickte, nun auch die Dynamik europäischer Integration zu bestimmen. Dem glaubte man nur durch ein starkes und einiges Mitte-Rechts-Lager beikommen zu können.

Als Großbritannien schließlich 1973 unter der konservativen Regierung Edward Heaths der EG beitrug, wurde der Platz der nordeuropäischen Konservativen in der europäischen Politik zu einer machtpolitischen Frage ersten Ranges.¹¹⁵ Es ging um die Fraktionsbildung sowie um das Auftreten des Mitte-Rechts-Lagers bei der Direktwahl zum Europäischen Parlament, und es ging um Kommunikationsforen für die Parteien, ob nun in Regierung oder Opposition. Dazu kam, dass das sozialdemokratische bzw. sozialistische Lager als einig und gestärkt erschien – durch den schlussendlichen Beitritt der britischen Labour-Abgeordneten zur sozialistischen Fraktion im Europaparlament stellten die Sozialisten und Sozialdemokraten 1975 erstmals die stärkste Fraktion.¹¹⁶ Das Mitte-Rechts-Lager hingegen war auf vier Fraktionen verteilt, wie immer wieder beklagt wurde.¹¹⁷ Die Strategie in CDU und Conservative Party für die anvisierte Stärkung ihres Lagers lautete zunächst: abermalige Intensivierung der bilateralen Beziehungen und die endgültige Formierung eines europäischen Parteienbundes unter dem Dach der EUCD, über die seit 1973 Kai-Uwe von Hassel präsiidierte.¹¹⁸ Während in dieser dritten Phase der Parteibeziehungen von CDU/CSU und Conservative Party die Parteienkooperation blühte, scheiterte die Inklusionsstrategie wiederum am bekannten, von italienischen, niederländischen und belgischen Christdemokraten organisierten Widerstand.¹¹⁹ Die Europäische Volkspartei (EVP) wurde 1976 als

¹¹⁴ Vgl. z.B. CPA, CCO 20/15/3, Report: First European Conservative/Christian-Democrat Conference, Karlsruhe, 27.–28. 8. 1967; Report: Stockholm Inter-Party Conference, 10.–12. 5. 1968; IDU 30/2, European Christian-Democrat and Conservative Inter-Party Conference, Bernstein nr. Vienna, 21.–23. 5. 1971; 30/3, Inter-Party Conference, Report of a meeting held on 19–20 May 1973; Report: Inter-Party Conference 1974.

¹¹⁵ Zum EG-Beitritt Großbritanniens 1973 vgl. LORD, British Entry to the European Community; YOUNG, The Heath Government; CLEMENS, Der Beitritt Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften; zu Heaths europapolitischer Haltung vgl. YOUNG, This Blessed Plot, S. 214–256.

¹¹⁶ Zur sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteienkooperation vgl. u. a. STEINNES, Socialist Party Networks in Northern Europe; HIEPEL, „Europa gehört keiner Partei“.

¹¹⁷ Zur CD-Fraktion im Europäischen Parlament vgl. MEYER, Die christlich-demokratische Fraktion.

¹¹⁸ Vgl. CPA, IDU 30/3, Party Leaders' Conference, Klesheim Palace, Salzburg, 8.–9. 9. 1975; SPEICH, Kai-Uwe von Hassel, S. 451–475.

¹¹⁹ Zur Gründung der EVP vgl. aus der parteigebundenen Sicht des EVP-Generalsekretärs (1983–1994): JANSEN, Die Entstehung einer Europäischen Partei, S. 97–110; ders., Die Europäische Volkspartei (EVP), S. 464–479; ders., The Dilemma for Christian Democracy; außerdem SPEICH, Kai-Uwe von Hassel, S. 451–475; zur Perspektive der niederländischen Christdemokraten vgl. VAN KESSEL, „Ruggen recht, heren!“.

rein christdemokratische Parteienallianz der EG-Mitgliedsstaaten aus der Taufe gehoben, woraufhin sich die Parteien der Inter-Party Conference 1978, ein Jahr vor der Direktwahl zum Europäischen Parlament, in Schloss Kleßheim bei Salzburg zur Europäischen Demokratischen Union, kurz EDU, formierten.¹²⁰ Diese blieb bewusst nicht auf die Mitgliedsstaaten der EG konzentriert, sondern verstand sich als eine Sammlungsbewegung des Mitte-Rechts-Lagers in ganz Europa. Dass die ÖVP, der als EUCD-Mitglied die Mitgliedschaft in der EVP verwehrt worden war, in den ersten Jahren stets den EDU-Vorsitzenden stellte, war programmatisch zu verstehen.¹²¹ Mit der Gründung der Internationalen Demokratischen Union (IDU) im Juni 1983 weitete sich das Aktionsfeld auf den pazifischen Raum aus. CDU und CSU gehörten sowohl der EVP als auch der EDU an – wiederum übten sie eine Scharnierfunktion aus.

Neben der ÖVP waren CDU und Conservative Party die treibenden Kräfte hinter der EDU-Gründung – ebenso wie die CSU, die sich unter Franz Josef Strauß kraftvoll in die europäische Parteienkooperation der 1970er Jahre einschaltete. Vor allem aber war Strauß an einer Verbindung mit den britischen Konservativen gelegen.¹²² Dafür aktivierte er seine Kontakte, die er über die Jahre hinweg in den diversen informellen Foren konservativer Netzwerke aufgebaut hatte.¹²³ Zudem suchte er Mitte der 1970er Jahre Le Cercle, einen weiteren klandestinen Gesprächskreis der erstrebten „Internationale der Konservativen“ mit gewichtiger britischer Vertretung, zu einem Schaltzentrum der erstrebten antizösozialistischen Front in Europa zu machen. Julian Amery agierte als Kontakt-

¹²⁰ Vgl. die vielfältigen Unterlagen zur Gründung der EDU in CAC, THCR 2/6/1/23; 2/6/1/75; ACSP, Sammlungen, EDU; NL Strauß, Büro PV 12965. Die beste Darstellung zur Gründungsgeschichte der EDU bietet SPEICH, Kai-Uwe von Hassel, S. 451–475; vgl. außerdem aus der Sicht der Beteiligten TOBISSON et al., *Twenty Years European Democrat Union*; KHOL und WINTONIAK, *Die Europäische Demokratische Union*; MERTENS und KHOL, *Österreichische Christdemokraten im Dienste Europas*, S. 77–115; aus zeitgenössischer politikwissenschaftlicher Sicht: PRIDHAM, *Christian Democrats*, S. 331–339; darüber hinaus den interessanten Interviewband GEHLER et al., *Mitgestalter Europas*; sowie JOHANSSON, *The Alliance of European Christian Democracy and Conservatism*.

¹²¹ Zur Rolle der ÖVP in der transnationalen Parteienkooperation vgl. GEHLER und SCHÖNNER, *Transnationale christdemokratische Parteienkooperation*; zur ÖVP im Überblick KRIECHBAUMER, *Die Ära Kreisky*, S. 103–132; zur österreichischen Politik vis à vis der EG bzw. EU vgl. GEHLER und KAISER, *A Study in Ambivalence*.

¹²² Zu den Kontakten vgl. ACSP, NL Strauß, Büro PV 6496, Franz Josef Strauß an Edward Heath, 2. 10. 1970; Edward Heath an Franz Josef Strauß, 13. 10. 1973; CPA, COB 132/1, Dorothea Schneider an R.D. Milne, 26. 1. 1972; COB 132/2, Foreign and Commonwealth Office, *Programme of Arrangements for the visit of Dr. Franz Heubl, Bavarian Minister for Federal Affairs and Deputy Chairman of the CSU*, 16.–19. 4. 1972; IDU 28/1, R.D. Milne an Diana Elles, 24. 10. 1973; R.D. Milne an Diana Elles, 29. 10. 1973; IDU 28/3, Margaret Thatcher an Franz Josef Strauß, 22. 7. 1977; IDU 28/4 Douglas Hurd an Diana [Elles], 12. 9. 1978; IDU 28/5, Franz Josef Strauß an Margaret Thatcher, 8. 2. 1979; Rosemary Spencer an Anthony Royle, 13. 3. 1979, *Invitations from Germany to Mrs Thatcher*; IDU 30/2, Florian Harlander an Evelyn Emmet, 23. 6. 1970; CAC, THCR, 2/6/1/128, Franz Josef Strauß an Margaret Thatcher, 25. 10. 1976; Margaret Thatcher an Franz Josef Strauß, 27. 10. 1976 [Strauß sagt einen geplanten Besuch bei Thatcher wegen einer Bundestagsdebatte ab].

¹²³ Vgl. GROSSMANN, *Die Internationale der Konservativen*, S. 490–491.

mann zu Thatcher.¹²⁴ Die Gründung der EDU ordnete sich in diese Zusammenhänge ein. Dass diese in der tief gespaltenen Union der mittleren 1970er Jahre Sprengkraft nach innen entwickelte, wird noch zu zeigen sein.¹²⁵ Auch wenn auf britischer Seite durchaus Vorbehalte gegenüber dem barocken Parteiführer aus der deutschen Provinz herrschten und man bislang alle Annäherungsversuche der CSU höflich, aber entschieden abgeblockt hatte,¹²⁶ so lernte man seit Mitte der 1970er Jahre die CSU durchaus zu schätzen, auch wenn es sich nicht um „the easiest customers“ handelte, wie Douglas Hurd bemerkte.¹²⁷ Strauß suchte die Kontakte dann auch für seine privaten außenpolitischen Ambitionen zu nutzen.¹²⁸ Als er sich 1980 um die Kanzlerschaft bewarb, konnte der bayerische Parteiführer als Gast der Konservativen die Londoner Bühne bespielen.¹²⁹ Nach Hause flog der mit der wohligen Gewissheit, dass Conservative Party und CSU „are completely coinciding in all decisive and important questions“.¹³⁰

Die bilateralen Beziehungen zwischen CDU und Conservative Party wurden seit 1970 angesichts der britischen Beitrittsverhandlungen mit der EG wieder intensiviert und erfuhren mit der Einrichtung eines Internationalen Büros der CDU 1972,¹³¹ das unter der Leitung der Karrierediplomaten Heinrich Böx (1972–1977) und dann Henning Wegener (1977–1981) stand, auf deutscher Seite einen merklichen Professionalisierungsschub. Die Organisationsreform der CDU schlug also auch auf ihre internationalen Kontakte durch. Helmut Kohl wie Gerhard Schröder statteten Conservative Central Office 1972 ihren Besuch ab und hatten außerdem Gelegenheit zu einem Gespräch mit Edward Heath.¹³² Der wurde in Sachen Parteienkooperation auch anlässlich einer London-Visite Rainer Barzels gebrieft.¹³³ Eine nochmalige Vertiefung erfuhren die Parteibeziehungen nach dem Wechsel in

¹²⁴ Vgl. ebd., S. 493–496.

¹²⁵ Siehe S. 406–410.

¹²⁶ Vgl. z. B. CPA, CCO 20/15/11, European Inter-Party Conference, Vienna, 21–23 May [1971], Outline Notes: „Our relations with Dr. Strauss and the CSU are perhaps somewhat strained“.

¹²⁷ Ebd., IDU 28/5, Francis Pym an John Stanley, 13. 2. 1979.

¹²⁸ Vgl. Strauß' Korrespondenz mit Thatcher zur Rhodesien-Frage: ACSP, NL Strauß, Büro MP 1082, Franz Josef Strauß an Margaret Thatcher, o. D. [1979]; Margaret Thatcher an Franz Josef Strauß, 25. 5. 1979; Margaret Thatcher an Franz Josef Strauß, 26. 9. 1979; vgl. die kurze Erwähnung Thatchers im Zusammenhang mit Strauß' Afrika-Politik in STRAUSS, Die Erinnerungen, 1989, S. 527.

¹²⁹ Vgl. ACSP, NL Klein, 1144, Vorläufiges Programm. Besuch des Parteivorsitzenden bei der Britischen Konservativen Partei, London, 23.–25. 4. 1980; Abendessen für CSU-Vorsitzenden Strauß, Teilnehmerliste, 24. 4. 1980; List of Guests attending the Luncheon to be given by the Prime Minister, 25. 4. 1980.

¹³⁰ Ebd., NL Strauß, Büro PV 12977, Franz Josef Strauß an Margaret Thatcher, 28. 4. 1980.

¹³¹ Vgl. die positive Erwähnung des „neu eingerichtete[n] [...] Auslandsbüro[s]“ durch Kai-Uwe von Hassell in der Sitzung des Bundesvorstands vom 24. 1. 1976, BUCHSTAB und LINDSAY, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1969–1973, 24. 1. 1972, S. 686.

¹³² Vgl. CPA, COB 132/1, u. a. Foreign and Commonwealth Office, Programme of Arrangements for the visit of Herr Helmut Kohl, 16.–19. 2. 1972; J.H. Moore an R.D. Milne, 22. 2. 1972; Foreign and Commonwealth Office, Programme of Arrangements for the visit of Dr. Gerhard Schröder, 28. 2.–2. 3. 1972; Gerhard Schröder an A.D. Dodds-Parker, 13. 3. 1972.

¹³³ Vgl. ebd. 132/2, R.D. Milne an Douglas Hurd, 7. 7. 1972.



Margaret Thatcher und Kurt Biedenkopf, House of Commons, London, Februar 1975
CAC, THCR, 2/6/1/128, Bildrechte: Open Government Licence

der Parteiführung zunächst 1973 in Bonn und dann 1975 in London. Wie in anderen Politikbereichen führte die Dynamik, die die perzipierte Krise der EG seit den späten 1960er Jahren ausgelöst hatte, zu einer Intensivierung des Engagements nicht-staatlicher Akteure im „Europa der zweiten Generation“.¹³⁴

Besonderes Interesse an der deutsch-britischen Kooperation zeigte Kohls Generalsekretär Kurt Biedenkopf. Im Februar 1975 kam endlich eine lange geplante Reise nach Großbritannien zustande, die zufällig mit der Wahl Thatchers zur Parteiführerin koinzidierte.¹³⁵ Biedenkopf nutzte die Chance zu einem Gespräch und etablierte so eine direkte Verbindung zur neuen starken Frau der Conservative Party.¹³⁶ Er versäumte es auch nicht, die neue Parteiführerin nach Bonn einzuladen.¹³⁷ Bereits im Juni 1975 folgte Thatcher Biedenkopfs Einladung, lernte Helmut

¹³⁴ Vgl. KNIPPING und SCHÖNWALD, *Aufbruch zum Europa der zweiten Generation*; KAISER und MEYER, *Non-State Actors in European Integration*; MIDDLEMAS, *Orchestrating Europe*.

¹³⁵ Vgl. ACDP, 07-001-11479, Bericht über die Gespräche des Generalsekretärs der CDU, Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, mit Vertretern der britischen Regierung, der britischen Parteien, der Wirtschaft und den Gewerkschaften anlässlich seines Besuches in Großbritannien vom 9. bis 12. Februar 1975.

¹³⁶ Ebd., Kurt Biedenkopf an Margaret Thatcher, 21. 2. 1975; CDU-Pressemitteilung, 12. 2. 1975; CPA, IDU 28/1, Kurt Biedenkopf an Michael Fraser, 21. 2. 1975; Michael Fraser an Kurt Biedenkopf, 26. 2. 1975; CAC, THCR, 2/6/1/128, Foreign and Commonwealth Office, Programme of arrangements for Kurt Biedenkopf and Michael A Miegel, 8.–12. 2. 1975.

¹³⁷ Vgl. ACDP, 07-001-11479, Kurt Biedenkopf an Margaret Thatcher, 23. 4. 1975.

Kohl und Ludwig Erhard kennen, den sie tief verehrte,¹³⁸ und kehrte im Bewusstsein, gute Freunde und Gesinnungsgenossen gefunden zu haben, nach London zurück.¹³⁹ „The co-operation between our two Parties is of paramount importance, and I would like us to establish even closer links in the future“, schrieb sie an Biedenkopf.¹⁴⁰ Auch Thatchers freundschaftlicher Kontakt zu Karl Carstens nahm bei dieser Gelegenheit seinen Anfang.¹⁴¹ Biedenkopf, der als regelmäßiger Gast der Königswinter-Konferenzen bereits über vielfältige Kontakte verfügte, reiste im März 1976 noch einmal als Gast der Conservative Party zu Arbeitstreffen nach London.¹⁴² Nach Biedenkopfs Abreise unterstrich Thatcher die Überzeugung der Conservative Party, durch die Kooperation mit der CDU „a strong non-Socialist union in Western Europe“ zu realisieren.¹⁴³ Thatchers Besuch auf dem CDU-Parteitag im Mai desselben Jahres diente genau diesem Ziel.¹⁴⁴ Schon wenige Wochen später, Anfang Juli, traf sie mit Kohl wiederum zu Gesprächen zusammen, dieses Mal in London.¹⁴⁵ Dort konnte jener eine „tiefgreifende Übereinstimmung in den zentralen politischen Grundsätzen und in den Zielen europäischer Politik“ zwischen den beiden Parteien feststellen.¹⁴⁶

Die persönliche Chemie zwischen dem Deutschen und der Britin scheint zu diesem Zeitpunkt gut gewesen zu sein. Thatcher jedenfalls war von Kohls Kommentar „that there is more to life than economics, and that friendship and fun must never be forgotten in the pursuit of political ends“ besonders angetan. „Nothing“, setzte sie hinzu, „could have underlined this more plainly than your own personal warmth and good humour which left all my colleagues convinced that we have found a true friend and partner“.¹⁴⁷ In den 1980er Jahren, als Thatcher und Kohl Regierungen führten und nationale Interessen kollidierten, hatte sich die persönliche Wärme der Oppositionsjahre in mitunter eisige Kälte ver-

¹³⁸ Vgl. CAC, THCR 2/6/1/23, Margaret Thatcher an Helmut Kohl, 12. 5. 1977: „He was a man for whom I had the greatest admiration and I am sure that when history is written he will be judged as one of the most outstanding political economists of the century. I shall always remember meeting Dr. Erhard for the first time as one of the highlights of my visit to Bonn in 1975. If only Britain had produced a man with similar foresight in the economic field, I cannot help feeling that our present economic situation would be rather better than it is today. [...] Those of us who share his vision of a free-enterprise economy can only be thankful that he had the opportunity of serving his country in such a dedicated and selfless manner at the highest possible level.“

¹³⁹ Vgl. CPA, IDU 28/1, Michael Fraser an Margaret Thatcher, 20. 5. 1975; Organisationsunterlagen zum Besuch in: ACDP, 07-001-11479; THATCHER, *The Path to Power*, 1995, S. 343–344.

¹⁴⁰ ACDP, 07-001-11479, Margaret Thatcher an Kurt Biedenkopf, 3. 7. 1975.

¹⁴¹ Vgl. CPA, IDU 28/1, Margaret Thatcher an Karl Carstens, 15. 7. 1975; John Peel an Mr Ryder, 4. 8. 1975. Zu den Kontakten zwischen Thatcher und Carstens vgl. CARSTENS, *Erinnerungen und Erfahrungen*, 1993, S. 443–444, 670–672.

¹⁴² Vgl. CAC, THCR 2/6/1/128, Programme for Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf, 25.–26. 3. 1976.

¹⁴³ Ebd., Kurt Biedenkopf an Margaret Thatcher, 29. 3. 1976.

¹⁴⁴ Vgl. die Unterlagen in CAC, THCR 5/1/2/73.

¹⁴⁵ Vgl. CPA, IDU 28/2, Meeting of Mrs Thatcher and Dr Kohl, 8. 7. 1976, Agenda.

¹⁴⁶ CAC, THCR 2/6/1/21, Helmut Kohl an Margaret Thatcher, 21. 7. 1976.

¹⁴⁷ Ebd., Margaret Thatcher an Helmut Kohl, 9. 7. 1976. Vgl. auch HURD, *Memoirs*, 2003, S. 245–246.

wandelt.¹⁴⁸ An die Anfangstage ihrer Beziehung mochten sich die beiden später jedenfalls nicht mehr erinnern.¹⁴⁹ In jenen frühen Jahren war von den späteren Verstimmungen nichts zu spüren. Im Oktober 1976 vertrat Biedenkopf die CDU beim Parteitag der Konservativen in Brighton und hatte dort wiederum Gelegenheit zu einem persönlichen Austausch mit Thatcher.¹⁵⁰ Die Parteienkooperation war an der Parteispitze angelangt: Niemals zuvor und niemals danach sollten Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitiker von CDU und Conservative Party sich auf Parteiebene so intensiv abstimmen. Während sich der europaenthusiastische Edward Heath in der Parteienkooperation kaum engagiert hatte, tat dies seine als Europakritikerin ersten Ranges in die Annalen eingegangene Nachfolgerin in ihren Jahren als Oppositionsführerin mit allem Nachdruck.

Doch nicht nur an der Parteispitze verstand man sich prächtig, auf allen Ebenen der Partei wurden die Beziehungen intensiviert: Man vermittelte sich gegenseitig Redner für Bildungsseminare oder entsandte Vertreter zu Konferenzen.¹⁵¹ Als besonders tragfähig kristallisierte sich die Zusammenarbeit der Parteiapparate heraus, die nach dem Wechsel von Biedenkopf zu Geißler ihre intensivste Phase erlebte. Tatsächlich förderte Geißler die Parteienkooperation nicht weniger als das sein Vorgänger getan hatte. Noch im November 1977 reiste er mit Henning Wegener nach London, um einerseits die Partei und ihre Schlüsselpersonen kennenzulernen und um andererseits das europapolitische Vorgehen abzusprechen. Nicht nur die Schritte hin zur Gründung der EDU, auch das gemeinsame Auftreten bei den Direktwahlen zum Europäischen Parlament galt es abzustimmen.¹⁵² Deshalb wurde beschlossen, die Kontakte zwischen Conservative Research Department und Bundesgeschäftsstelle wie Konrad-Adenauer-Stiftung zu intensivieren „with a view to harmonising the two Parties’ policies“.¹⁵³ Die Initiative dazu war von Wegener und Chris Patten, dem Leiter des CRD und späterem EU-Kommissar ausgegangen.¹⁵⁴ So trafen im Februar 1978 Politikstrategen beider Parteien aufeinander, um gemeinsam an Themen zu arbeiten, die von der Mitbestimmungs- bis zur Familienpolitik reichten. Patten war begeistert und drang auf weitere Treffen,¹⁵⁵ die im Frühjahr 1979 realisiert

¹⁴⁸ Vgl. LARRES, Schwierige Verbündete.

¹⁴⁹ Vgl. die Darstellung des Verhältnisses in den Autobiographien: KOHL, Erinnerungen, 1990–1994, S. 58–65; THATCHER, The Path to Power, 1995, S. 344 und 347; THATCHER, The Downing Street Years, 1993, S. 61 et al.

¹⁵⁰ Vgl. ACDP, 07-001-11479, Kurt Biedenkopf an John Peel; Programm für den Parteitagsbesuch, 4. 10. 1976.

¹⁵¹ Vgl. die vielfältigen Unterlagen in CPA, IDU 28/2, 28/3, 28/4.

¹⁵² Vgl. ebd., IDU 28/3, Visit of Dr. Heinrich Geißler and Dr. Henning Wegener, to London, 3.–4. 11. 1977.

¹⁵³ Ebd., Meeting on 4 November 1977 between representatives of the British Conservative Party and the German Christlich-Demokratische Union in Mr. Clark’s Office, Central Office.

¹⁵⁴ Vgl. ebd. 28/3, Tom Hooson an Diana Elles, 18. 5. 1977; Henning Wegener an Chris Patten, 5. 9. 1977; Chris Patten an Henning Wegener, 12. 9. 1977.

¹⁵⁵ Vgl. ebd. 28/4, Chris Patten an Diana Elles, 16. 2. 1978; Sandy Walker an Diana Elles, 16. 2. 1978.

und unter Pattens Nachfolger, Alan Howarth, fortgesetzt wurden.¹⁵⁶ Chris Patten, der die deutsche Christdemokratie bewunderte, sollte auch in späteren Jahren als ein wichtiger Verbindungsmann zwischen Conservative Party und CDU agieren.¹⁵⁷

Als die britischen Konservativen 1979 die Wahl gewannen und die Regierung stellten, bemühte sich die CDU, die engen Kontakte aufrechtzuerhalten. „Dass Sie politischen Auffassungen zum Siege verholfen haben, die so weitgehend auch die unseren sind, wird sich auch auf die politischen Entwicklungen bei uns und in ganz Europa heilsam auswirken“, telegraphierte Kohl hoffnungsfroh nach London.¹⁵⁸ Sobald die CDU die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, sollten die Kontakte sowohl über die Partei- als auch über die Regierungskanäle gepflegt werden, ließ Kohl John Cope, konservativer Whip im Unterhaus, beim Parteitag der finnischen Konservativen im Mai 1981 wissen.¹⁵⁹ Die hohe Bedeutung, die den Parteikontakten in der CDU zugemessen wurde, zeigte sich besonders in der Einrichtung eines Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in London im Jahr 1980.¹⁶⁰ Dass dies auch für die Briten galt, erwies sich im Mai 1982, als die CDU ihre unbedingte Unterstützung im Falkland-Krieg zusagte,¹⁶¹ und nicht zuletzt im Oktober 1982, als eine Gruppe hochrangiger Politikberater Gast der CDU war und Informationen aus erster Hand über die neue Regierung nach London tragen konnte.¹⁶² Cecil Parkinson, Chairman der Conservative Party, jedenfalls vertraute nach der Wahl Kohls zum Kanzler darauf, dass „the close ties that have been developed between our two parties in recent years will provide an excellent basis for intergovernmental cooperation in the future“.¹⁶³

Dies sollte sich als frommer Wunsch erweisen. Die Friktionen im deutsch-britischen Verhältnis der 1980er Jahre, die unterschiedlichen europa- und verteidigungspolitischen Konzepten entsprangen, sind hinlänglich bekannt. Sie spiegelten

¹⁵⁶ Vgl. ebd. IDU 28/5, Sandy Walker an Mr. Patten etc., 16. 1. 1979; Sandy Walker an Mr. Patten etc., 2. 2. 1979; ein weiteres Treffen wurde beim Antrittsbesuch Howarths in Bonn geplant, vgl. Alan Howarth an Sandy Walker, 8. 10. 1979; Alan Howarth an Sandy Walker, 11. 12. 1979, und 1980 realisiert, vgl. CDU-Dokumentation, CDU-Pressemitteilung, 7. 3. 1980; DEUTSCHLAND-UNION-Dienst, 9. 7. 1981, Arbeitskonferenz mit britischen Konservativen; LARRES, Schwierige Verbündete, S. 240.

¹⁵⁷ Vgl. PATTEN, Not Quite the Diplomat, 2005, S. 22–23.

¹⁵⁸ CAC, THCR 2/4/1/8, Helmut Kohl an Margaret Thatcher, o. D. [1979]. Auf die Bedeutung der Parteienkooperation kamen sowohl Kohl als auch Thatcher in ihrer Korrespondenz dieser Jahre zurück, vgl. MTFW, 118809, Helmut Kohl an Margaret Thatcher, 18. 12. 1979; Margaret Thatcher an Helmut Kohl, o. D. [Dezember 1979].

¹⁵⁹ CAC, THCR 2/6/2/68, John Cope an Ian Gow, 18. 5. 1981.

¹⁶⁰ Vgl. CPA, IDU 25/1, Conservative Party International Office, Conservative Research Department, Brief on the Federal Republic of Germany, October 1982.

¹⁶¹ Vgl. MTFW 122768, Anthony Royle an Margaret Thatcher, 4. 5. 1982, anliegend: Points discussed with the CDU in Bonn, 4. 5. 1982. Die Positionierung der CDU bzw. einzelner CDU-Politiker wurde in London aufmerksam beobachtet, vgl. CPA, IDU 27/1.

¹⁶² Vgl. CPA, IDU 25/1, Peter Cropper an The Chairman und Scott Hamilton, 2. 11. 1982, anliegend: Adam Ridley, Visit to Bonn, 28. 10. 1982.

¹⁶³ Ebd., Cecil Parkinson an Helmut Kohl, 1. 10. 1982.

sich im persönlichen Verhältnis von Kohl und Thatcher.¹⁶⁴ Auch wenn die Führungsspitzen in CDU und Conservative Party das Interesse an einem intensiven Austausch im Rahmen der Parteienkooperation verloren hatten, führten die Parteiapparate die Kontakte weiter.¹⁶⁵ Von besonderer Bedeutung erwies sich die bereits 1982 ergriffene Initiative, jüngere Parlamentarier von CDU/CSU und Conservative Party unter der Ägide des Londoner Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung zu Arbeitstreffen zusammenzubringen. 1984 fand die erste Begegnung statt, die so erfolgreich verlief, dass das Format institutionalisiert wurde. Seitdem kamen die Teilnehmer jährlich zusammen, seit den späten 1980er Jahren in der Sommerresidenz Konrad Adenauers in Cadenabbia am Comer See. Getragen wurden die deutsch-britischen Parlamentariertreffen besonders von der Generation der ‚konservativen 1968er‘ in CDU/CSU und Conservative Party, in der auf vielfältige deutsch-britische Kontakte zurückgegriffen werden konnte, die aus dem gemeinsamen Engagement in den europäischen Studenten- und Jugend-Organisationen der christlich-demokratischen und konservativen Parteien in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren rührten.¹⁶⁶ Volker Rühe, Matthias Wissmann, Norbert Lammert, Karl Lamers oder Elmar Brok auf deutscher und John Selwyn Gummer, Jim Spicer, Quentin Davis oder David Hunt auf britischer Seite nutzten die Treffen zum jährlichen Austausch, und sie taten dies auch noch, als sie Ministerämter bekleideten.¹⁶⁷ Diese Begegnungen halfen, die aufbrechenden Gräben zwischen den beiden Parteien zu überbrücken. In Zeiten der Regierungsverantwortung prallten Interessen aufeinander, die in Zeiten der Opposition verschleiert werden konnten. So einfach war Eintracht nun nicht mehr herzustellen.

5.2. *Konservative Verbindungen?* CDU, CSU und Conservative Party und die Lösung begrifflicher Kalamitäten in Europa

Die Geschichte der Beziehung von CDU, CSU und Conservative Party kann erzählt werden als eine Geschichte des Sich-Erkennens. Nach und nach entdeckten die Politikerinnen und Politiker auf beiden Seiten, dass ihre Parteien mehr einte

¹⁶⁴ Vgl. LARRES, *Schwierige Verbündete*; YOUNG, *This Blessed Plot*, 306–374; zu den diplomatischen Beziehungen im Überblick vgl. SMITH und EDWARDS, *British-West German Realtions*, 1973–1989.

¹⁶⁵ Vgl. z. B. CPA, IDU 42/22, Konrad-Adenauer-Stiftung, Information Programme for Special Advisers to Her Majesty's Government, Bonn, 10.–12. 9. 1986; Out Telegram, drafted by J. Houston, Special Adviser to Geoffrey Howe, 15. 9. 1986; BAKER, *The Turbulent Years*, S. 348–352.

¹⁶⁶ Zur europäischen Prägung dieser Generation vgl. für die Conservative Party DAVIS, *A Silent Minority?*; EVANS, *Touching from a Distance*.

¹⁶⁷ Zu dem für September 1982 geplanten und dann abgesagten Parlamentariertreffen in Bonn vgl. CPA, IDU 25/1; für das zweite und dritte Parlamentariertreffen in London, 18.–19. 11. 1985, bzw. in Bonn, 15.–16. 10. 1986, vgl. 42/1; vgl. außerdem die informativen autobiographischen Berichte HUNT, *Unser Cadenabbia*; LAMMERT, *Cadenabbia*.

als nur gemeinsame europapolitische Interessen, dass sie sich in ihrer Programmatik in vielerlei Hinsicht glichen. Auch deshalb wollte man ins Gespräch kommen. Der Prozess des Sich-Erkennens war sprachlich vermittelt und konzentriert auf zentrale Begriffe des politischen Vokabulars. Doch während Begriffe, über deren Bedeutung weitgehende Einigkeit herrschte, die Parteikooperation trugen, musste über solche Begriffe, deren Bedeutungsgehalte in den beiden politischen Sprachen divergierten, erst verhandelt werden.

Dies traf zuallererst auf den Begriff *Konservatismus* zu. Die Parteibeziehungen wurden just in dem Moment in die Wege geleitet, als in der CDU eine intensive Selbstverständigungsdebatte einsetzte. Wie oben ausführlich dargestellt, verhandelte dabei die CDU ihr Verhältnis zum Liberalen. Zugleich wurde der Konservatismusbegriff neu justiert.¹⁶⁸ Die programmatischen Gräben in der Partei waren am Kieler Bundesparteitag aufgebrochen, an jenem Parteitag also, bei dem mit Peter Smithers erstmals ein Vertreter der Conservative Party anwesend war und der bei diesem einen solch nachhaltigen Eindruck hinterlassen hatte. Smithers, um ein Grußwort gebeten, nutzte die Gelegenheit, um Vorbehalte gegenüber seiner Partei zu zerstreuen. Als versiertem Europapolitiker mussten ihm die kontinentalen Reserven gegenüber den britischen Konservativen bekannt gewesen sein, so dass er in Kiel auffällig die „gemäßigte Politik“ und das undogmatische Selbstverständnis des britischen Konservatismus betonte. Seine Partei trete für „stetigen Fortschritt auf Grund früherer Erfahrungen“ ein und sei sicherlich „keine Klassenpartei“, im Gegenteil: „wir lehnen jeden Klassenkampf unbedingt ab“, um „im Interesse des gesamten britischen Volkes zu regieren“.¹⁶⁹

Das entsprach ganz der Definition des Konservativen, welche die Advokaten eines liberalen Konservatismusbegriffs in der Union profilierten. Dementsprechend begeistert nahm Eugen Gerstenmaier die Vorlage auf und beendete seine Parteitage Rede mit dem Aufruf zum Schulterschluss mit den britischen Konservativen. „Vorwärts, Freunde, vorwärts in Freiheit“ rief er den Delegierten zu und nahm damit den Slogan *Onward in Freedom* der britischen Konservativen wörtlich auf.¹⁷⁰ Mit einem solchen Erfolg hatte Smithers nicht gerechnet, als er fleißig Exemplare des Pamphlets *Onward in Freedom*, das den konservativen Politikentwurf zusammenfasste, unter den Spitzenpolitikern der CDU verteilt hatte.¹⁷¹ Der Slogan beeindruckte nicht nur Gerstenmaier; noch zehn Jahre später erinnerte sich Gerhard Schröder an die Faszination, die das konservative „Vorwärts hin zur Freiheit“ bei ihm ausgelöst hatte.¹⁷² In der Tat fasste der Slogan die markantesten Elemente des Konservatismusbegriffs der Conservative Party der späten 1950er Jahre: die Betonung der Freiheit in einem antisozialistischen Kontext sowie die Orientierung hin auf den Fortschritt. In einem solchen Sinne wollten

¹⁶⁸ Siehe S. 164–193.

¹⁶⁹ Bundesparteitag der CDU 1958, S. 39.

¹⁷⁰ Vgl. ebd., S. 108.

¹⁷¹ Vgl. CPA, COB 64/2, Peter Smithers, C.D.U. Annual Conference, Kiel, 28.–21. 9. 1958.

¹⁷² Vgl. ebd. 132/1, Gerhard Schröder an D.P. Crossman, 9. 10. 1969.

Männer wie Gerstenmaier oder Schröder den Begriff in der politischen Sprache der Union platziert sehen.

Die Reserven des christlich-sozialen Flügels gegen eine neue Betonung des Konservativen waren dagegen fast so gewaltig wie gegen die Aufnahme des Liberalismusbegriffs in den Begriffshaushalt der Partei. „Christlich-demokratisch kann man nicht durch Konservativismus ersetzen“, stellte Katzer apodiktisch fest.¹⁷³ Als Teil christlich-demokratischer Gesinnung dagegen mochte er eine „konservative“ Haltung gegenüber historischem Wandel und vor allem hinsichtlich der Bewahrung christlicher Werte gelten lassen. *Konservativ* wurde dem Begriff des *Christlichen* untergeordnet. Die Befürchtungen, die Katzer und andere auf dem christlich-sozialen Flügel umtrieben, fanden ihre Nahrung in der aufbrechenden Diskussion um den Stellenwert des C. Die Attraktivität des Konservatismusbegriffs an der Wende von den 1950er zu den 1960er Jahren rührte aus der zunehmenden Fragwürdigkeit des C angesichts einer fortschreitenden Säkularisierung und Liberalisierung der Gesellschaft. Das führte dazu, dass *christlich* und *konservativ* auf dem christlich-sozialen Flügel der Union immer stärker als Gegensatzpaar verstanden wurden. „Es gehört [...] eine gehörige Portion Mut dazu, die christlichen Parteien in Bausch und Bogen den Konservativen zuzurechnen“, empörte sich die *Ketteler-Wacht*, die Verbandzeitschrift der Katholischen Arbeitnehmerbewegung, im Juni 1963. Deutlich wird in einer solchen Ablehnung der Identifikation von *christlich* und *konservativ* die europäische Dimension der Debatte zu Beginn der 1960er Jahre. Die Wählerverluste christdemokratischer Parteien in Europa waren in der Öffentlichkeit nicht unbemerkt geblieben, vielmehr war daraus auf ein Ende des christdemokratischen Zeitalters geschlossen worden. Wenn das Christliche nicht mehr trug, bot sich das Konservative als Alternative an, so die Argumentation. Dem widersprach die *Ketteler-Wacht*: Es sei „nicht angängig, die christlichen Parteien des europäischen Kontinents mit den englischen Konservativen zu identifizieren.“ Als zentrales Unterscheidungsmerkmal wurde dabei die Einstellung gegenüber dem Sozialstaat hervorgehoben. Christlich-demokratische Politik charakterisierte sich in dieser Sicht als sozialreformerisch, während genau das konservativer Politik abgesprochen wurde.¹⁷⁴ Dies entsprach nun wahrlich nicht der Politik der Conservative Party unter Harold Macmillan, Richard Austen Butler und Iain Macleod, sondern zeugte viel eher von der Unkenntnis britischer Politik in christlich-sozialen Kreisen. Dies entzog dem Argument allerdings nicht seine Schlagkraft.

Die Aufnahme von Parteibeziehungen zwischen Conservative Party und CDU war also von Beginn an mit der unionsinternen Diskussion um das Selbstverständnis verknüpft. Doch selbst wenn sich die Anwälte des Christlich-Sozialen in diesen nicht engagierten, so opponierten sie auch nicht tatkräftig dagegen.¹⁷⁵ Dennoch sah sich Evelyn Emmet bei ihrem Besuch auf dem Bundesparteitag

¹⁷³ KATZER, Christlich-sozial in unserer Zeit, 1960, S. 62.

¹⁷⁴ Christliche Demokraten ohne Zukunft?, in: KETTELER-WACHT, 15. 5. 1963.

¹⁷⁵ Vgl. nur ACDP, Dokumentation, Parlamentarisch-Politischer Pressedienst, 29. 7. 1963.

1964 veranlasst, klarzustellen, was *konservativ* für ihre Partei bedeutete, nämlich „das Beste zu bewahren und in der jeweiligen Gegenwart für die Zukunft darauf aufzubauen“. Zu dem „Wichtigsten“ aber gehöre „der christliche Glaube“, setzte sie hinzu, „und hier [...] sind wir mit der CDU einig“. Die Conservative Party gründete sich auf das Christentum, das Christliche und das Konservative widersprachen sich nicht, sondern waren miteinander verbunden, so die Nachricht an all jene, die das ganz anders sahen.¹⁷⁶

Dabei stellte das Grummeln auf dem christlich-sozialen Flügel der CDU das kleinste Problem dar. Wie oben beschrieben, verweigerten einige Mitgliedsparteien der NEI den britischen und nordeuropäischen Konservativen die gleichberechtigte Aufnahme in das christdemokratische Parteiennetzwerk. Besonders vehement verfolgten die italienische Democrazia Cristiana sowie die französische MRP diese Politik. Daher zielten Emmets klärende Worte auf dem Parteitag auf ein weiteres Publikum. Die Hauptschwierigkeit bezüglich ihrer Integration in die NEI, so wurde den Briten in den Nebengesprächen auf dem Parteitag bedeutet,

was the name of the Conservative Party, as ‚Conservative‘ represented reaction. This together with the feeling that the party was not Christian in the sense that CDP's were Christian and the fact that CDP's in Italy and in the Low Countries regarded themselves as left of centre, would make a close grouping difficult. There was no doubt that the name rather than the party was suspect in some C.D. quarters outside Germany.¹⁷⁷

Wie verschoben Fremd- und Eigenwahrnehmungen sein konnten, zeigt nichts besser als die Selbsteinschätzung der britischen und nordeuropäischen Konservativen: Sie positionierten sich „to the ‚left‘ of most Christian-Democrats, not least in Italy“ – und verorteten sich dabei in der konservativen Tradition des „political via media“, des mittleren Weges.¹⁷⁸ Nicht nur der Konservatismusbegriff führte zu Missverständnissen in der kontinentalen Christdemokratie, sondern auch der Begriff *Right*, der in der britischen politischen Sprache, wie oben gezeigt, keinesfalls die negativen, antiliberalen Konnotationen trug wie das in jenen europäischen Ländern der Fall war, die mit starken faschistischen Bewegungen konfrontiert gewesen waren. In dem jahrelangen Ringen um die Integration der nordeuropäischen Konservativen in die NEI bzw. EUCD kamen also die Differenzen im politischen Vokabular der europäischen Partner zum Vorschein, mehr noch, diese wurden so stark politisiert, dass sie zu einem Gegenstand des politischen Streits wurden. Seit den frühen 1960er Jahren führten die Mitte-Rechts-Parteien in Europa einen ‚Kampf ums Heißen‘, in dem es um Macht- genauso wie um Identitätspolitik ging.

Nach dem Bedeutungsverlust der MRP trat vor allem die Democrazia Cristiana als Gegenpol zu den britischen Konservativen auf. Immer wieder versuchte die Conservative Party auf die spezifische Entwicklung des britischen Parteiensystems und besonders auf die vom Kontinent abweichende Beziehung zwischen po-

¹⁷⁶ Bundesparteitag der CDU 1964, S. 56.

¹⁷⁷ CPA, COB 88/2, [Patrick Wall,] Visit to 12th C.D.U. Conference, Hanover, March 1964.

¹⁷⁸ ACDP, 07-001-12095, R.D. Milne an Jean Seitlinger, 29. 1. 1964, anliegend: Text eines Schreibens der British Conservative Party an die Konservativen Parteien Skandinaviens, 29. 1. 1964.

litischen Parteien und christlichen Konfessionen hinzuweisen, und außerdem den Vorwurf des Reaktionären zu entkräften: „The modern Conservative Party during this and the last century has compared favourably as regards enlightenment and progressiveness with any ‚Centre‘ Party anywhere. It could not otherwise have been in power for so many of these years, alone or in coalitions for forty out of the last fifty years“, ließ Edward Heath seinen italienischen Kollegen Aldo Moro wissen.¹⁷⁹ Der Konflikt eskalierte Ende 1967, als ein Bericht über den EUCD-Kongress in Bonn in *Il Popolo*, der Parteizeitung der DC, insinuierte, dass auf Grund der Nicht-Existenz einer auf christlichem Glauben basierenden Partei in Großbritannien die Aufgabe der EUCD im Aufbau einer solchen liege.¹⁸⁰ Das brachte das Fass in London zum Überlaufen, zumal man sich sicher war, dass Rumor dahinter steckte. In ungewöhnlich scharfem Ton protestierte Emmet bei EUCD-Generalsekretär Leo Tindemans und kündigte weitere Schritte an:

In a country where the Queen's style includes for good reasons ‚Defender of the Faith‘, where bishops are active members of our Upper House and where Christian prayers are said in both Houses at each sitting and where the Parties of this country, notably our own, have countless active workers individually and jointly inspired by all kinds of Christian dedication – we find it extremely difficult to remain polite about these continued aspersions [...] upon our country and our Party, which undoubtedly vitiate what should be an atmosphere of wholehearted co-operation within the Centre/Right of all Free Europe. One would suppose from this paragraph that the only solution for our national recovery and for Christian-Democrat/Conservative co-operation was the wholesale realignment of parties in this country. Nothing could be more unrealistic or more oblivious of a fundamental difference in party-political evolution between Britain/Scandinavia and the Continent – of which proper and sensible account should be taken. We are well accustomed to the egocentricity of Gaullist France, but can be forgiven for not expecting or accepting it elsewhere.¹⁸¹

Die Vermutung, dass der Artikel von Rumor lanciert worden war, war nicht aus der Luft gegriffen, denn das darin Formulierte entsprach exakt seiner Meinung. Die nordeuropäischen Konservativen seien „keine christlich-demokratischen Parteien wegen ihrer weltanschaulichen und politischen Stellungnahmen, sowohl in der Innenpolitik als in vielen Fragen der Außenpolitik. Die christlichen Grundsätze bilden nicht die Grundlage ihrer politischen Leitbilder und bestimmen nicht ihre konkrete politische Aktion“, hatte er Bruno Heck wissen lassen. Diese Thesen zu belegen sparte er sich allerdings.¹⁸² Der intransigenten Haltung der Italiener, die von Niederländern und Belgiern geteilt wurde, lag ein Bündel von Motiven zugrunde.¹⁸³ Erstens fürchtete man den Verlust der eigenen Identität, für die der Begriff des *Christlichen* zentral war; dass die Briten in den Verhandlungen um die Aufnahme in die spätere EUCD auf den Verzicht von *christdemokratisch* im Namen der Organisation gedrungen hatten,¹⁸⁴ verstärkte diese Befürchtungen.

¹⁷⁹ ACDP, 07-001-11226, [Edward Heath] an Mariano Rumor, 4.7.1966, anliegend: [Edward Heath] an Aldo Moro, o.D.

¹⁸⁰ Vgl. CPA, IDU 30/1, Il Partito CD e l'Europa, in: *IL POPOLO*, 8. 11. 1967.

¹⁸¹ Ebd., Evelyn Emmet an Leo Tindemans, 15. 11. 1967; ebenfalls in: ACDP, 07-001-11226.

¹⁸² ACDP, NL Bruno Heck, I 022 101/2, Mariano Rumor an Bruno Heck, 2.4.1966.

¹⁸³ Für die niederländische Seite vgl. VAN KESSEL, „Ruggen recht, heren!“.

¹⁸⁴ Vgl. ACDP, 07-001-12095, Konrad Kraske an Martin Rosenberg, 10. 12. 1963.

Hinzu kam ein konfessioneller Vorbehalt in vornehmlich katholisch geprägten Parteien. Zweitens scheute man wegen Koalitionsbündnissen mit linken Parteien vor einer europäischen Assoziierung mit den *Konservativen* zurück; und drittens widersprach eine solche Verbindung dem Linkskurs, den die Parteien eingeschlagen hatten („apertura a sinistra“) und der von mächtigen Parteiflügeln gestützt wurde.¹⁸⁵ Die nationalsprachliche Semantik des Konservatismusbegriffs war für diese Haltung entscheidend.

Sehr klar zeigte sich hier der Unterschied zur politischen Sprache der CDU. Wie wir gesehen haben, war diese als überkonfessionelle, bürgerliche Sammlungspartei nach 1945 auf eine integrative politische Sprache angewiesen. Neben den umspannenden Selbstbeschreibungsbegriffen *christlich* und *Mitte* wurden weitere Begriffe wie *konservativ* oder *liberal* gepflegt, die auf unterschiedliche Gruppen in der Partei zielten und ihre Integration in die *Volkspartei* ermöglichten. So stellte die Kooperation mit den britischen Konservativen denn auch kein allzu großes semantisches Hindernis dar. Mehr noch: Auf europäischer Ebene rüstete dieses semantische Netz die Union bestens aus, um als Mittlerin aufzutreten. Es lag zudem ihrem eigenen europapolitischen Standpunkt zugrunde, der auf eine möglichst breite Integration des Mitte-Rechts-Lagers zielte und aus individuellen Erfahrungen im Umgang mit Differenz schöpfte.

Im Rahmen der deutsch-britischen Parteienzusammenarbeit wurde das sehr grundsätzliche Problem, wie *christdemokratische* und *konservative* Programmatiken zu harmonisieren seien, dann auch als Problem der Begrifflichkeit, nicht der Substanz beschrieben. Denn im Grunde teilten die beiden Parteien, so wurde argumentiert, ein gemeinsames Weltbild und verfolgten sehr ähnliche Ziele. Zum politischen Argument wurde die semantische Varianz des Konservatismusbegriffs in den europäischen Sprachen auch in den Verhandlungen um den britischen Platz in NEI und EUCD. Daraus spricht das Wissen um die Rolle von Sprache im Konservatismus, das die 1960er und 1970er Jahre kennzeichnete. Der Streit um den Konservatismusbegriff macht dabei augenscheinlich, wie die zunehmende internationale Vernetzung dieses erhöhte Sprachbewusstsein und die zunehmende sprachliche Reflexivität dynamisierte.

Ein Weiteres kam hinzu: Wie wir gesehen haben, entwickelte sich in den deutschen Unionsparteien im Laufe der 1960er Jahre der Liberalismusbegriff vom Gegenbegriff zum Selbstbeschreibungsbegriff. *Christlich* und *liberal* flossen ineinander über. Der Impuls für diese semantische Verschiebung war vom protestantischen Flügel der CDU ausgegangen, hatte aber auch katholische Entsprechungen, wie am Beispiel der CSU gezeigt werden konnte. Nur der christlich-soziale Flügel konservierte diese Gegensatzbildung noch bis in die 1970er Jahre.

¹⁸⁵ Vgl. die Analyse in CPA, IDU 30/1, EUCD situation, 24. 5. 1966; für die Politik der „apertura a sinistra“ der Democrazia Italiana vgl. im Überblick WOLLER, Geschichte Italiens im 20. Jahrhundert, S. 269–323 und GIOVAGNOLI, Il Partito Italiano, 1996; zum schwierigen Verhältnis zwischen CDU und Democrazia Italiana vgl. MASALA, Die CDU und die Democrazia Cristiana Italiana, 1949–1969.

Als die NEI zu Beginn der 1960er Jahre ebenfalls herausgefordert waren, ihre Identität zu beschreiben und dafür ein Institut in Rom gründeten, schlugen sie den zur CDU/CSU entgegengesetzten Weg ein. Die *Christdemokratie* wurde weiterhin im Gegensatz zum *Liberalismus* und zum *Sozialismus* definiert, genauso wie das der Christlich-Soziale Arbeitnehmerkongress in der Bundesrepublik getan hatte. „Wir sind tief davon überzeugt, dass weder der Liberalismus noch der Sozialismus dem kommunistischen Materialismus und Totalitarismus einen solchen geistigen Universalismus entgegensetzen kann, wie es in den Grundlagen der christlichen Demokratie gegeben ist“, formulierte Karl Josef Hahn in seinem Impulsreferat am NEI-Kongress in Luzern 1961.¹⁸⁶ Als jahrzehntelanger Direktor des Centre International Démocrate-Chrétien d'Études et de Documentation übte er einen prägenden Einfluss auf die Programmatik der EUCD aus.¹⁸⁷ Für Hahn bestand denn auch in der Liberalität der britischen und skandinavischen Konservativen das eigentliche Impediment für ihre Aufnahme in die NEI, während er anerkannte, dass die Unterschiede in der Sozialpolitik nahezu verschwunden seien.¹⁸⁸ Die Öffnung für das Liberale ebnete den Weg, auf dem sich CDU und Conservative Party verständigen konnten. Auf die Bedeutung, die dem Begriff der *Freiheit* in diesem Zusammenhang zukam, wird unten noch näher eingegangen werden.

Die britischen Konservativen waren durch die Exklusionspolitik in NEI bzw. EUCD in eine Rechtfertigungshaltung gedrängt, die sie als Folge einer kontinentalen „obsession [...] about Conservatism as such“ werteten¹⁸⁹ und welche die unmittelbar Beteiligten mitunter als demütigend empfanden.¹⁹⁰ Der Abschied von dem EUCD-Projekt und die Etablierung der Inter-Party Conferences beruhigte für einige Jahre die Situation, auch weil die divergierenden Begrifflichkeiten von den beteiligten Parteien als semantische und nicht als programmatische Differenzen akzeptiert wurden. Neutraler hätte die Bezeichnung für die jährlichen Zusammentreffen von dänischen, finnischen, schwedischen, norwegischen, isländischen, britischen, maltesischen, luxemburgischen, niederländischen, österreichischen, schweizer und deutschen Mitte-Rechts-Parteien auch kaum ausfallen können. Mit *Inter-Party Conference* wurden die begrifflichen Probleme elegant ausgeblendet. Dennoch stellte sich die Frage, was die Parteien einte, und zwar

¹⁸⁶ HAHN, Die geistigen Grundlagen der christlich demokratischen Politik, NEI-Kongress, Luzern, 12.–14. 10. 1961, S. 602.

¹⁸⁷ Vgl. LÜCKER und HAHN, Christliche Demokraten bauen Europa; HAHN, Konsequenz durchgehaltene politische Grundpositionen, 1990.

¹⁸⁸ Vgl. KARL JOSEF HAHN, Die Haltung der christdemokratischen Parteien zu einer eventuellen Zusammenarbeit mit den Konservativen Parteien, 12. 2. 1964, in: GEHLER und KAISER, Transnationale Parteienkooperation, S. 658–660, hier S. 659.

¹⁸⁹ CPA, CCO 20/32/1, Meeting on links with like-minded parties in Europe, 10. 12. 1962.

¹⁹⁰ Vgl. Bodleian Library, Emmet Papers, MS. Eng. hist. c. 1058, fols 15–28, Report by Lady Emmet, Annual Conference of the European Union of Christian-Democrats, Taormina, 9.–12. 12. 1965: „One felt that we were non-existent, and that Europe was going to be built entirely by the CD parties. [...] It is humiliating to realise that in this milieu we are of no account; but it must be faced as a fact.“

über das europapolitische Interesse jener Parteien hinaus, die Mitglieder der EG waren bzw. einen Beitritt anstrebten, und neben dem Reiz eines informellen Forums, in dem aktuelle Fragen internationaler Politik abgesprochen wurden und man sich über Wahlkampfaktik und politische Strategie austauschen konnte. Diese Frage wurde zuallererst negativ beantwortet: Die beteiligten Parteien strebten nach der Etablierung einer starken Internationale auf einer „non-Socialist/Liberal/Communist basis“.¹⁹¹ Der Stärke der sozialistischen bzw. sozialdemokratischen und liberalen Parteiennetzwerke – zumindest wurde dies so wahrgenommen – wollte man ein ähnlich mächtiges Netzwerk entgegenstellen. Anstelle von *konservativ* bzw. *christdemokratisch* wurde dafür häufig auf die Begriffe *Centre* und *Right* zurückgegriffen, oft auch in Verbindung miteinander, also in Form von *Centre-Right*. Die Verortung im „Zentrum“ des politischen Spektrums war vor allem hinsichtlich des christdemokratischen Verdachts einer *rechten*, klassenbasierten Initiative von Bedeutung. Um dem zu wehren, sahen sich die Parteien 1971 genötigt, in einem Kommuniqué ihren volksparteilichen Charakter zu unterstreichen: „Christian-Democrats and Conservatives were unanimous that, unlike other parties, neither were dependent on support on sectional groups of their populations, but that as modern people’s parties they represented the interests of all sections of their populations.“¹⁹²

Der verbindende Impetus war antisozialistisch. Dass die Etablierung der Inter-Party Conference Mitte der 1960er Jahre erfolgte, war auch in dieser Hinsicht nicht zufällig. Dafür waren zwei Impulse verantwortlich: Zum einen sorgten die Institutionen der EG für eine zunehmende Politisierung der europäischen Ebene, auf der die Parteien sich genötigt sahen mitzuspielen; zum anderen wurden die individuellen Erfolge reformierter sozialdemokratischer bzw. sozialistischer Parteien in den 1960er Jahren als europäischer Trend gelesen, der eine Gegenreaktion nur umso dringlicher erscheinen ließ. Dies befeuerte die Wahrnehmung einer politischen Polarisierung. Auch der Kooperation von Conservative Party und CDU war seit den 1950er Jahren „[a] strong feeling of parallelism between the respective fortunes of CDU/SPD in W. Germany and of Conservative/Labour in the UK“ zugrunde gelegen.¹⁹³ Hinzu kam, dass ein allgemeiner Linkstrend diagnostiziert wurde. Die „Mitte“ rutsche in ganz Europa nach links, so die Analyse der *Times* Ende 1966,¹⁹⁴ die das Conservative Overseas Bureau Committee zu einer Sammlung von Schlüsselthemen veranlasste, die den beteiligten Parteien als gemein betrachtet wurden. Denn die „recovery of party-political initiative“ in Europa wurde als entscheidender Auftrag für die multilaterale Kooperation der Mitte-Rechts-Parteien angesehen. Eine ganze Liste von Gemeinsamkeiten identifizierten die

¹⁹¹ CPA, CCO 20/15/3, R.D.M[ilne], Report: First European Conservative/Christian-Democrat Conference, Karlsruhe, 27.–28. 4. 1967, 2. 5. 1967.

¹⁹² CPA, IDU 30/2, European Christian-Democrat & Conservative Inter-Party Conference, Hernstein nr. Vienna, 21.–23. 5. 1971.

¹⁹³ Vgl. ebd. 30/1, Conservative/CDU Relations, 4. 10. 1967.

¹⁹⁴ Vgl. The Left Moves to the Centre, in: THE TIMES, 4. 11. 1966.

COB-Experten. Dass sie diese auch antithetisch formulierten, hob die antisozialistische Stoßrichtung der Inter-Party Conference nur noch stärker hervor:

Competition with compassion
 Humanisation v. nationalisation
 Broad v. narrow attack on human problems
 Progress through consolidation
 Voluntary unity v. deliberate division
 Integrated communities with infinite variety
 Tolerance v. intolerance
 Modern open-mindedness v. out-of-date doctrine
 Equality-of-opportunity, not equality-of-reward
 Leaderful, mobile communities
 Responsible liberty v. erosion of liberty
 Reinforce legitimate success and help the weak
 Utilise the traditional to build for the future
 Religious belief to inspire, not divide
 Politics the servant, not the master
 The spiritual over the material
 Quality-of-life to take over from mere quantity
 Establish the political framework for family and individual effort
 Integrate Europe and the world pragmatically
 Reinforce success in overseas aid
 Take race as well as class out of poverty
 Freer trade through fairer trade
 True patriotism understands other-national aspirations
 Greater prosperity through division-of-function
 Disarmament and true peace through strength
 Stick to civilised principles, but co-exist

Die Suche nach Gemeinsamkeiten führte zur Ausformulierung eines semantischen Netzes, das die Parteienkooperation tragen sollte. Auf Grund der kurz gehaltenen Protokolle der Treffen kann nicht mehr nachvollzogen werden, wie tief diese Semantik die Debatten durchdrang und wie weit die übrigen involvierten Parteien diese teilten. Verstanden werden sollten die gesammelten Punkte als „working maxims rather than rigid fundamentals“, betonte das COB Committee.¹⁹⁵ Tatsächlich gründete die Kooperation in den Inter-Party Conferences nicht auf einer programmatischen Grundsatzerklärung. Ihre Wirkmächtigkeit erhielt sie viel eher aus dieser flexiblen semantischen Situation, in der begriffliche Übereinstimmungen im regelmäßigen politischen Gespräch gefunden wurden. Die Beteiligten fänden sich „much closer to each other in policy terms than at first some of them imagined“, bemerkte man im Conservative Overseas Bureau 1969.¹⁹⁶ Es darf nicht vergessen werden, dass die Parteien der Inter-Party Conference in ihrem Vorhaben eines regelmäßigen Gesprächs miteinander Neuland betreten. Dementsprechend tastend fiel die Suche nach dem Gemeinsamen aus.

Dies traf besonders auf die CDU zu, die sich selbst in einem programmatischen Suchprozess befand und dies zumal nach dem Verlust der Regierungsver-

¹⁹⁵ CPA, CCO 20/15/3, Conservative Overseas Bureau Committee, 23. 11. 1966, item 2B.

¹⁹⁶ Ebd., IDU 30/2, Parties of the Centre-Right, Third European Inter-Party Consultative Conference, Maidenhead, 16.–18. 5. 1969.

antwortung 1969. Die bilaterale Kooperation mit den britischen Konservativen sowie die multilaterale Zusammenarbeit in der Inter-Party Conference öffnete die Möglichkeit für eine säkularisierte Profilbildung. Die „typisch ‚christliche‘ Substanz in den Programmen aller christlich-demokratischen Parteien Westeuropas“ sei „weitgehend verblasst“, konzedierte ein internes Strategiepapier 1970, so dass einer Kooperation nichts im Wege stehe, und dies zumal als „die grundsätzlichen und konkret-politischen Programmziele der christlich-demokratischen und konservativen Parteien [...] kongruent“ seien. „[Ä]hnlicher oder gleicher Auffassung“ seien die Parteien darüber hinaus im „Widerstand gegen den Totalitarismus“, der „Förderung demokratischer Regierungsformen“, bezüglich des „Wiederaufbau[s] und [der] Integration Europas“, der „Abwehr der kommunistischen Bedrohung in der Nachkriegszeit“ sowie hinsichtlich der „atlantischen Gemeinschaft“ und der „Entwicklungshilfe“.¹⁹⁷ Ein solch europäischer Erfahrungshintergrund schlug sich denn auch in der innerparteilichen Debatte um die Zukunft der Union nieder. Das Plädoyer Bruno Hecks für einen „fortschrittlichen“ Konservatismus auf dem Höhepunkt der Parteikrise Anfang 1973 basierte wohl auch auf den Erfahrungen, die jener in seinem jahrelangen Engagement in der Parteienkooperation gemacht hatte. In dem Katholiken Heck zeigte sich zudem, dass eine Betonung des Christlichen mit einer solchen des Konservativen in der CDU nunmehr vereinbar war.¹⁹⁸ Auch Richard von Weizsäcker, der zweite hochrangige Advokat des Konservativen in der CDU, gehörte zu ihren deutsch-britischen Mittlerfiguren.¹⁹⁹

Kai-Uwe von Hassel, seit 1973 EUCD-Präsident, griff in die Programmdebatte seiner Partei nur mittelbar ein. Sein Eintreten für den Konservatismusbegriff manifestierte sich vielmehr in seinem Engagement in der europäischen Parteienkooperation. 1972 war er von den britischen Konservativen zu der prestigeträchtigen *Swinton Lecture* eingeladen worden, um über die Christdemokratie und den Konservatismus zu sprechen und hatte die Gelegenheit genutzt, um auf die Gemeinsamkeiten hinzuweisen und auf kontinentale Missverständnisse aufmerksam zu machen. Auf dem Bundesparteitag der CDU 1976 bekräftigte er – unter Anwesenheit Margaret Thatchers – seine Einschätzung einer Identität der Mitte-Rechts-Parteien in Europa. „Conservatism and Christian Democracy draw their concepts and values from the same sources“, so hatte Hassel in Swinton argumentiert und zugleich die Pluralität zu einem Kennzeichen der konservativ-christdemokratischen Parteienfamilie erklärt.²⁰⁰ Für jene, die täglich mit der Parteienkooperation befasst seien, sei es „klar“, so von Hassel vor seiner Partei, „dass in dem Augenblick, wo man bereit ist, die Programme des anderen ernsthaft zu studieren,

¹⁹⁷ ACDP, 07-001-11226, Möglichkeiten besserer Zusammenarbeit der christlich-demokratischen und konservativen Parteien Westeuropas, Helmuth Pütz, 17. 11. 1970.

¹⁹⁸ Vgl. Warten bis die SPD sich verschlissen hat? Gespräch mit dem ehemaligen CDU-Generalsekretär Bruno Heck über die Zukunft der Union, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 5. 1. 1973. Siehe S. 313–314.

¹⁹⁹ Vgl. dessen Engagement bei den Königswinter-Konferenzen: UHLIG, Die Deutsch-Englische Gesellschaft, S. 61–64, 87–88.

²⁰⁰ HASSEL, The Swinton Lecture, 1972, S. 20.

feststellt, dass es Unterschiede in den Programmen nur noch dann gibt, wenn man ein Vergrößerungsglas nimmt, dass uns aber im Grunde genommen [...] nichts trennt außer der Tatsache, dass wir einander nicht genügend kennen“.²⁰¹ So klar schien dies für den christlich-sozialen Flügel der CDU allerdings nicht zu sein, auf dem die Parteienkooperation noch immer auf Widerstand stieß, offenbar weil den britischen Konservativen das soziale Gewissen abgesprochen wurde. Ob die Rede von Keith Joseph in seiner Eigenschaft als Sozialminister auf dem Parteitag der Konservativen im Oktober 1973,²⁰² die von der Bundesgeschäftsstelle auf Anregung Hassels hin in den Sozialausschüssen (und an die niederländischen Christdemokraten) verteilt wurde, die Gemüter besänftigen konnte, lässt sich nicht nachvollziehen.²⁰³ In jedem Falle ergriff das Internationale Büro der CDU die Initiative und erarbeitete eine großangelegte Synopse der Parteiprogramme der europäischen Mitte-Rechts-Parteien, die für Aufklärung und einen besseren Kenntnisstand über die Partner auf dem europäischen Parkett sorgen sollte.²⁰⁴

Die Debatte um den Konservatismusbegriff flammte in der Kooperation der europäischen Mitte-Rechts-Parteien erst wieder auf, als nach dem EG-Beitritt Großbritanniens und Dänemarks 1973 und auf Grund der realen Möglichkeit von baldigen Direktwahlen zum Europäischen Parlament die noch immer offene Frage nach der Integration der nordeuropäischen Konservativen zu einer Entscheidung drängte.²⁰⁵ Auch mit dem Eintritt einer neuen Generation von Politikern in die europäischen Parteibeziehungen waren die terminologischen Probleme nicht verschwunden, ganz im Gegenteil. Der Widerstand der italienischen, belgischen und niederländischen Christdemokraten gegen eine christdemokratisch-konservative Parteienallianz war so lebendig wie in den 1960er Jahren.²⁰⁶ „Despite many years of explanation the reactionary connotation of the word ‚Conservative‘ in various European countries continues to elicit hostile reactions“, konstatierten die britischen Konservativen und folgerten, dass „every opportunity must be taken to explain to those parties [...] that British Conservatism is moderate, modern and broadly based“.²⁰⁷ Fast verzweifelt bat William Whitelaw, Deputy Leader und Party Chairman, bei der Parteiführertagung der Inter-Party Conference, die für September 1975 auf Schloss Kleßheim einberufen worden war, um Verständnis für die Haltung der britischen Konservativen und um Unterstützung im begrifflichen Ringen in Europa: „He pointed out that we could not

²⁰¹ Bundesparteitag der CDU 1976, S. 156.

²⁰² Vgl. CONSERVATIVE CENTRAL OFFICE, Conservative Party Conference 1973, S. 96–99.

²⁰³ Vgl. CPA, IDU 28/1, Heinrich Böx an Michael Fraser, 8. 7. 1974.

²⁰⁴ Vgl. ebd., William Stephens an Diana Elles, 29. 8. 1974; es handelt sich wohl um ASMUSSEN und VOSS, Die europäischen Parteien der Mitte, 1978.

²⁰⁵ Zur Geschichte der Direktwahlen vgl. MITTAG, 30 Jahre Direktwahlen zum Europäischen Parlament.

²⁰⁶ Vgl. SPEICH, Kai-Uwe von Hassel, S. 452; zu den niederländischen Christdemokraten vgl. VAN KESSEL, „Ruggen recht, heren!“; die Gründe fasst MEYER, Die christlich-demokratische Fraktion, S. 42–43, zusammen.

²⁰⁷ CPA, IDU 30/3, The Problems of Inter-Party Links for the Conservative Party, 8. 8. 1975.

change our name – even if we wished to do so – nor could we introduce the word ‚Christian‘ into our Party title, even though we upheld Christian principles in fact.“²⁰⁸

Das Kleßheimer Treffen unterlag solcher Dringlichkeit, weil im Rahmen der EUCD von den Parteien aus den EG-Mitgliedsländern zeitgleich konkrete Schritte zur Gründung einer europäischen Partei in Angriff genommen wurden.²⁰⁹ CDU und CSU, denen wiederum eine Scharnierfunktion zukam, drängten in Kontinuität zu ihrer Politik seit den späten 1950er Jahren zusammen mit EUCD-Präsident Kai-Uwe von Hassel auf eine große Lösung, sprich auf eine breite Mitte-Rechts-Allianz. In diesem Kontext war das Kleßheimer Treffen verortet. Für Hassel lag die Crux in der Weigerung einiger EUCD-Parteien, sich mit den Programmen der anderen auseinanderzusetzen. Wenn sie das täten, so war er sich noch immer sicher, „they would find that the differences were ones of emphasis, not of substance“. Er avisierte die Gründung einer breit ausgreifenden *European Democratic Centre Party* – auch dieser Namensvorschlag sprach Bände, umging er doch die problematischen Begriffe *christdemokratisch* und *konservativ*.²¹⁰ Im Deutschen sprach Hassel stets von den „Parteien der Mitte“,²¹¹ nahm also den in der Union der 1970er Jahre dominierenden Kompromissbegriff auf und übertrug ihn auf die europäische Ebene. Dieser Begriffstransfer verdeutlicht, wie stark die politische Sprache der Union ihre europapolitische Haltung bestimmte – und warum sie im Dialog mit anderen Parteien im einen Fall an ihre politischen Grenzen stieß bzw. im anderen Fall erfolgreich agieren konnte.

Nichtsdestotrotz setzten sich auch Mitte der 1970er Jahre die Advokaten des reinen Christdemokratismus in Europa durch und schufen mit der Gründung der EVP im Juli 1976 Tatsachen. Die Namensfrage wurde auch hier zum politischen Pokerspiel. Denn CDU und CSU sahen die neue Partei nur als ersten Schritt hin zu der anvisierten breiten Mitte-Rechts-Allianz. Dementsprechend sollte der Parteiname kein Hindernis für eine zukünftige Integration der Parteien der Inter-Party Conference darstellen. Deshalb plädierten sie für *Europäische Volkspartei*. Diese Formel schloss zwar an christdemokratische Semantiken an, vermittelte aber gleichzeitig genügend Offenheit. Nur der Namenszusatz *Föderation der christlich-demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft* nahm den Begriff *christlich-demokratisch* auf, der aber zu kompliziert war, um sich letztendlich durchzusetzen.²¹²

Die Politisierung politischer Semantik in den europäischen Netzwerken der Mitte-Rechts-Parteien seit den frühen 1960er Jahren führte außerdem zu einer Namensdebatte unter jenen Parteien, die sich 1978 in der Europäischen Demokratischen Union zusammenschlossen. Der von den Deutschen ventilierte Name

²⁰⁸ Ebd., Party Leaders' Conference, Klesheim [sic] Palace, Salzburg, 8.–9.9.1975. Zu Whitelaws pro-europäischer Haltung vgl. WHITELAW, *The Whitelaw Memoirs*, 1998, S. 74.

²⁰⁹ Vgl. JANSEN, *Die Europäische Volkspartei (EVP)*, S. 469–473.

²¹⁰ CAC, THCR 2/6/1/108, Party Leaders' Conference, Klesheim Palace, Salzburg, 8.–9.9.1975.

²¹¹ Vgl. z. B. SPEICH, Kai-Uwe von Hassel, S. 454.

²¹² Vgl. JANSEN, *Die Entstehung einer Europäischen Partei*, S. 471–473.

fand deshalb Zustimmung, weil er die Begriffe *christlich*, *Volkspartei* und *konservativ* vermied. Denn so wie die christdemokratischen Parteien des Kontinents ihre liebe Not mit dem Begriff des *Konservatismus* hatten, so schwierig war es für die britischen Konservativen *christlich* in einem Parteinamen zu akzeptieren.²¹³ Zugleich nahm die Bezeichnung *Europäische Demokratische Union* den Begriff der *Demokratie* auf, der, wie wir gesehen haben, in CDU/CSU sowie Conservative Party in den 1970er Jahren einen antisozialistischen Schlüsselbegriff darstellte.²¹⁴ Scott Hamilton, britischer Europaparlamentarier, verstand es geradezu als Auftrag der Briten, die jahrhundertelange demokratische Erfahrung des Landes für die Fortentwicklung der EG fruchtbar zu machen. Die europäische Mission der Briten war demnach eine Mission für die Demokratie, und dies galt besonders für die Conservative Party, nachdem Labour eine demokratische Haltung ohnehin per se abgesprochen wurde. Die zu gründende „party of European democracy will secure for the people of our Community a free society in a free Europe“, unterstrich Hamilton vor dem Parteitag der Konservativen 1975.²¹⁵ Der Begriff der *Demokratie* war verklammert mit dem Begriff der *Freiheit*, der, wie wir sehen werden, zum Nukleus der EDU werden sollte. Vom Begriff *Union* ließen sich die Briten nach einiger Diskussion überzeugen, die zwar das lockere *Allianz* bevorzugt hätten, das aber von ihren europäischen Partnern wiederum mit zwischenstaatlichen Beziehungen assoziiert wurde.²¹⁶

Die Dynamik, die diese Verhandlungen um die politischen Begriffe auf europäischer Ebene in den Parteien auslösen konnten, zeigt nichts besser als der Brief Adam Butlers, des parlamentarischen Privatsekretärs Margaret Thatchers, an seine Parteiführerin vom Februar 1977, also während der Verhandlungen über die EDU-Gründung. Auf Grund der Probleme, die der Konservatismusbegriff bereitete, legte er ihr eine Änderung des Parteinamens nahe: „The two ‚ingredients‘ we need are Democrat and National“, argumentierte Butler. „Whilst I think it would be difficult at one stroke to drop Conservative altogether, and wrong, the adoption of the name ‚The National Democratic Conservative Party‘ would allow a gradual transition to National Democrats, and this abbreviation would gain more ready usage in Europe.“ Die Antwort Margaret Thatchers ist nicht überliefert – so sie es überhaupt für nötig hielt, darauf zu antworten. Zu ihrer Strategie, den Konservatismusbegriff der Partei zu besetzen und in ihrem Sinne auszudeuten, passte diese Empfehlung offensichtlich nicht.²¹⁷ Dass der Vorschlag in einem Stapel

²¹³ Vgl. z. B. CONSERVATIVE CENTRAL OFFICE, Conservative Party Conference 1975, S. 112, Scott Hamilton: „[...] we are inclined to be a bit suspicious of political parties who sport religious titles, since in our experience, politics and religion have not been such close companions“.

²¹⁴ Der Demokratiebegriff wurde auch für den Namen der angestrebten Fraktionsgemeinschaft von Christdemokraten und Konservativen im Europäischen Parlament in Vorschlag gebracht, vgl. CAP, CCO 508/5/3, European Conservative Group, Study Days, Copenhagen, 9.–11. 9. 1975.

²¹⁵ CONSERVATIVE CENTRAL OFFICE, Conservative Party Conference 1975, S. 112.

²¹⁶ CAC, THCR 2/6/1/23, Diana Elles, Notes on a Meeting of Christian Democrat and Conservative Parties, London, 12.–13. 2. 1976, 14. 2. 1976.

²¹⁷ Siehe S. 83–86.

Akten verschwand, spricht jedenfalls Bände. Die semantische Dynamik der Europäisierung wurde in diesem Falle abgebremst.²¹⁸

In dem schwerwiegenden terminologischen Konflikt zwischen den Mitte-Rechts-Parteien im Europa der 1970er Jahre stießen unterschiedliche politische Konzepte aufeinander, die sich in der Polarisierung des Jahrzehnts nicht mehr in einer integrativen Sprache der *Mitte* versöhnen ließen. Das wurde vor allem dann deutlich, wenn innenpolitische Fragen mit der Europapolitik verbunden wurden. Dies betraf die Auseinandersetzungen in der CDU zwischen christlich-sozialem Flügel und Gesamtpartei, die auf europäischer Ebene in der Opposition der Sozialausschüsse gegen die Gründung der EDU und in der Programmarbeit der EVP ausgespielt wurden. Hans Katzer kam hier als Vorsitzendem der Europäischen Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA) eine entscheidende Rolle zu, der außerdem alles dafür tat, die Aufnahme der britischen Conservative Trade Unionists (CTU) in die EUCDA zu verhindern.²¹⁹

Die terminologischen Konflikte in Europa betrafen aber besonders das Verhältnis zwischen CDU und CSU, das sich während der mittleren 1970er Jahre ja alles andere als entspannt gestaltete. Für die CSU im Allgemeinen und Franz Josef Strauß im Besonderen spiegelte sich in den Auseinandersetzungen um die Gründung der EVP der Richtungsstreit in der Union. Im „geistigen Ringen“ um den Namen „Europäische Volkspartei“ sei „das ungeheure Spannungsverhältnis zwischen Linksorientierten und Konservativen in Europa“ zum Ausdruck gekommen, berichtete Franz Heubl vor dem Landesvorstand der CSU im Mai 1976. Die EDU war ihm daher die „Gemeinschaft der konservativen Kräfte in Europa“.²²⁰ Deren Einigung betrieb die CSU, getrieben von einem strikt antisozialistischen Credo und sehr wenigen Reserven gegenüber der Rechten, an allen parteidiplomatischen Fronten und suchte im Ausland mitunter die Konfrontation mit ihrer Schwesterpartei. Dies traf vor allem auf Spanien zu, wo die CDU die anti-franquistischen christdemokratischen Kräfte stützte, während die CSU keine Scheu hatte, mit dem reformerischen Flügel der Franquisten zu kooperieren.²²¹ Bei der CDU schließlich schellten die Alarmglocken laut, als mit dem Kreuther Trennungsbeschluss die Rede von der „vierten Partei“ durch die Bundesrepublik geis-

²¹⁸ Vgl. CAC, THCR 2/6/1/23, Adam Butler an Margaret Thatcher, 8. 2. 1977.

²¹⁹ Vgl. ACSP, CSA 66/1, Vorstandssitzung der EUCDA, Brüssel, 31. 8. 1978; Alois Mock an Hans Katzer, 2. 5. 1978; Aktenvermerk für den Landesvorsitzenden der CSA, Herrn Staatsminister Dr. Fritz Pirkel, 17. 1. 1978; NL Strauß, PV 12965, Hans Katzer an Franz Josef Strauß, 9. 6. 1978, darin: Hans Katzer an Leo Tindemans, 30. 5. 1978; Franz Josef Strauß an Hans Katzer, 17. 7. 1978; zu den Programmdiskussionen in der EVP vgl. KARNOFSKY, Parteienbünde vor der Europa-Wahl 1979, S. 197–199.

²²⁰ ACSP, LGF – V 31. 5. 1976, Niederschrift über die Landesvorstandssitzung der CSU, 31. 5. 1976, S. 37.

²²¹ Vgl. KAISER, Europeanization of Christian Democracy?, S. 24–25; URIGÜEN, Networking; Kreuth international, in: DER SPIEGEL, 21. 3. 1977; vgl. auch die Diskussion des CSU-Landesvorstandes zur Auslandsarbeit der CSU im April 1976, ACSP, LGF – V 5. 4. 1976, Niederschrift über die Landesvorstandssitzung der CSU, 5. 4. 1976. Zu Portugal vgl. STENGER, Transnationale Parteienzusammenarbeit.

terte und man fürchtete, dass Strauß das EDU-Projekt an sich reißen und als europäische Plattform seiner Pläne nutzen würde. Die Trennung von CDU und CSU hätte so in EVP und EDU auf europäischer Ebene eine Entsprechung gefunden, die dann auch programmatisch verstanden worden wäre.²²² Dem schob die CDU einen Riegel vor, indem sie die Initiative der EDU-Gründung an sich zog und auch später noch darauf bedacht war, der CSU nicht allzu viel Raum für eigenständiges Engagement in der EDU zu lassen.²²³

Das tat dem europapolitischen Eifer des CSU-Vorsitzenden keinen Abbruch, vielmehr erschloss er sich die europäische Situation über seine dichotomische Sprache des Anti-Sozialismus. Den Kampf gegen den Sozialismus, den Strauß an allen Fronten focht, glaubte er eben auch innerhalb des Mitte-Rechts-Lagers führen zu müssen – und die Erfahrung mit Italienern, Niederländern und Belgiern in der EUCD bestärkte ihn darin noch zusätzlich. Die Parteien in der EDU, so warnte er bei deren Gründungskonferenz, dürften sich „nicht ihre angestammte Begriffswelt denunzieren und letztlich nehmen lassen, weil der Verlust der Begriffe den Verlust der Sprache und damit den Verlust im politischen Ringen um die Mehrheit“ bedeuten würde. „Die Sozialisten und ihre Helfer versuchen schon lange mit der Denunzierung von Worten wie ‚konservativ‘ denen, die sie hochhalten, das Mäntelchen der Reaktion, ja sogar des Faschistoiden umzuhängen.“ Dem müsse die EDU „entgegentreten“.²²⁴ Dazu passte Strauß’ Antrag bei der zweiten Parteiführerkonferenz der EDU 1979 in London auf eine Auseinandersetzung des Unterausschusses „Europäische Strukturen“ mit einer „modern and objective definition of the notion ‚conservative‘“.²²⁵ In dieselbe Richtung zielte seine Aufforderung an die EDU-Parteien, „den modernen Konservatismusbegriff [...] mit einem glaubwürdigen Versprechen der Sicherheit für die Zukunft“ zu verbinden.²²⁶ Der antisozialistische Krieg der Worte zog auf europäischer Ebene ein. Auch die Begriffskriegerin Margaret Thatcher setzte die Gründung der EDU in einen solchen antisozialistischen bzw. antimarxistischen Zusammenhang.²²⁷ Während die Vorsitzende der britischen Konservativen es genauso wie Kohl und Josef Taus, der erste Vorsitzende der EDU, aus taktischen Gründen vermieden, den Konservatismusbegriff exklusiv auf die EDU zu applizieren, wurde der CSU-Vorsitzende nicht müde, genau das zu tun. Franz Josef Strauß jedenfalls gefiel sich in den 1970er Jahren darin, wie Richard von Weizsäcker erinnert, sich als „den deutschen

²²² Vgl. SPEICH, Kai-Uwe von Hassel, S. 467.

²²³ Vgl. z. B. die heftigen Auseinandersetzungen um den Vorsitz im EDU-Unterausschuss Europäische Strukturen, dokumentiert in: ACSP, NL Strauß, Büro PV 12452.

²²⁴ Ebd., Sammlungen EDU, Pressemitteilung, EDU, CSU-Vorsitzender Franz Josef Strauß: EDU muss geistige Auseinandersetzung um Kollektivismus und Individualismus innerhalb der Demokratie führen, o. D. [1978].

²²⁵ CAC, THCR, 2/6/1/21, EDU, Minutes of the Second Party Leaders Conference of EDU, London 20.-21. 6. 1979.

²²⁶ ACSP, NL Strauß, Büro PV 12972, Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß auf der Tagung der Parteivorsitzenden der EDU in London, 20. 7. 1979.

²²⁷ Vgl. MTFW 103663, Margaret Thatcher, Speech to European Democratic Union, 24. 4. 1978.

Thatcher“ zu stilisieren.²²⁸ Sein Auftreten in der EDU zeigt recht deutlich, warum diese Selbstbezeichnung so einfach nicht von der Hand zu weisen war.

Die unvereinbaren Bedeutungszuschreibungen des Konservatismusbegriffs hatten letztlich die Einigung des europäischen Mitte-Rechts-Lagers verhindert – mit einschneidenden Folgen. Nicht die britische Lesart des politischen Systems mit ihrer dementsprechenden Nomenklatura setzte sich in den Europäischen Gemeinschaften durch, sondern die kontinentale, katholisch geprägte Auffassung von der Systematisierung politischer Strömungen im Europa der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dies schlug direkt auf die institutionelle Struktur des Mitte-Rechts-Lagers durch: Im Europäischen Parlament formierten sich 1979 zwei Fraktionen, die Briten saßen nicht am Tisch, als die *Einheitliche Europäische Akte* im Rahmen der EVP vorverhandelt wurde,²²⁹ EDU und EVP arbeiteten während der 1980er Jahre unabhängig voneinander und als sich in den 1990er Jahren die beiden Fraktionen vereinigten, hatten sich die Vorstellungen über Ziel und Zweck der Europäischen Union sowie die Begrifflichkeiten, mit denen diese beschrieben wurden, bereits so weit voneinander entfernt, dass sich schließlich 2009 die nord-europäischen Konservativen unter Führung der britischen Konservativen aus der Fraktionsgemeinschaft wieder verabschiedeten.²³⁰ Der fehlgeschlagene Begriffstransfer der 1960er und 1970er Jahre hatte dafür die Pfade gesetzt.

5.3. Antisozialistische Einigkeiten im Europa der 1970er Jahre. Strauß, Thatcher und Kohl im Kampf um die *Freiheit*

Der Konservatismusbegriff trieb einen Keil zwischen die europäischen Mitte-Rechts-Parteien in den 1960er und 1970er Jahren. Andere Begriffe dagegen vermochten zu einen – und dies galt zuallererst für den Begriff der *Freiheit*. CDU, CSU und Conservative Party kooperierten, weil sie glaubten, nur gemeinsam die *Freiheit* in Europa verteidigen zu können. Kohl und Thatcher versicherten sich ihrer gegenseitigen Wertschätzung, indem sie auf ihren Einsatz für die *Freiheit* verwiesen. „[W]e share the same vision of free Europe“, war sich Thatcher sicher,²³¹ und Kohl ließ sie wissen, dass er ihren „Kampf für mehr Freiheit in Ihrem Land und in Europa“ bewunderte.²³² *Freiheit* war der Leitbegriff für Thatchers Rede beim Hannoveraner CDU-Parteitag im Mai 1976, in der sie die *Freiheit* als den Schirm definierte, der die „Freundschaft“ von CDU und Conservative

²²⁸ WEIZSÄCKER, Vier Zeiten, 1997, S. 245.

²²⁹ Vgl. JOHANSSON, Party Elites in Multilevel Europe.

²³⁰ Zur Fraktionsbildung im Europäischen Parlament vgl. WAGNER, The Right in the European Parliament since 1979; zum Zusammenschluss in der EVP vgl. JOHANSSON, Transnational Party Alliances; LYNCH und WHITAKER, A Loveless Marriage; STEUWER und JANSSEN, Die christlich-konservative Volkspartei.

²³¹ CAC, THCR, 2/6/1/21, Margaret Thatcher an Helmut Kohl, 9. 7. 1976.

²³² Ebd., 2/6/1/128, Helmut Kohl an Margaret Thatcher, 13. 10. 1976.

Party überwölbte. „You as Christian Democrats and we as Conservatives came into politics for the same reason. Like you, we believe that the enlargement of individual freedom must be the first objective of our societies. Like you, we see that freedom is threatened everywhere, and often undermined,“ rief sie den Delegierten zu, um dann nicht zu versäumen, die Bedeutung West Berlins als „island of freedom“ hervorzuheben.²³³ Auf Deutsch endete Thatcher mit einem in Pathos schwelgenden Appell an die beiden Parteien:

In einer Welt, in der die Freiheit mehr und mehr bedroht wird, ist es unsere Aufgabe, die Freiheit zu verteidigen. [...] Die Fackel der Freiheit erlischt nicht mit dem Tod einer Generation. Sie wird von Hand zu Hand gereicht. Manchmal flackert die Flamme – aber sie erlischt nie. Es ist unsere Aufgabe, sie hell aufbrennen zu lassen, sodass sie die Welt erhellt. [...] Lasst uns erneut mit aller Kraft um die Freiheit ringen. Lasst uns ein Europa bauen, das der Freiheit würdig ist. Und lasst uns eine Erbschaft an unsere Kinder weiterreichen, für die sie mit Freude und Stolz weiterarbeiten können ... in einem freien Europa.²³⁴

In der freiheitsbegeisterten CDU der mittleren 1970er Jahre traf sie einen Nerv. Tom Normanton, MP und Europaparlamentarier, berichtete nach London, dass man sich in CDU-Kreisen einig war, „that Margaret hit the jackpot“.²³⁵

Tatsächlich war die *Freiheit* sowohl in CDU/CSU als auch in der Conservative Party der 1970er Jahre zum zentralen Leitbegriff avanciert – mit klar antisozialistischer Stoßrichtung. Der Freiheitsbegriff wurde zum Zentrum eines semantischen Netzes, das auf nur einen Gegner ausgerichtet war: den Sozialismus. Unter *Sozialismus* wurden dabei alle politischen Strömungen links der Mitte gefasst: von der Sozialdemokratie bis hin zum in den 1970er Jahren viel diskutierten und von CDU und CSU perhorreszierten Eurokommunismus.²³⁶ Den antisozialistischen Kampf um die *Freiheit* hatte man, davon waren die Mitte-Rechts-Parteien überzeugt, in den 1970er Jahren auch auf europäischer Ebene zu führen. Kohl glaubte denn auch, dass intensive Beziehungen mit London dazu beitragen würden, dass die Bürger beider Länder „neuen Mut für die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus schöpf[t]en“.²³⁷ Genauso gewann Thatchers Freiheits-Rede auf dem CDU-Parteitag ihre rhetorische Kraft aus einer konsequent dichotomischen Anlage. Kontur bekam die „philosophy of the Christian Democrats and the Conservatives“, die sie beschrieb, durch die marxistische Antithese. Die politische Sprache, die sie im britischen Kontext kultivierte, übertrug sie auf die europäische Ebene. Nicht nur Großbritannien, alle Länder des westlichen Europas sah Thatcher von einem marxistischen Angriff bedroht, der von innen als auch von außen getätigt wurde – „from within our societies, but [also] from without“.²³⁸ Das antisozialis-

²³³ MTFW 103034, Margaret Thatcher, Speech to Christian Democratic Conference, 25. 5. 1976.

²³⁴ CAC, THCR, 5/1/2/73, Speech to CDU conference 1976, The Ending in German.

²³⁵ CPA, IDU 28/2, Tom Normanton an John Peel, 17. 6. 1976.

²³⁶ Vgl. DÖRR, Eurokommunismus als Teil der historischen Kommunismusforschung; ders., Die Auseinandersetzungen um den Eurokommunismus; PONS, The Rise and Fall of Eurocommunism.

²³⁷ CAC, THCR, 2/6/1/21, Helmut Kohl an Margaret Thatcher, 21. 7. 1976.

²³⁸ MTFW 103034, Margaret Thatcher, Speech to Christian Democratic Conference, 25. 5. 1976; sehr ähnlich THATCHER, Europa: Wie ich es sehe, 1978.

tische Credo der britischen Konservativen wurde von der CDU/CSU geteilt, wie oben gezeigt wurde. Dabei band der Freiheitsbegriff zentrale Begriffe des Vokabulars der Parteien und ließ ihre Parallelität erkennen. Wenn Thatcher über die „Verpflichtungen“ sprach, die die Freiheit mit sich brachte, evokierte sie ein semantisches Netz, das dem der Unionsparteien stark ähnelte: Sie betonte die „moralische Verpflichtung“ basierend auf humanistischer und christlicher Überlieferung, sie hob die Bedeutung der „Familie als der natürlichen Keimzelle der Gesellschaft“ hervor, erinnerte an die Verpflichtung auf Recht und Gesetz, an die zu „hohen Integritätsnormen in der Erziehung“, an die zur „möglichst weitgehenden Streuung des Besitzes“ und schlussendlich an die „Verpflichtung, den Schwachen und Unglücklichen zu helfen“, um dann zu resümieren: „Es sind dieselben Verpflichtungen wie die jeder christdemokratischen Partei“.²³⁹ Die Polarisierung der politischen Kulturen Großbritanniens wie der Bundesrepublik dynamisierte die Parteienkooperation, mehr noch, sie verschaffte ihr ein starkes kohäsives Element.

Der CDU-Slogan zur Bundestagswahl 1976, *Freiheit statt Sozialismus*, brachte die politische Polarisierung auf den Punkt. Der Slogan begeisterte Thatcher so sehr, dass sie Kohl versprach, ihn in ihr rhetorisches Repertoire aufzunehmen.²⁴⁰ Dass der in der Union ja alles andere als unumstrittene Slogan auf das Konto der CSU unter Strauß ging, überrascht kaum: Die politische Sprache des CSU-Vorsitzenden zeichnete sich durch eben jene Polarisierung aus. Dies hatte er mit Thatcher gemein; die beiden sprachen eine sehr ähnliche Sprache. Nach ihrer Wahl zur Premierministerin bekräftigte Strauß in seinem Glückwunschschreiben dann auch die gegenseitige Verbundenheit im „gemeinsamen Kampf gegen den sozialistischen Totalitarismus [...] in der europäischen Auseinandersetzung zwischen Volksfront und Freiheit“.²⁴¹

Die antisozialistische Freiheitsbegeisterung stützte nicht erst seit den 1970er Jahren die Kooperation von CDU/CSU und Conservative Party. Von Beginn der Parteibeziehungen an diente die Evokation der *Freiheit* der Versicherung, dass die beteiligten Parteien ein gemeinsames Ziel verfolgten. „Als Mitglieder der CDU und der Konservativen Partei haben wir einen gemeinsamen Glauben an den Wert einer freien Gesellschaft, in der der Staat der Diener, nicht aber der Meister seiner Bürger ist“ – für diesen Satz erntete Peter Smithers auf dem Bundesparteitag 1958 „lebhaften Beifall“.²⁴² Über den Erfolg der Programm-Broschüre *Onward in Freedom* in den Führungsreihen der CDU wurde oben bereits berichtet. Den Rahmen für diese Freiheitsbegeisterung bildete der Kalte Krieg.²⁴³ *Freiheit* gehörte zu den Schlüsselbegriffen der politischen Sprache des Kalten Krieges, den sich CDU/CSU und Conservative Party einerseits aneigneten, zu dessen Bedeutungs-

²³⁹ THATCHER, Europa: Wie ich es sehe, 1978, S. 11.

²⁴⁰ CAC, THCR 2/6/1/21, Margaret Thatcher an Helmut Kohl, 9. 7. 1976.

²⁴¹ ACSP, NL Strauß, Büro PV 12970, Franz Josef Strauß an Margaret Thatcher, 4. 5. 1979; vgl. auch STRAUSS, Europas historischer Auftrag und historische Stunde, 1977.

²⁴² Bundesparteitag der CDU 1958, S. 39.

²⁴³ Zum Einfluss des Kalten Krieges auf die politischen Sprachen vgl. STEINMETZ, Political Languages in the Age of Extremes.

anreicherung sie andererseits aber auch beitrugen.²⁴⁴ Dadurch erhielt er im Rahmen des ‚zweiten Kalten Krieges‘ der späten 1970er und frühen 1980er Jahre zusätzliche Relevanz,²⁴⁵ der durch die weit ausgreifende Protestbewegung gegen den Nato-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979 besonders in der Bundesrepublik tief in die Gesellschaft wirkte, aber auch in Großbritannien zu einer neuen Mobilisierung der Friedensbewegung führte.²⁴⁶ Die *Freiheits*-Emphase von Konservativen und Christdemokraten trug zur politischen Polarisierung bei, die mit diesem sowohl außen- als auch innenpolitisch einher ging. Im Ringen zwischen dem *Westen* und dem *Osten* galt es, das *freie Europa* zu verteidigen. Innenpolitisch betrachteten sich Christdemokraten und Konservative ohnehin als die einzigen Kräfte, die für die *Freiheit* einstanden – ganz im Gegensatz zu SPD und Labour Party, sollte das heißen. Von Beginn an war also der Freiheitsbegriff, der die Parteienkooperation überwölbte, antisozialistisch kodiert. Doch erst in der politischen Polarisierung der 1970er Jahre wurde *Freiheit* zum Kampfbegriff der Mitte-Rechts-Parteien in Europa. Denn er prägte nicht nur die Kooperation von CDU/CSU und Conservative Party, sondern auch die multilaterale Vernetzung der Mitte-Rechts-Parteien. Europäisierung und politische Polarisierung gingen Hand in Hand.

Zur *Freiheit* bekannten sich auch die Parteien der EVP. Die „Ideale“ Europas wollten sie verwirklichen, nämlich „Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie“, so wurde im 1978 verabschiedeten Politischen Programm der EVP versprochen. Der Freiheitsbegriff war den Begriffen *Solidarität*, *Gerechtigkeit*, *Frieden* und *Demokratie* gleichgeordnet.²⁴⁷ Dies unterschied die politische Sprache der EVP von der der EDU, in welcher der Freiheitsbegriff alle übrigen Begriffe überstrahlte. Dennoch konnte er als Scharnierbegriff dienen, und vor allem die CDU setzte ihre Hoffnung darein, über dieses Dach doch noch zu einer Einigung der Mitte-Rechts-Parteien zu kommen. „Die Idee der Freiheit ist das Band, das uns zusammenfügt und unserer Solidarität untereinander Kraft verleiht“, formulierte Kohl in Bezug auf die Staaten des westlichen Europa – und appellierte damit auch an die Partnerparteien in der EVP, sich den konservativen Parteien zu öffnen angesichts der sowohl „ordnungspolitische[n] als auch ideologische[n] Unverlässlichkeit der Sozialisten und sozialdemokratischen Parteien“.²⁴⁸ Die Hoffnung zerschlug sich. Dabei wurde die politische Annäherung einiger EVP-Parteien an die Linke für die Union zu einem immer größeren Problem. Dies wurde besonders virulent, als die Democrazia Italiana 1976 eine von den Kommunisten gedul-

²⁴⁴ Für eine rhetorische Analyse des Kalten Krieges vgl. MEDHURST et al., *Cold War Rhetoric*; CHILTON, *Security Metaphors*.

²⁴⁵ Vgl. GASSERT et al., *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung*.

²⁴⁶ Vgl. GASSERT, *Viel Lärm um Nichts?*; HEUSER und STODDART, *Großbritannien zwischen Doppelbeschluss*.

²⁴⁷ Europäische Volkspartei, 1978, S. 185; für eine (zeitgenössische) Analyse vgl. KARNOFSKY, *Parteienbünde vor der Europa-Wahl 1979*, S. 191–229.

²⁴⁸ KOHL, *Perspektiven einer Europapolitik der christlich-demokratischen Parteien Europas*, 1977, S. 29 und 36.

dete Minderheitsregierung stellte. Die Union musste sich fragen lassen, wie sich ihr unbedingter Anti-Sozialismus in Europa mit der Zusammenarbeit mit der DC in der EVP vertrag.²⁴⁹

Von den Parteien in der EDU wurde die antisozialistische Schlagkraft des Freiheitsbegriffs nicht erst seit 1978 kultiviert, vielmehr wies bereits die Inter-Party Conference in diese Richtung. Schon bei ihrer Etablierung 1966 hatte die anti-sozialistische Positionierung im europäischen Rahmen eine wichtige Rolle gespielt.²⁵⁰ Als sich die Inter-Party Conference 1974 in einem speziellen Tagesordnungspunkt mit der „sozialistischen Herausforderung“ beschäftigte, fasste der CSU-Vertreter die „Natur des Sozialismus“ in ein eingängiges Bild: Wie Janus habe er zwei Gesichter: die Sozialdemokratie und den Marxismus.²⁵¹ Während der kommunistische Osten das westliche Europa von außen bedrohe, untergrabe die westeuropäische Linke die freiheitliche Gesellschaftsverfassung von innen. Der Kalte Krieg wurde in dieser Logik auch in der Innen-, Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik geschlagen. Genauso wie in nationaler und globaler Politik glaubte man die sozialistische Gefahr für die *Freiheit* nun auch auf europäischer Ebene, das hieß konkret in den Institutionen der EG, am Werk. Der Anti-Sozialismus unter dem Banner der *Freiheit* wurde so zu einem europäischen Politikentwurf. In der EDU fand er seinen Nukleus. „[W]ith the forming of the EDU we have started a new chapter in the history of freedom in Europe“, schrieb Thatcher nach der EDU-Gründung an deren ersten Präsidenten Josef Taus.²⁵² Wie dies gemeint war, wurde durch die Einrichtung eines Ausschusses bekräftigt, der sich mit dem Eurokommunismus auseinandersetzen sollte und dessen Vorsitz die Conservative Party übernahm. Sein Bericht wurde beim Parteiführertreffen der EDU im Juli 1979 in London verabschiedet. Eindringlich wurden die Mitgliedsparteien aufgerufen, „aus der Verteidigung zum Angriff über[zu]gehen, und [...] alle [...] zur Verfügung stehenden politischen Waffen“ im Kampf gegen den Eurokommunismus zu nutzen, dessen eingedenk, dass die eurokommunistische Strategie auf eine „Konvergenz mit den sozialistischen Parteien“ zielte. Es gelte „die wichtige Rolle auf[zu]decken, welche die Sozialisten dabei, vor allem in Großbritannien, spiel[t]en“.²⁵³ Die Arbeit des Eurokommunismus-Ausschusses wurde nach 1979 vom neu gegründeten Ausschuss „Die Europäische Linke“, wiederum geführt von den britischen Konservativen, fortgesetzt. Die Weitung implizierte, dass nicht mehr nur vor den Eurokommunisten gewarnt wurde, sondern alle sozialdemokratischen Parteien Europas unter Marxismusverdacht gerieten. Der „gemeinsame Trend in den Programmen der europäischen sozialistischen Parteien ist eine Renaissance des Marxismus, der wieder als gültige politische Phi-

²⁴⁹ Vgl. DÖRR, Die Auseinandersetzungen um den Eurokommunismus, S. 224–228.

²⁵⁰ Siehe S. 386–388.

²⁵¹ CPA, IDU 30/3, Inter-Party Conference 1974, 19. 5. 1974.

²⁵² CAC, THCR, 2/6/1/23, Margaret Thatcher an Josef Taus, 26. 4. 1978.

²⁵³ ACSP, Sammlungen EDU, Europäische Demokratische Union, Eurokommunismus, beschlossen am 20. Juli 1979, EDU Bulletin 5, Wien [1979].

losophie betrachtet wird“, wurde festgestellt.²⁵⁴ Das antisozialistische Credo in der EDU grub sich bisweilen so tief in ihre Sprache ein, dass der Parteienbund als „europäische[r] Dachverband der nicht-kollektivistischen Parteien“ bezeichnet wurde.²⁵⁵

Diese unter dem Banner der *Freiheit* agierende antisozialistische Sammlung war semantisch gekennzeichnet durch ein klares Entweder-Oder-Schema. Es gab nur das eine oder das andere, Kompromisse waren ausgeschlossen. So warnte Kurt Biedenkopf die Politikerinnen der Europäischen Frauenunion im August 1977 vor dem erstarkenden Eurokommunismus. Gegen diesen sei die „freie Gesellschaft“ nur durch Kompromisslosigkeit zu verteidigen: „Debate not with the idea of compromise, but with the idea of thrashing it out“. Die ideologische Auseinandersetzung mit dem Marxismus sei die zentrale Aufgabe der Mitte-Rechts-Parteien in Europa, und um diese zu bestehen, sei innere Einheit nötig und jedenfalls keine Zeit für „petty schisms between Conservatives and Christian Democrats“. „If we loose sight of the real conflict“, so Biedenkopf weiter, „we gamble away the heritage and the knowledge of freedom that we have gained through great suffering and great triumph in our European history“.²⁵⁶ Einheit bedeutete zum einen Einheit der Organisation und zum anderen Einheit der Begriffe, die sich durch Klarheit auszuzeichnen hatten. Diese Überzeugung lag am Grunde von Biedenkopfs Strategie des Kampfes um die Begriffe, den er in Europa ebenso empfahl wie in der Bundesrepublik. Sie kennzeichnete Thatchers rhetorischen Stil ebenso wie den eines Franz Josef Strauß, die beide in der Herbeiführung von Konsens und der Vermittlung von Kompromissen nur eine Unterminierung der eigenen Position zu sehen vermochten. Dies unterschied sie von Helmut Kohl, der das Prinzip des Ausgleichs in der Begriffsbildung schätzte, um so eben jene Einheit herzustellen, die nötig erschien, um die Probleme der Gegenwart meistern zu können. Seine Hoffnung auf eine Einigung der Mitte-Rechts-Parteien in Europa gewann er aus dem deutschen Modell der Unionsparteien, wie er bei der Gründung der EDU noch einmal betonte.²⁵⁷ Die Verankerung der CDU in beiden Parteienbünden trug dem Rechnung, steigerte aber noch zusätzlich die Ambivalenzen in ihrer politischen Sprache.

Das antisozialistische Credo der Kooperation der europäischen Mitte-Rechts-Parteien rückte nicht nur den Freiheitsbegriff ins Zentrum der politischen Sprache, sondern stärkte auch das Strukturprinzip der Gegensatzbildung. Dies zeigte nichts besser als die Tagesordnung für den Nachmittagsslot beim Arbeitstreffen von Politikanalysten von CDU und Conservative Party im Februar 1979. Auf deutschen

²⁵⁴ Ebd., Europäische Demokratische Union, Die Europäische Linke, beschlossen am 11. Juli 1980, EDU Bulletin 10, Wien [1980].

²⁵⁵ Ebd., Europäische Demokratische Union, Europäische Strukturen, Europäische Politik, beschlossen am 20. Juli 1979, EDU Bulletin 3, Wien [1979].

²⁵⁶ CAC, THCR, 2/6/1/23, Kurt Biedenkopf, Address before the General Assembly of the European Union of Women, August 1977.

²⁵⁷ ACSF, Sammlungen EDU, EDU-Tagung, 24. 4. 1978, CDU-Vorsitzender Helmut Kohl, Im Dienste der europäischen Bürger.

Vorschlag hin sollte über die „Menace of European Socialism to the social market economy in Europe“ diskutiert werden, strukturiert nach folgendem Schema:

1. Free competition versus dirigistic restraints; 2. Structural changes as a result of adjustment processes in the market versus Socialist models of regulated economy and control of investment; 3. Integrated family policy versus exclusively job oriented women's liberation; 4. Social welfare as a means to safeguard individual freedom versus socialist regulation of the citizen.²⁵⁸

Die dichotomische Logik des Anti-Sozialismus gab der Diskussion über die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Struktur. Indem sie Begriffe zu klaren Gegensatzpaaren ordnete, spannte sie ein konsensfähiges semantisches Netz auf, das auf den alles überstrahlenden Freiheitsbegriff gerichtet war. Die Grenzen dessen, was zustimmungsfähig gesagt werden konnte, wurden klar gezogen.

Dabei wurde der Begriff *soziale Marktwirtschaft* als Gegenbegriff zu *Planwirtschaft* bzw. „zentral geplante und verwaltete Wirtschaft“ profiliert. In englischer Übersetzung wurde von „social market economy“ bzw. „socially oriented market economy“ gesprochen. Es fällt in der Tat auf, wie konsequent die EDU von der „sozialen Marktwirtschaft“ sprach, nicht nur in ihrer Charta, der 1978 verabschiedeten Kleßheimer Erklärung,²⁵⁹ sondern etwa auch in internen Arbeitspapieren.

Alle sozialistischen Parteien neigen dazu, die soziale Marktwirtschaft abzulehnen, und klar zum Ausdruck zu bringen, dass sie eine zentral geplante und verwaltete Wirtschaft vorziehen, obwohl es sich gezeigt hat, dass sie wesentlich schlechtere Ergebnisse für den allgemeinen Wohlstand, die soziale Gerechtigkeit und die Freiheit erbringt, als die soziale Marktwirtschaft,

so konnte der Interessierte in den Ausführungen des Ausschusses „Die Europäische Linke“ lesen.²⁶⁰

Der Begriff gehörte selbstverständlich zu den Schlüsselbegriffen der politischen Sprache der deutschen Unionsparteien. In den 1970er Jahren umgab ihn der Glanz soliden ökonomischen Erfolgs – besonders im krisengeschüttelten Großbritannien. Die nach einer Alternative zu dem gescheiterten *middle way*-Entwurf Macmillans suchenden Tories blickten denn auch interessiert über den Kanal. Besonders Keith Joseph gerierte sich in den 1970er Jahren geradezu als Advokat der sozialen Marktwirtschaft, gestützt vom Centre for Policy Studies, einem der wichtigsten Think-Tanks des Thatcherismus. *Why Britain Needs a Social Market Economy*, das zu eruieren hatte sich Keith Joseph in dem ersten Pamphlet des Think-Tanks zur Aufgabe gemacht.²⁶¹ Das Centre for Policy Studies „will state the case for the social market economy“, wurde 1974 in den Leitlinien formuliert.²⁶² Dass Keith Joseph zunächst erwogen hatte, seinen Think-Tank „Erhard foundation“ zu

²⁵⁸ CPA, IDU 28/5, Sandy Walker an Mr. Patten et al., 2. 2. 1979.

²⁵⁹ Vgl. ACSP, Sammlungen EDU, Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Christdemokratischer, Konservativer und anderer verwandter Parteien (Europäische Demokratische Union), 24. 2. 1978.

²⁶⁰ Ebd., Europäische Demokratische Union, Die Europäische Linke, beschlossen am 11. Juli 1980, EDU Bulletin 10, Wien [1980].

²⁶¹ Vgl. JOSEPH, *Why Britain Needs a Social Market Economy*, 1975.

²⁶² MTFW 111905, Centre for Policy Studies Management prospectus, 1. 10. 1974.

taufen, weist noch deutlicher auf das deutsche Vorbild hin.²⁶³ Dem entsprach auch das Interesse an der sozialen Marktwirtschaft, das Kurt Biedenkopf in London gewärtigte. Das Gespräch, das er im Februar 1975 kurz nach ihrer Wahl zur Parteiführerin mit Margaret Thatcher führte, konzentrierte sich auf die soziale Marktwirtschaft.²⁶⁴ Bei seinem Besuch im März 1976 traf er auch mit Keith Joseph zusammen.²⁶⁵ Mit der *social market economy* identifizierten sich die britischen Konservativen die gesamte Oppositionszeit über und wurden dazu vom Centre for Policy Studies angehalten, wenn auch der Begriff sicherlich nicht mit aller Macht profiliert wurde.²⁶⁶ In den Gesprächen mit der CDU war er ohnehin allgegenwärtig. Die Parteienkooperation verlieh diesem Begriffstransfer eine organisatorische wie diskursive Basis.

Das semantische Netz, das die EDU zunächst aufgespannt hatte und in das der Begriff der *social market economy* eingewoben war, wurde bewusst sehr lose gehalten.²⁶⁷ Die Kleßheimer Erklärung beschränkte sich auf die Formulierung weniger zentraler Sätze, die das Verbindende herausstellen sollten. Ob der Kürze kam einzelnen Begriffen umso mehr Bedeutung zu: *Freiheit, Demokratie, Rechtsstaat, soziale Solidarität, Mensch, Werte, offene, pluralistische Gesellschaft, Grund- und Menschenrechte, Verpflichtung, sich selbst verwirklichen, Zusammenarbeit aller Völker Europas, Recht jeden einzelnen Landes, seine Identität zu bewahren, Partnerschaft, Familie, soziale Verantwortung und soziale Marktwirtschaft*. Die entsprechenden Gegenbegriffe lauteten: *extreme Linke und Rechte, Totalitarismus, materialistisches und kollektivistisches Dogma, Klassenkampf*.²⁶⁸ Die Parteienkooperation in Europa basierte auf klassischen Begriffen des politischen Vokabulars, die in allen europäischen Sprachen existierten, oftmals auf eine griechische bzw. lateinische Wurzel zurückgingen, deshalb einfach übersetzbar waren und die zudem seit dem Beginn der Moderne in einem europäischen, transnationalen Dialog geprägt worden waren. Dies bildete die Voraussetzung für eine politische Verständigung in Europa, auf der das europäische Integrationsprojekt erst gedeihen konnte. Den „Vereinheitlichungssog“ des abstrakten politischen Vokabulars in Europa, der seit Jahrhunderten seine Kraft entfaltete, dynamisierte das europäische Integrationsprojekt beträchtlich.²⁶⁹ Das Begriffsnetz, zu dem diese Begriffe verflochten wurden, schloss an die politischen Sprachen der Mitgliedsparteien an – alle diese Begriffe gehörten zum essenziellen Sprachhaushalt von CDU, CSU und Conservative Party der 1970er Jahre.

²⁶³ Vgl. ebd. 114760, Sir Keith Joseph note („The Erhard Foundation“), 21. 3. 1974.

²⁶⁴ Vgl. ACDP, 07-001-11479, CDU Pressemitteilung, 12. 2. 1975.

²⁶⁵ Vgl. ebd., Kurt Biedenkopf an Keith Joseph, 13. 4. 1976.

²⁶⁶ Vgl. z. B. MTFW 103736, Margaret Thatcher, House of Commons Speech, 28. 7. 1978; 111771, Stepping Stones Report, 14. 11. 1977; 111962, Minutes of CPS management board meeting, 14. 12. 1978.

²⁶⁷ Vgl. CPA, THCR 2/6/1/23, Diana Elles, Note on a Meeting of Christian Democrat and Conservative Parties, London, 12.–13. 2. 1976, 14. 2. 1976.

²⁶⁸ Vgl. ACSP, Sammlungen EDU, Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Christdemokratischer, Konservativer und anderer verwandter Parteien (Europäische Demokratische Union), 24. 2. 1978.

²⁶⁹ STEINMETZ, Vierzig Jahre Begriffsgeschichte, S. 197.

Tatsächlich wäre die Gründung der EDU ohne die beiden Jahrzehnte intensiver Parteienkooperation von CDU/CSU und Conservative Party nicht vorstellbar gewesen. Nicht nur hatten sich führende Politiker und Funktionäre in den Parteiororganisationen kennengelernt, hatten vertrauensvolle Beziehungen aufgebaut und sich mit der Politik der Partnerpartei vertraut gemacht; vielmehr hatten sie in einem jahrelangen Dialog gelernt, die politische Sprache des anderen zu verstehen, mit begrifflichen Differenzen umzugehen und gemeinsame konsensuale Begriffe herauszuarbeiten. Dies bildete die Voraussetzung für die multilaterale Parteienkooperation auf europäischer Ebene. Es war daher kein Zufall, dass die Integration der britischen und nordeuropäischen Konservativen genau in jenen Parteien auf vehementen Widerstand stieß, denen diese Erfahrung abging.

Die thematische Arbeit in den Ausschüssen der EDU jedenfalls sollte nach den Vorstellungen der Beteiligten das semantische Netz, das die Kleßheimer Erklärung aufspannte, enger knüpfen: durch die „Herausarbeitung der Gemeinsamkeiten – aber auch der Divergenzen – [...] durch detaillierte Sacharbeit“ wollten die Parteien in der EDU nach und nach enger zusammenrücken.²⁷⁰ Dies sollte vor allem dazu dienen, dem losen Parteienverbund, der letztlich in erster Linie durch das antisozialistische Band zusammengehalten wurde, eine ideelle Grundlage zu geben. Alois Mock, der 1979 gewählte österreichische Präsident der EDU, sprach diese Problematik offen an:

We define our Union not as a group of Parties whose sole common denominator is their anti-socialism. It has been fascinating to see how easy it was to formulate recommendations on complicated political problems [...] and find a common approach for the solution of these matters.²⁷¹

Diese Ausformulierung des Gemeinsamen erschien nur notwendig, weil die Parteien, die sich über Jahrzehnte rühmen konnten, ihr politisches Handeln allein auf pragmatische Entscheidungen zu gründen, in einer Zeit, in der Ideen hochgehalten wurden, ins Hintertreffen geraten waren. Hand in Hand mit der europäischen antisozialistischen Sammlung ging ein Abschied von einem pragmatischen Politikstil und die Hinwendung zu einem ideengeleiteten Politikentwurf. Auch diese Entwicklung wurde auf europäischer Ebene nachvollzogen. Beim Kleßheimer Treffen der Parteiführer der Inter-Party Conference 1975 wurde dann auch argumentiert, dass „a renewal and revival of interest in basic ideas“ notwendig sei.

The main decisions for the present and future of a free society in the European democracies cannot be taken on the basis of day-to-day pragmatism. Only a dynamic and convincing identification with the lasting values of liberty and the dignity of man will guarantee an open and democratic society.²⁷²

²⁷⁰ ACSP, Sammlungen EDU, Europäische Demokratische Union, Europäische Strukturen, Europäische Politik, beschlossen am 20. Juli 1979, EDU Bulletin 3, Wien [1979].

²⁷¹ CAC, THCR, 2/6/1/21, Second Party Leaders Conference of EDU, 20.–21.7.1979, London, Anhang 4: Statement of the elected Chairman Dr. Alois Mock.

²⁷² CPA, IDU 30/3, Memorandum on Party Leaders' conference, Kleßheim Palace, Salzburg, 8.–9.9.1975.

Die Grundwerte-Debatte der CDU, die Grundsatzprogramm-Debatte in der CSU und die systematische Neuformulierung der Politikentwürfe in der Conservative Party flossen aus diesen Überzeugungen – genauso wie die tastenden Versuche in der EDU, zu geteilten Begriffen zu kommen.

Dieses kollektive Herantasten hatte dort seine Grenzen, wo von vornherein klar war, dass Übereinstimmung nicht erzielt werden konnte. Ganz besonders galt dies für jene Begriffe, mit denen die Zukunft der europäischen Integration beschrieben wurde. Während die EVP einen „föderalistischen Aufbau“ der EG anstrebte,²⁷³ sprach sich die EDU eher nebulös für eine „immer engere Zusammenarbeit aller Völker Europas“ aus, unter Wahrung nationaler Identitäten und Rechte.²⁷⁴ Gerade für die Briten war letzteres *Conditio sine qua non*. „One of the reasons the Conservatives could not join the EPP, apart from the fact they do not want us, is the inclusion of a ‚federal‘ clause in their charter“, hielt ein internes Memorandum fest.²⁷⁵ Dabei blieb die Formulierung der Kleßheimer Erklärung so weit, dass sich auch CDU und CSU, die klar für ein supranationales Europa eintraten, darin wiederfinden konnten. Europapolitisches Profil gewann die EDU auf diese Weise kaum.

Freiheit blieb der Schlüsselbegriff der EDU: Sie wollte eine „Allianz für die Freiheit“ sein.²⁷⁶ *Freiheit* bündelte ein ganzes Set von antisozialistisch ausgerichteten Begriffen, die der Politik der Mitte-Rechts-Parteien Richtung verlieh. Dieses semantische Netz gewann seit Ende der 1970er Jahre an Glaubwürdigkeit und erschien zunehmend als valider Krisenlösungsentwurf – zu einer Zeit freilich, als sich die Diagnose der ‚Eurosklrose‘ auf die Europäischen Gemeinschaften legte und die nationalen Ökonomien von Krisen geschüttelt wurden. Dass sich gleichzeitig die Fronten des Kalten Krieges wieder verhärteten, gab dem antisozialistischen Freiheitsbegriff zusätzliche Nahrung. In der *Einheitlichen Europäischen Akte*, die den gordischen Knoten der europäischen Lähmung 1986 zerschlug, fanden sich daher nicht von ungefähr Versatzstücke der politischen Sprache der *Freiheit*, die in den Parteien der EDU geschmiedet worden war.²⁷⁷

Tatsächlich glaubte die Thatcher-Regierung mit der Realisierung des Binnenmarktes sowohl marktliberale Überzeugungen auf europäischer Ebene verankern als auch die ökonomischen Reformen im eigenen Land absichern zu können.²⁷⁸ Keineswegs unbegründet klagte die Opposition in diesen Jahren einen „Euro-Thatcherism“ an.²⁷⁹ Doch das europäische Projekt entwickelte sich für Thatcher

²⁷³ Vgl. Europäische Volkspartei, 1978, S. 185 und 213–217.

²⁷⁴ ACSP, Sammlungen EDU, Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Christdemokratischer, Konservativer und anderer verwandter Parteien (Europäische Demokratische Union), 24. 2. 1978.

²⁷⁵ CAC, THRC 2/6/1/75, The European Democrat Union, 21. 9. 1977; zur Föderalismus-Frage vgl. auch THATCHER, England und die EG, 1977, bes. S. 178–179.

²⁷⁶ ACSP, Sammlungen EDU, Margaret Thatcher, Ein Bündnis für die Freiheit, 24. 4. 1978.

²⁷⁷ Vgl. DYSON und FEATHERSTONE, *The Road to Maastricht*.

²⁷⁸ Vgl. u. a. MOORE, Margaret Thatcher, Vl. 2, S. 406–408; PATTERSON, *The Conservative Party and Europe*, 129–138; im weiteren Zusammenhang GOWLAND und TURNER, *Reluctant Europeans*, S. 102–108; WALL, *A Stranger in Europe*, S. 62–86.

²⁷⁹ Vgl. z. B. Hansard, HC Deb 26 May 1988 vol 134 cc536–600, hier 548, George Robertson; OFFICE OF OFFICIAL PUBLICATIONS OF THE EUROPEAN COMMUNITIES, *Official Journal of the Eu-*

zu einem Trank, der zunehmend bitter schmeckte. Weder kam sie mit der auf Kompromisse zielenden Kultur europäischer Spitzendiplomatie zurecht, in der die Briten zunehmend isoliert agierten, noch mit der politischen Dynamik hin zu einer Vertiefung der politischen Union, die von den Regierungen Deutschlands, Frankreichs und Italiens maßgeblich befeuert wurde. Die tiefen persönlichen Friktionen zwischen Thatcher und Kohl rührten denn auch aus ihren unvereinbaren Zielbestimmungen des europäischen Integrationsprozesses und manifestierten sich daher nicht zufällig erst seit Mitte der 1980er Jahre. Während Thatcher das institutionalisierte Europa auf einen ökonomischen Raum begrenzt sehen wollte, zielte Kohl auf eine politische Einheit, die die europäische Nationalstaatlichkeit überwinden sollte.²⁸⁰ Dazu kam eine sich mit den Jahren herausbildende persönliche Antipathie,²⁸¹ die zu der „zunehmende[n] Entfremdung“²⁸² zwischen den beiden Staatschefs beitrug, sowie Thatchers tief verankerte, historisch begründete Skepsis gegenüber einem erstarkenden Deutschland, die in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber einer deutschen Wiedervereinigung 1989/90 gipfelte.²⁸³

Dabei hatte Kohl im November 1982 nach dem ersten deutsch-britischen Gipfel seiner Amtszeit noch sehr optimistisch in die deutsch-britische Zukunft in Europa geblickt.²⁸⁴ Allerdings trübten sich diese Aussichten recht bald ein. Auch die Überzeugung, dass Conservative Party und CDU ähnliche sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte verfolgten, war geschwunden. „Ich bin kein Anhänger der Marktwirtschaft, sondern der Sozialen Marktwirtschaft!“, unterstrich Kohl vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im September 1988.

Ich glaube nicht an jenes Stück Vorstellung von Liberalismus – ich will jetzt nicht das Wort Manchester-Liberalismus sagen –, dass der Reichtum einer ganzen Gruppe automatisch übergreift und immer weiter übergreift, und dadurch die Schwachen hochzieht. [...] Wir sollten wirklich damit aufhören, ausgerechnet die Briten als unser Beispiel hinzustellen.²⁸⁵

Dies hielt Kohl nicht davon ab, an der Seite der Briten die Liberalisierung des globalen Handels voranzutreiben.²⁸⁶ Eindeutig war die christdemokratische Haltung gegenüber dem Thatcherismus mitnichten. Die Spannungen an der Spitze, die dominiert wurden von konträren europapolitischen Haltungen, konnten die

ropean Communities, 8. 7. 1986, S. 64, Alf Lomas (Labour Party); JOHN PALMER, Why Europe Seems a Faraway Place to British Man in the Street, in: THE GUARDIAN, 4. 6. 1983; ders., Reading Europe's Tea Leaves, in: ebd., 19. 6. 1987; ders., Look Out, the Europeans Are Coming, in: ebd., 27. 6. 1988.

²⁸⁰ Vgl. SCHWARZ, Helmut Kohl, S. 397–419; WIRSCHING, Abschied vom Provisorium, S. 513–544; MOORE, Margaret Thatcher, VI. 2, S. 377–408; VINEN, Thatcher's Britain, S. 230–248.

²⁸¹ Vgl. MOORE, Margaret Thatcher, VI. 2, S. 22; THATCHER, The Downing Street Years, 1993, S. 257; KOHL, Erinnerungen, 1990–1994, S. 58–59;

²⁸² SCHWARZ, Helmut Kohl, S. 420.

²⁸³ Vgl. RÖDDER, Deutschland einig Vaterland, bes. S. 156–163.

²⁸⁴ Vgl. BUCHSTAB und KLEINMANN, Helmut Kohl: Berichte zur Lage 1982–1989, 8. 11. 1982, S. 7–8.

²⁸⁵ Helmut Kohl vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 5. 9. 1988, zitiert in: WIRSCHING, „Neoliberalismus“, S. 141.

²⁸⁶ SCHWARZ, Helmut Kohl, S. 338–339 und 486.

vielfältigen Kontakte zwischen den Parteien sowie einzelnen Politikern genauso wenig überlagern wie die inhaltlichen Übereinstimmungen in vielen Politikfeldern.²⁸⁷

Für die gewandelten Prämissen konservativer Politik in Großbritannien gegenüber Europa war zuvorderst eine Rekonfiguration des Nationalen seit dem siegreichen Ende des Falkland-Krieges und des wirtschaftlichen Aufschwungs verantwortlich. Thatcher glaubte ihr Land zu alter Größe aufgestiegen, das einer Verankerung in einer europäischen Allianz kaum mehr bedurfte.²⁸⁸ Vielmehr setzte sie auf die transatlantische Freundschaft, auf das britische ‚special relationship‘ mit Reagans USA.²⁸⁹ Ihre veränderte Haltung gegenüber dem europäischen Integrationsprojekt, die in ihrer Rede vor dem Collège d'Europe in Brügge im September 1988 kulminierte, war durchzogen von einer post-imperialen Sehnsucht nach Großbritanniens vergangener Größe.²⁹⁰

Diese gewandelte Einstellung gegenüber den Europäischen Gemeinschaften brannte sich auch in den Konservatismusbegriff ein, zunächst in europakritischen Gruppen, am Ende der 1980er Jahre in weiten Kreisen der Partei. „The term ‚Conservative‘ is well understood in Britain, but not in the E.E.C.“, konstatierte die League of Concerned Conservatives und stellte damit mit einem Handstreich die jahrzehntelange begriffliche Annäherung kategorial infrage.²⁹¹ Zugleich kehrte sich die Sprache der *Freiheit*, die in den 1970er Jahren als einigendes Band europäischer Annäherung der Mitte-Rechts-Parteien gewirkt und deren europäische Mission auf den Begriff gebracht hatte, ein Jahrzehnt später gegen die europäische Integration selbst: Thatchers Anti-Europa-Rhetorik der späten 1980er Jahre lokalisierte die sozialistische Gefahr für die *Freiheit* nun nirgendwo anders als in den reformierten Institutionen der EG.²⁹² In ihnen mochte die britische Premierministerin nur noch jene bürokratischen Ungetüme erkennen, die für sie die Ausgeburt des Sozialismus darstellten und die in ihren Augen die Freiheit erdrückten. „We have not successfully rolled back the frontiers of the state in Britain, only to see them re-imposed at a European level with a European super-state exercising a new dominance from Brussels“, grollte sie bekanntermaßen in Brügge.²⁹³ Was Thatcher indes nicht erkannte, war der dialektische Zusammenhang von Liberalisierung der Märkte und bürokratischer Regulierung, der die europäi-

²⁸⁷ Siehe S. 394–395; Nigel Lawson und Gerhard Stoltenberg verband ein jahrelanges Vertrauensverhältnis, das einer näheren Untersuchung wert wäre, vgl. LAWSON, *The View*, S. 274–275.

²⁸⁸ Vgl. WELLINGS, *Losing the Peace*.

²⁸⁹ Vgl. COOPER, *Margaret Thatcher and Ronald Reagan*; ALDOUS, *Reagan and Thatcher*.

²⁹⁰ Vgl. GROB-FITZGIBBON, *Continental Drift*, S. 439–443; zum weiteren Zusammenhang von imperialer Nostalgie und Europaskepsis vgl. WELLINGS, *European Integration*; ders., *English Nationalism and Euroscepticism*.

²⁹¹ Zitiert in GROB-FITZGIBBON, *Continental Drift*, S. 429.

²⁹² Vgl. z. B. MTFW 107332, *Speech to the College of Europe*, 20. 9. 1988; 107663, *Margaret Thatcher, Speech to Scottish Conservative Conference*, 12. 5. 1989; zur antieuropäischen Wende Thatchers vgl. VINEN, *Thatcher's Britain*, S. 230–248.

²⁹³ MTFW 107332, *Speech to the College of Europe*, 20. 9. 1988.

sche Integration bestimmte. Der Macht- und Kompetenzgewinn Brüssels lag in der Logik marktliberaler Politik. Dies war der Preis des Thatcherschen Verlangens nach *Freiheit*, den zu bezahlen sie sich weigerte.²⁹⁴ Eine solche Konsequenz der konservativen Sprache des Antisozialismus wollte sie nicht sehen.

²⁹⁴ Vgl. WIRSCHING, Der Preis der Freiheit.